

Referentenentwurf

des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542

(Batterie-EU-Anpassungsgesetz – Batt-EU-AnpG)

A. Problem und Ziel

Am 17. August 2023 ist die Verordnung (EU) 2023/1542 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2023 über Batterien und Altbatterien, zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG und der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG in Kraft getreten. Sie ist damit unmittelbar geltendes Recht in Deutschland. Für einige Vorschriften enthält die Verordnung jedoch gesonderte Inkrafttretens- oder Übergangsregelungen. Ziel der Verordnung ist ein einheitlicher Rechtsrahmen mit Blick auf Anforderungen an die Produktion von Batterien sowie an die Entsorgung von Altbatterien. Hierfür werden Regelungen mit Blick auf Stoffbeschränkungen, das Design, die Kennzeichnung, die Konformität und die Sorgfaltspflichten für Batterien sowie die Sammlung und Behandlung von Altbatterien festgelegt.

Die Verordnung (EU) 2023/1542 sieht eine Reihe von Öffnungsklauseln für den nationalen Gesetzgeber vor. Zugleich enthält die Verordnung (EU) 2023/1542 konkrete, an die Mitgliedstaaten gerichtete Regelungsaufträge. Daraus ergibt sich ein nationaler Anpassungsbedarf.

Um ein reibungsloses Zusammenspiel der Verordnung (EU) 2023/1542 mit dem stark ausdifferenzierten, auf der abzulösenden Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2006 über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren basierenden deutschen Recht sicherzustellen, ist es zudem erforderlich, das bisherige Batteriegesetz (BattG) durch ein neues Batterierecht-Durchführungsgesetz (BattDG) abzulösen.

B. Lösung

Die Verordnung (EU) 2023/1542 gilt grundsätzlich ab dem 18. Februar 2024 unmittelbar in allen Mitgliedstaaten. Es gibt für die verschiedenen Regelungsbereiche jedoch auch Übergangsvorschriften. Die in der Verordnung enthaltenen Regelungen machen eine Anpassung des bisherigen Batteriegesetzes sowie Neuregelungen in den bisher nicht geregelten Bereichen erforderlich. Vor diesem Hintergrund soll das bisherige Batteriegesetz aufgehoben und durch ein neues Batterierecht-Durchführungsgesetz (BattDG) ersetzt werden. Zu den Regelungsbereichen des neuen BattDG gehören dabei:

- Allgemeine Vorschriften (Teil 1)
- Anforderungen an die Bewirtschaftung von Altbatterien (Teil 2),
- Festlegung der am Beschränkungsverfahren für gefährliche Stoffe beteiligten Behörden (Teil 3),

- Regelungen zur Konformität von Batterien (Teil 4),
- Anforderungen hinsichtlich der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette (Teil 5),
- Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen (Teil 6) sowie
- Bußgeldvorschriften und Schlussbestimmungen (Teil 7).

Dabei trifft das Gesetz nur dann Regelungen, sofern Anforderungen für die Durchführung der unmittelbar geltenden Verordnung erforderlich sind, die Verordnung selbst den Mitgliedstaaten die Festlegung von nationalen Regelungen vorschreibt oder den Mitgliedstaaten ein Ermessensspielraum hinsichtlich weitergehender Regelungen eröffnet wird.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es sind keine zusätzlichen Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand zu erwarten

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Die Änderungen infolge der Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die Verordnung (EU) 2023/1542 sind ohne Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand der Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Soweit im Zusammenhang mit dem BattDG Mehrkosten für die Wirtschaft entstehen, beruhen diese Mehrkosten im Wesentlichen unmittelbar auf der Verordnung (EU) 2023/1542 selbst. Hierzu wird auf die Folgenabschätzung der EU-Kommission verwiesen.

Durch das BattDG ergeben sich jedoch zusätzliche jährliche Belastungen für die Wirtschaft in Höhe von 439.933,57 Euro, die durch einzelne Regelungen entstehen, die über das EU-Recht hinausgehen. Darin enthalten sind Bürokratiekosten in Höhe von 434.819,57 Euro. Durch den Wegfall des Batteriegesetzes wird die Wirtschaft mit Blick auf den jährlichen Erfüllungsaufwand um 1.311.780 Euro entlastet. Hierin enthalten waren Bürokratiekosten 502.420 Euro. Unabhängig von den Belastungen unmittelbar durch die Verordnung (EU) 2023/1542 ergibt sich hierdurch insgesamt eine Entlastung der Wirtschaft mit Blick auf den jährlichen Erfüllungsaufwand in Höhe von 871.846,43 Euro. Die Entlastungen im Bereich der Bürokratiekosten betragen 67.600,43. Zudem ergibt sich ein einmaliger Umstellungsaufwand für die Wirtschaft in Höhe von 942.613,33 Euro.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für den Bund steigt der Erfüllungsaufwand um 774.906 Euro. Dies umfasst einen jährlichen Erfüllungsaufwand in Höhe von 766.266 Euro sowie einen einmaligen Umstellungsaufwand in Höhe von 8.640 Euro. Der Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln wird finanziell und

stellenmäßig im Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie der geltenden Haushalts- und Finanzplanansätze ausgeglichen.

F. Weitere Kosten

Soweit im Zusammenhang mit dem Durchführungsgesetz Mehrkosten mit Auswirkungen auf Einzelpreise entstehen, beruhen diese Mehrkosten im Wesentlichen unmittelbar auf der Verordnung (EU) 2023/1542 selbst. Hierzu wird auf die Folgenabschätzung der EU-Kommission verwiesen. Ob und in welchem Umfang die zusätzlichen Kosten durch die neuen europäischen und nationalen Vorgaben auf die Verbraucherpreise umgelegt werden, ist von einer Reihe von Einflussfaktoren abhängig, u.a. von der Wettbewerbsintensität auf den jeweiligen Märkten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542

(Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz – Batt-EU-AnpG)¹⁾

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

[Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1542 betreffend Batterien und Altbatterien]

([Batterierecht-Durchführungsgesetz] – [BattDG])

Inhaltsübersicht

T e i l 1

A l l g e m e i n e V o r s c h r i f t e n

- § 1 Zweck des Gesetzes
- § 2 Anwendungsbereich des Gesetzes
- § 3 Ergänzende Begriffsbestimmungen

T e i l 2

B e w i r t s c h a f t u n g v o n A l t b a t t e r i e n

Kapitel 1

Vertrieb von Batterien

- § 4 Verkehrsverbote
- § 5 Registrierung der Hersteller

¹⁾ Dieses Gesetz dient der Anpassung des nationalen Rechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2023 über Batterien und Altbatterien, zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG und der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG (ABl. L 191 vom 28.7.2023, S. 1).

Kapitel 2
Rücknahme von Altbatterien

A b s c h n i t t 1
P f l i c h t e n d e s E n d n u t z e r s

§ 6 Pflichten des Endnutzers

A b s c h n i t t 2
O r g a n i s a t i o n e n f ü r H e r s t e l l e r v e r a n t w o r t u n g

§ 7 Pflicht zur Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung

§ 8 Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung

§ 9 Sicherheitsleistung

§ 10 Ökologische Gestaltung der Beiträge

§ 11 Pflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung

§ 12 Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung

A b s c h n i t t 3
R ü c k n a h m e v o n G e r ä t e a l t b a t t e r i e n u n d A l t b a t t e r i e n f ü r l e i c h t e
V e r k e h r s m i t t e l

§ 13 Sammelziele

§ 14 Rücknahmepflichten der Händler

§ 15 Mitwirkung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger

§ 16 Mitwirkung von freiwilligen Sammelstellen

§ 17 Überlassungspflichten Dritter

A b s c h n i t t 4
R ü c k n a h m e v o n S t a r t e r - , I n d u s t r i e - u n d E l e k t r o f a h r z e u g b a t t e -
r i e n

§ 18 Pflichten der Händler

§ 19 Pfandpflicht für Starterbatterien

§ 20 Mitwirkung von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern

§ 21 Überlassungspflichten Dritter

Kapitel 3
Behandlungspflichten

§ 22 Behandlung und Beseitigung

**Kapitel 4
Informationspflichten**

- § 23 Informationspflichten der Händler
- § 24 Informationspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8

**Kapitel 5
Mitteilungspflichten**

- § 25 Mitteilungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung
- § 26 Mitteilungspflichten ausgewählter Abfallbewirtschaftler
- § 27 Mitteilungspflichten von Abfallbewirtschaftlern, die Altbatterien behandeln, und Recyclingbetreibern

**Kapitel 6
Zuständigkeiten und Aufgaben der zuständigen Behörden**

**Abschnitt 1
Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU)
2023/1542**

- § 28 Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542
- § 29 Aufgaben der zuständigen Behörde im Zusammenhang mit der Registrierung und Zulassung
- § 30 Weitere Aufgaben der zuständigen Behörde
- § 31 Befugnisse der zuständigen Behörde
- § 32 Vollständig automatisierter Erlass von Verwaltungsakten

**Abschnitt 2
Beleihung**

- § 33 Ermächtigung zur Beleihung
- § 34 Aufsicht
- § 35 Beendigung der Beleihung

**Kapitel 7
Beauftragung Dritter, Vollzug**

- § 36 Beauftragung Dritter und Bevollmächtigung
- § 37 Vollzug

**Teil 3
Beteiligung von Bundesbehörden an Verfahren zur Änderung
von Beschränkungen für Stoffe**

- § 38 Beteiligung der Bundesbehörden am Beschränkungsverfahren für Stoffe

Teil 4
Konformitätsbewertung

Kapitel 1
Bestimmungen über die notifizierende Behörde

- § 39 Notifizierende Behörde
- § 40 Aufgaben der notifizierenden Behörde
- § 41 Befugnisse der notifizierenden Behörde

Kapitel 2
Notifizierungsverfahren

- § 42 Anträge auf Notifizierung, Erteilung der Befugnis
- § 43 Einspruch gegen Entscheidungen notifizierter Stellen
- § 44 Sprache der Anleitungen, der Informationen und der EU-Konformitätserklärungen

Kapitel 3
Überwachung

- § 45 Nichtkonformität einer Batterie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union
- § 46 Unterrichtung bei Risiken trotz Konformität einer Batterie

Teil 5
Sorgfaltspflichten in der Lieferkette

- § 47 Zuständige Behörde nach Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542
- § 48 Aufgaben der zuständigen Behörde und Eingriffsbefugnisse
- § 49 Datenübermittlung an die Bundesanstalt
- § 50 Auskunftspflichten
- § 51 Betretensrechte, Mitwirkungs- und Duldungspflichten
- § 52 Zwangsgeld

Teil 6
Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen

- § 53 Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen

Teil 7
Bußgeldvorschriften, Schlussbestimmungen

- § 54 Bußgeldvorschriften hinsichtlich der Bewirtschaftung von Altbatterien
- § 55 Bußgeldvorschriften hinsichtlich der Konformität von Batterien
- § 56 Bußgeldvorschriften hinsichtlich Sorgfaltspflichten in der Lieferkette
- § 57 Einziehung

Teil 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck des Gesetzes

Dieses Gesetz dient der Durchführung und Ergänzung der Verordnung (EU) 2023/1542 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2023 über Batterien und Altbatterien, zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG und der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG (ABl. L 191 vom 28.7.2023, S. 1). Um diese Ziele zu erreichen, soll das Gesetz das Marktverhalten der Verpflichteten regeln.

§ 2

Anwendungsbereich des Gesetzes

(1) Dieses Gesetz ist anzuwenden auf Batterien und Altbatterien im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2023/1542.

(2) Soweit die Verordnung (EU) 2023/1542, dieses Gesetz und die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen keine abweichenden Vorschriften enthalten, sind das Kreislaufwirtschaftsgesetz mit Ausnahme von § 17 Absatz 4 und § 54 und die auf Grund des Kreislaufwirtschaftsgesetzes oder des bis zum 1. Juni 2012 geltenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Die §§ 27, 50 Absatz 3, § 59 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie die §§ 60 und 66 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes gelten entsprechend.

(3) Soweit dieses Gesetz keine abweichenden Vorschriften enthält, ist das Marktüberwachungsgesetz vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1723) anzuwenden.

§ 3

Ergänzende Begriffsbestimmungen

Ergänzend zu den Begriffsbestimmungen des Artikels 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 bezeichnet im Sinne dieses Gesetzes und im Anwendungsbereich dieses Gesetzes auch im Sinne der Verordnung (EU) 2023/1542 der Ausdruck

1. „Hersteller“ auch jeden Händler, der vorsätzlich oder fahrlässig Batterien von Herstellern anbietet, die oder deren Bevollmächtigte nicht oder nicht ordnungsgemäß nach Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 1 registriert sind;
2. „Anbieter einer Online-Plattform“ jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die eine Online-Plattform nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 67 der Verordnung (EU) 2023/1542 unterhält und es Dritten ermöglicht, auf dieser im Geltungsbereich dieses Gesetzes Batterien anzubieten oder bereitzustellen;

3. „Fulfilment-Dienstleister“ jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die im Rahmen einer Geschäftstätigkeit mindestens zwei der folgenden Dienstleistungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes anbietet: Lagerhaltung, Verpackung, Adressierung oder Versand von Batterien, an denen sie kein Eigentumsrecht hat; Post-, Paketzustell- oder sonstige Frachtverkehrsdienstleister gelten nicht als Fulfilment-Dienstleister;
4. „Sachverständiger“ jeden, der
 - a) nach § 36 der Gewerbeordnung öffentlich bestellt ist,
 - b) als Umweltgutachter oder Umweltgutachterorganisation auf Grund einer Zulassung nach den §§ 9 und 10 oder nach Maßgabe des § 18 des Umweltauditgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2002 (BGBl. I S. 3490), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in dem Bereich tätig werden darf, der näher bestimmt wird durch Anhang I Abschnitt E Abteilung 38 der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1243 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, oder
 - c) in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum niedergelassen ist und eine Tätigkeit im Inland nur vorübergehend und gelegentlich ausüben will und seine Berufsqualifikation vor Aufnahme der Tätigkeit entsprechend den §§ 13a und 13b der Gewerbeordnung hat nachprüfen lassen; Verfahren nach dieser Nummer können über eine einheitliche Stelle abgewickelt werden;
5. „regelmäßige Prüfung“ eine Überprüfung, die in einem Zeitabstand von mindestens drei Jahren wiederholt wird.

Teil 2

Bewirtschaftung von Altbatterien

Kapitel 1

Vertrieb von Batterien

§ 4

Verkehrsverbote

(1) Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung deren Bevollmächtigte dürfen Batterien nur bereitstellen, wenn sie gemäß Artikel 55 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 5 Absatz 1 ordnungsgemäß registriert sind.

(2) Händler dürfen Batterien im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur bereitstellen, wenn sie durch Erfüllung der ihnen nach Artikel 62 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 14 und § 18 obliegenden Rücknahmepflichten sicherstellen, dass der Endnutzer Altbatterien nach Maßgabe der Verordnung (EU) 2023/1542 und dieses Gesetzes zurückgeben kann.

(3) Ist ein Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung dessen Bevollmächtigter entgegen § 5 Absatz 1 nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert, dürfen Händler die Batterien dieses Herstellers nicht bereitstellen.

(4) Ist ein Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung dessen Bevollmächtigter entgegen § 5 Absatz 1 nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert, dürfen Anbieter von Online-Plattformen das Anbieten oder Bereitstellen von Batterien dieses Herstellers nicht ermöglichen.

(5) Ist ein Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung dessen Bevollmächtigter entgegen § 5 Absatz 1 nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert, dürfen Fulfilment-Dienstleister die Lagerhaltung, Verpackung, Adressierung oder den Versand in Bezug auf Batterien dieses Herstellers nicht vornehmen.

§ 5

Registrierung der Hersteller

(1) Bevor ein Hersteller Batterien im Geltungsbereich dieses Gesetzes erstmals auf dem Markt bereitstellt, ist er oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 36 Absatz 2 sein Bevollmächtigter verpflichtet, sich nach Artikel 55 der Verordnung (EU) 2023/1542 bei der zuständigen Behörde mit der Marke und der jeweiligen Batteriekategorie registrieren zu lassen. Die Verpflichtung nach Satz 1 ist abweichend von Artikel 55 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 auch dann vom Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 35 Absatz 2 von seinem Bevollmächtigten zu erfüllen, wenn eine Organisation für Herstellerverantwortung benannt ist. Die Registrierung ist auf Antrag bei Vorliegen aller Voraussetzungen nach Artikel 55 Absatz 3 bis 5 und 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach Absatz 2 zu erteilen. § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend. Die Fristen nach Artikel 55 Absatz 9 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes können mit Zustimmung des Antragstellers verlängert werden.

(2) Der Antrag auf Registrierung nach Absatz 1 Satz 2 und die Übermittlung der Angaben nach Artikel 55 Absatz 3 und nach Absatz 2 erfolgen über das auf der Internetseite der zuständigen Behörde zur Verfügung gestellte elektronische Datenverarbeitungssystem nach Maßgabe der jeweils geltenden Verfahrensanweisung für das elektronische Datenverarbeitungssystem. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen. Sie kann für die sonstige Kommunikation mit den Herstellern oder mit deren Bevollmächtigten die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung sowie die Eröffnung eines Zugangs für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen. Die Verfahrensanweisung nach Satz 1 und die Anforderungen nach Satz 3 sind auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.

Kapitel 2

Rücknahme von Altbatterien

Abschnitt 1

Pflichten des Endnutzers

§ 6

Pflichten des Endnutzers

(1) Besitzer von Altbatterien haben diese einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen. Satz 1 gilt nicht für Altbatterien, die in andere Produkte eingebaut sind; das Elektro- und Elektronikgerätegesetz und die Altfahrzeug-Verordnung bleiben unberührt.

(2) Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel (LV-Altbatterien) werden ausschließlich über Rücknahmestellen, die den Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 angeschlossen sind, erfasst.

(3) Starter- und Industriealtbatterien werden ausschließlich über Händler nach § 18, öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach § 20 und über ausgewählte Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 erfasst.

(4) Elektrofahrzeugaltbatterien werden ausschließlich über Händler nach § 18 und über ausgewählte Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 erfasst.

Abschnitt 2

Organisationen für Herstellerverantwortung

§ 7

Pflicht zur Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung

(1) Hersteller von Batterien haben sich mit diesen zur Gewährleistung der flächendeckenden Rücknahme je Batteriekategorie an einer Organisation für Herstellerverantwortung zu beteiligen. Dabei haben sie die Batteriekategorie und maximale Masse der je Kalenderjahr zu beteiligenden Batterien anzugeben. Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben den Herstellern eine erfolgte Beteiligung unter Angabe der Batteriekategorie und der maximalen Masse der je Kalenderjahr beteiligten Batterien unverzüglich schriftlich oder elektronisch zu bestätigen. Die Organisationen für Herstellerverantwortung übermitteln die Angaben nach Satz 3 zeitgleich der zuständigen Behörde.

(2) Wird die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 vor Ablauf des Zeitraums, für den sich ein Hersteller an dieser beteiligt hat, nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder nach § 31 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder

in sonstiger Weise unwirksam, so gilt die Beteiligung ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit des Widerrufs oder Eintritt der sonstigen Unwirksamkeit als nicht vorgenommen.

§ 8

Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung

(1) Der Betrieb einer Organisation für Herstellerverantwortung bedarf der Zulassung durch die zuständige Behörde. Die Zulassung wird auf Antrag nach Maßgabe von Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie von Absatz 2 bis 9 erteilt. § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend. Die Fristen nach Artikel 58 Absatz 3 Satz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes können mit Zustimmung des Antragstellers verlängert werden.

(2) Die Zulassung für die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Gerätebatterien oder Batterien für leichte Verkehrsmittel (LV-Batterien) darf nur erteilt werden, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung

1. eine flächendeckende Sammlung sicherstellt, insbesondere die notwendigen Sammelstrukturen gemäß Artikel 59 Absatz 1 und 2 oder Artikel 60 Absatz 1, 2 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 vorhanden sind; dabei sind die von den angeschlossenen Sammelstellen bereitgestellten Altbatterien innerhalb von 15 Werktagen unentgeltlich abzuholen, sobald
 - a) Händler und freiwillige Rücknahmestellen eine Abholmasse von 90 Kilogramm erreicht und gemeldet haben und
 - b) öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und Behandlungsanlagen nach § 17 eine Abholmasse von 180 Kilogramm erreicht und gemeldet haben,

sofern keine geringere Abholmasse vereinbart ist. Erreicht eine angeschlossene Sammelstelle in einem Kalenderjahr die geforderte Abholmasse nicht, so kann sie von der Organisation für Herstellerverantwortung dennoch die einmalige Abholung der zurückgenommenen Altbatterien fordern,

2. finanziell leistungsfähig ist,
3. eine Datenerhebung für die Berichterstattung nach Artikel 75 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 sicherstellt und
4. ein Konzept zur Eigenkontrolle nachweist, mit dem regelmäßig die Einhaltung der Anforderungen nach Artikel 58 Absatz 2 und Artikel 72 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie nach diesem Absatz überprüft wird.

(3) Die Zulassung für die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugbatterien darf nur erteilt werden, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung

1. eine flächendeckende Sammlung sicherstellt, indem sie allen Händlern nach § 18, allen Wirtschaftsakteuren nach Artikel 61 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 und allen Behandlungsanlagen nach § 21 zumutbare und kostenlose Möglichkeit der Rückgabe anbietet,
2. finanziell leistungsfähig ist,

3. eine Datenerhebung für die Berichterstattung nach Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sicherstellt und
4. ein Konzept zur Eigenkontrolle nachweist, mit dem regelmäßig die Einhaltung der Anforderungen nach Artikel 58 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 72 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie nach diesem Absatz überprüft wird.

(4) Die Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit nach Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 Nummer 2 sind erfüllt, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung nachweist, dass sie alle bestehenden und voraussichtlichen Verpflichtungen unter realistischen Annahmen über einen Zeitraum von zwölf Monaten erfüllen kann. Die Pflicht zur Sicherheitsleistung nach § 9 bleibt unberührt. Die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Organisation für Herstellerverantwortung ist nicht gegeben, wenn ein Insolvenzverfahren über diese Organisation für Herstellerverantwortung eröffnet worden ist oder in erheblichem Umfang oder wiederholt Rückstände an Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen bestehen, die aus der Unternehmenstätigkeit resultieren. Die zuständige Behörde prüft die finanzielle Leistungsfähigkeit insbesondere anhand des handelsrechtlichen Jahresabschlusses oder, falls eine Organisation für Herstellerverantwortung keinen handelsrechtlichen Jahresabschluss vorlegen kann, anhand einer Vermögensübersicht sowie in beiden Fällen zusätzlich anhand eines handelsrechtlichen Prüfungsberichts. Jede Organisation für Herstellerverantwortung hat dabei mindestens die folgenden Angaben zu machen:

1. verfügbare Finanzmittel einschließlich Bankguthaben sowie zugesagte Überziehungskredite und Darlehen,
2. als Sicherheit verfügbare Mittel und Vermögensgegenstände,
3. Betriebskapital,
4. Belastungen des Betriebsvermögens,
5. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Die zuständige Behörde kann von der Organisation für Herstellerverantwortung die Übermittlung weiterer für die Prüfung im Einzelfall erforderlicher Unterlagen verlangen, insbesondere die Vorlage geeigneter Unterlagen einer Bank, einer öffentlichen Sparkasse, eines Wirtschaftsprüfers oder eines vereidigten Buchprüfers.

(5) Das Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen für die voraussichtliche Erreichung des Sammelziels nach Artikel 59 Absatz 3 oder Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 und die Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sind im Rahmen des Zulassungsverfahrens durch Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen glaubhaft zu machen. Satz 1 gilt entsprechend für den Eigenkontrollbericht nach Artikel 58 Absatz 5 Satz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542, im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung nach § 29 Absatz 2 und im Verfahren über einen Widerruf der Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder nach § 31 Absatz 2 oder 3; dabei gilt Satz 1 zusätzlich für vergangene Zeiträume mit der Maßgabe, dass an die Stelle der voraussichtlichen Erreichung oder Einhaltung die tatsächliche Erreichung oder Einhaltung des Ziels oder der Vorgaben tritt. §§ 24 Absatz 1, 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Bundesgebührengesetzes bleibt unberührt.

(6) Die Zulassung nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 und Absatz 2 und 3 für eine bestimmte Kategorie von Batterien ist auf ein Höchstgewicht an Batterien, die die beteiligten Hersteller im Durchschnitt der vorausgegangenen drei Kalenderjahre in der jeweiligen Kategorie im Inland insgesamt erstmalig bereitgestellt haben, zu begrenzen (Pflichtenwahrnehmungsgrenze).

(7) Die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung kann auch nachträglich mit Auflagen verbunden werden, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Vorgaben aus Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 und Verwertungsanforderungen nach Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 dauerhaft sicherzustellen.

(8) Ergänzend zu Artikel 58 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 haben die Organisationen für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde mitzuteilen, wenn die durch die beteiligten Hersteller in Verkehr gebrachte Menge an Batterien die Pflichtenwahrnehmungsgrenzen nach Absatz 6 überschreitet.

(9) Der Zulassungsantrag nach Absatz 1 Satz 2 und die Übermittlung der Angaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie nach Absatz 2 und 3 erfolgen über das auf der Internetseite der zuständigen Behörde zur Verfügung gestellte elektronische Datenverarbeitungssystem nach Maßgabe der jeweils geltenden Verfahrensanweisung für das elektronische Datenverarbeitungssystem. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen. Sie kann für die sonstige Kommunikation mit den Organisationen für Herstellerverantwortung die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung sowie die Eröffnung eines Zugangs für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen. Die Verfahrensanweisung nach Satz 1 und die Anforderungen nach Satz 3 sind auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.

§ 9

Sicherheitsleistung

(1) Jede Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 ist verpflichtet, der zuständigen Behörde kalenderjährlich eine insolvenz sichere Sicherheit für die Rücknahme und Entsorgung der Altbatterien zu leisten, die die beteiligten Hersteller im Geltungsbereich dieses Gesetzes erstmals auf dem Markt bereitstellen oder bereitgestellt haben.

(2) Für die Sicherheit sind folgende Formen möglich:

1. eine Bürgschaft auf erstes Anfordern eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers, die die Kostenerstattungsansprüche der zuständigen Behörde aus behördlichen Ersatzvornahmen zur Durchsetzung der Erreichung des Ziels nach Artikel 59 Absatz 3 oder Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542, der Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder der §§ 11 und 13 und die Ausgleichsverpflichtungen der Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Kategorie von Batterien gemäß § 12 Absatz 3 sichert,
2. eine Garantie auf erstes Anfordern eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers, die die Kostenerstattungsansprüche der zuständigen Behörde aus behördlichen Ersatzvornahmen zur Durchsetzung der Erreichung des Ziels nach Artikel 59 Absatz 3 oder Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder der Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder der §§ 11 und 13 und die Ausgleichsverpflichtungen der Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Kategorie von Batterien gemäß § 12 Absatz 3 sichert oder
3. die Hinterlegung von Geld zur Sicherheitsleistung im Sinne von § 232 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugunsten der zuständigen Behörde nach näherer Maßgabe der Hinterlegungsgesetze der Länder.

Eine Bürgschaft oder Garantie auf erstes Anfordern kann auch formularmäßig übernommen werden, ohne dass dadurch gegen die §§ 305 bis 310 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verstoßen wird.

(3) Die Höhe der Sicherheitsleistung ist in der Regel angemessen, wenn die Bürgschaft, die Garantie oder der hinterlegte Geldbetrag mindestens das Dreifache des Produkts aus dem jeweils geltendem Ausgleichssatz gemäß § 29 Absatz 7 und der Pflichtenwahrnehmungsgrenze gemäß § 8 Absatz 6 umfasst.

(4) Die Höhe der erbrachten Sicherheitsleistung ist regelmäßig von der zuständigen Behörde im Hinblick auf die geltenden Ausgleichssätze zu überprüfen. Die zuständige Behörde hat anzuordnen, dass die Sicherheitsleistung zu erhöhen ist, wenn die erbrachte Sicherheitsleistung im Hinblick auf die zugelassene Pflichtenwahrnehmungsgrenze gemäß § 8 Absatz 6 und die geltenden Ausgleichssätze gemäß § 29 Absatz 7 nicht mehr angemessen ist. Die zuständige Behörde kann die Zulassung nach § 8 widerrufen, wenn die erhöhte Sicherheit nicht innerhalb von einem Monat nach Erlass der Aufstockungsanordnung geleistet ist.

§ 10

Ökologische Gestaltung der Beiträge

(1) Die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 sind verpflichtet, im Rahmen der Bemessung der Beiträge der Hersteller oder der Bevollmächtigten Anreize dafür zu schaffen, dass bei der Herstellung von Batterien die Verwendung von gefährlichen Stoffen minimiert wird. Bei der Bemessung der Beiträge sind auch zu berücksichtigen

1. die Langlebigkeit, insbesondere die Wiederaufladbarkeit sowie die Reparierbarkeit einer Batterie,
2. die Wiederverwendbarkeit und die Recyclingfähigkeit der Batterie,
3. der CO₂-Fußabdruck nach Artikel 7 der Verordnung (EU) 2023/1542
4. die Verwendung von Rezyklaten nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie
5. ob die Batterie umgenutzt oder wiederaufgearbeitet oder einer Vorbereitung zur Wiederverwendung oder Umnutzung zugeführt wurde.

Der jeweilige Beitrag hat sich dabei an den einzelnen chemischen Systemen der Batterien sowie der Batteriekategorie zu bemessen.

(2) Jede Organisation für Herstellerverantwortung hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum 1. Juni zu berichten, wie es die Vorgaben nach Absatz 1 bei der Bemessung der Beiträge im vorangegangenen Kalenderjahr umgesetzt hat. Das Umweltbundesamt prüft die Berichte auf Plausibilität. Es kann verbindliche Vorgaben hinsichtlich der Form der Berichte beschließen und veröffentlichen.

§ 11

Pflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung

(1) Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben Altbatterien, die

1. von angeschlossenen Sammelstellen für Gerätealtbatterien nach Artikel 59 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542,
2. von angeschlossenen Sammelstellen für LV-Altbatterien nach Artikel 60 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 und

3. für Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien von Händlern nach § 18, öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern nach § 20, Wirtschaftsakteuren nach Artikel 61 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 und Behandlungsanlagen nach § 21

zurückgenommen wurden oder dort anfallen, unentgeltlich zurückzunehmen und nach Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 22 zu behandeln.

(2) Absatz 1 gilt auch für Altbatterien, die bei der Behandlung von Altgeräten nach den Vorschriften des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes und bei der Behandlung von Altfahrzeugen nach den Vorschriften der Altfahrzeug-Verordnung anfallen.

(3) Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse die folgenden Informationen jährlich bis zum Ablauf des 31. Mai auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen:

1. die Eigentums- und Mitgliederverhältnisse,
2. die von den Mitgliedern geleisteten finanziellen Beiträge je in Verkehr gebrachter Batterie oder je in Verkehr gebrachter Masse an Batterien,
3. das Verfahren für die Auswahl von Abfallbewirtschaftern sowie
4. die erreichten Sammelquoten, Recyclingeffizienzen und Quoten für die stoffliche Verwertung.

(4) Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben der zuständigen Behörde jeden Abfallbewirtschafter, der nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählt wurde, anzuzeigen. Die Anzeige muss die Anschrift und die Kontaktinformationen des ausgewählten Abfallbewirtschafters enthalten. Nach der Anzeige erfolgte Änderungen an der Auswahl des Abfallbewirtschafters sind der zuständigen Behörde unverzüglich mitzuteilen.

(5) Die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 erstatten dem Umweltbundesamt die im Rahmen der Erhebung über die Zusammensetzung der gesammelten gemischten Siedlungsabfälle gemäß Artikel 69 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 entstandenen Kosten. Sie tragen die Kosten entsprechend dem Marktanteil der in Verkehr gebrachten Masse an Batterien der jeweils bei ihnen selbst oder über einen Bevollmächtigten beteiligten Hersteller. Das Umweltbundesamt übermittelt die Ergebnisse der Erhebung der zuständigen Behörde.

§ 12

Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung

(1) Wird die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung für eine bestimmte Kategorie von Batterien nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 31 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam, so hat die Organisation für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde unverzüglich die in Artikel 75 Absatz 1 und Absatz 2 auch in Verbindung mit Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 25 genannten Informationen für das vorangegangene und laufende Kalenderjahr zu melden.

(2) Die jeweils im Zeitpunkt des Widerrufs oder sonstigen Unwirksamkeit weiterhin zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung für eine bestimmte Kategorie von

Batterien sind verpflichtet, im Verhältnis ihrer Pflichtenwahrnehmungsgrenze in der jeweiligen Kategorie zueinander noch nicht erfüllte Verpflichtungen einer Organisation für Herstellerverantwortung, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 31 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist, entsprechend der Zuweisung der zuständigen Behörde nach § 29 Absatz 6 Satz 1 zu erfüllen (Auffangsammlungspflicht).

(3) Im Umfang ihrer erfüllten Auffangsammlungspflicht nach Absatz 2 steht den Organisationen für Herstellerverantwortung ein Ausgleichsanspruch gegen die Organisation für Herstellerverantwortung zu, deren Zulassung widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist. Für die Berechnung des Ausgleichsanspruchs wird das zur Erfüllung der Auffangsammlungspflicht nachgewiesene Gewicht an gesammelten Altbatterien mit den Ausgleichssätzen nach § 29 Absatz 7 multipliziert. Maßgeblich sind die Ausgleichssätze im Zeitpunkt des Widerrufs oder sonstigen Unwirksamkeit der Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung, aufgrund derer die Auffangsammlungspflicht zugewiesen wurde.

Abschnitt 3

Rücknahme von Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel

§ 13

Sammelziele

(1) Abweichend zu Artikel 59 Absatz 3 Satz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 müssen die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 jeweils im eigenen System und ohne die Masse der zurückgenommenen Altbatterien, die in Erfüllung der Auffangsammlungspflicht nach § 12 Absatz 2 gesammelt werden, für Gerätealtbatterien eine Sammelquote von mindestens 50 Prozent erreichen und dauerhaft sicherstellen.

(2) Bei der Berechnung der Sammelquote nach Absatz 1 und Artikel 59 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 darf die Masse der in einem bestimmten Kalenderjahr (Berichtsjahr) zurückgenommenen Blei-Säure-Gerätealtbatterien nur insoweit herangezogen werden, als sie die Masse der von den jeweils im Berichtsjahr beteiligten Herstellern im Durchschnitt der vorausgegangenen drei Kalenderjahre erstmals auf den Markt bereitgestellten Blei-Säure-Gerätebatterien, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine getrennte Erfassung zur Verfügung steht, nicht übersteigt.

(3) Für die Ermittlung der Sammelquote nach Absatz 1 und 2 und Artikel 59 Absatz 3 Satz 1 sowie Artikel 60 Absatz 3 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 bezogen auf ein bestimmtes Kalenderjahr (Berichtsjahr) ist auf die Massen an Gerätebatterien oder Batterien für leichte Verkehrsmittel abzustellen, die von den jeweils im Berichtsjahr an der Organisation für Herstellerverantwortung beteiligten Herstellern in den nach Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 maßgeblichen Kalenderjahren erstmals auf den Markt bereitgestellt wurden.

(4) Bei einem unterjährigen Wechsel eines Herstellers von einer Organisation für Herstellerverantwortung zu einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung wird die erstmals auf dem Markt bereitgestellte Masse an Gerätebatterien oder Batterien für leichte Verkehrsmittel der nach Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 maßgeblichen Kalenderjahre bei der Berechnung der Sammelquote nach Absatz 1 bis 3 und Artikel 59 Absatz

3 und Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 im zeitlichen Verhältnis der jeweiligen Beteiligung im Berichtsjahr der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung zugerechnet. Hersteller, die die Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung beenden, ohne daran anschließend eine andere Organisation für Herstellerverantwortung zu beauftragen, gelten für die Berechnung der Sammelquote bis zum Ablauf des dritten Kalenderjahres nach Beendigung als bei der bisherigen Organisation für Herstellerverantwortung beteiligt.

(5) Jeder Hersteller ist verpflichtet, der Organisation für Herstellerverantwortung, an der er beteiligt ist, die zur Erfüllung der Ermittlung der Sammelquote erforderlichen Daten auf Verlangen der Organisation für Herstellerverantwortung bereitzustellen.

§ 14

Rücknahmepflichten der Händler

(1) Ergänzend zu Artikel 62 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 ist jeder Händler verpflichtet, vom Endnutzer Geräte-Alt Batterien und LV-Alt Batterien unabhängig von der Baugröße und Beschaffenheit im Handelsgeschäft oder in unmittelbarer Nähe hierzu unentgeltlich zurückzunehmen. Die Rücknahmeverpflichtung nach Satz 1 beschränkt sich auf sich auf Alt Batterien der Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 und 11 der Verordnung (EU) 2023/1542, die der Händler als Neubatterien in seinem Sortiment führt oder geführt hat, sowie auf die Menge, derer sich private Endnutzer üblicherweise entledigen. Satz 1 erstreckt sich nicht auf Produkte mit eingebauten Alt Batterien; das Elektro- und Elektronikgerätegesetz und die Altfahrzeug-Verordnung bleiben unberührt.

(2) Händler, die Geräte Batterien und LV-Batterien im Wege von Fernabsatzverträgen an Endnutzer abgeben, haben zur Erfüllung ihrer Pflicht aus Absatz 1 geeignete Rückgabemöglichkeiten in zumutbarer Entfernung zum jeweiligen Endnutzer einzurichten.

(3) Die Händler sind verpflichtet, zurückgenommene Gerätealt Batterien und Alt Batterien für leichte Verkehrsmittel einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 zu überlassen. Die Bindung an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt für mindestens zwölf Monate. Eine Kündigung ist nur zulässig bis drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder, falls keine Laufzeit vereinbart ist, bis drei Monate vor Ablauf der zwölf Monate. Wird die Kündigungsfrist nicht eingehalten oder keine Kündigung erklärt, verlängert sich die Laufzeit um mindestens zwölf weitere Monate. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht, sofern die Zulassung der Organisation für Herstellerverantwortung für die betreffende Batteriekategorie während der Laufzeit entfällt.

§ 15

Mitwirkung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind verpflichtet, Gerätealt Batterien und LV-Alt Batterien unabhängig von deren chemischer Zusammensetzung, Marke, Herkunft, Baugröße und Beschaffenheit unentgeltlich zurückzunehmen. Diese Gerätealt Batterien und LV-Alt Batterien sind einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 zu überlassen. Die Bindung an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt für mindestens zwölf Monate. Eine Kündigung ist nur zulässig bis drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder, falls keine Laufzeit vereinbart ist, bis drei Monate vor Ablauf der zwölf Monate. Wird die Kündigungsfrist nicht eingehalten oder keine Kündigung erklärt, verlängert sich die Laufzeit um mindestens zwölf weitere Monate. Die Sätze 3 und 4 gelten nicht, sofern die Zulassung für die

Organisation für Herstellerverantwortung für die betreffende Batteriekategorie während der Laufzeit entfällt.

§ 16

Mitwirkung von freiwilligen Sammelstellen

Freiwillige Rücknahmestellen haben die anfallenden und zurückgenommenen Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 zu überlassen. Die Bindung an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt für mindestens zwölf Monate. Eine Kündigung ist nur zulässig bis drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder, falls keine Laufzeit vereinbart ist, bis drei Monate vor Ablauf der zwölf Monate. Wird die Kündigungsfrist nicht eingehalten oder keine Kündigung erklärt, verlängert sich die Laufzeit um mindestens zwölf weitere Monate. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht, sofern die Zulassung der Organisation für Herstellerverantwortung für die betreffende Batteriekategorie während der Laufzeit entfällt. In der Vereinbarung mit der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung sind mindestens Regelungen zur Art und zum Ort der Rückgabe zu treffen.

§ 17

Überlassungspflichten Dritter

(1) Die Betreiber von Behandlungseinrichtungen für Altgeräte nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz sind verpflichtet, bei der Behandlung anfallende Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 zu überlassen.

(2) Die Betreiber von Behandlungseinrichtungen für Altfahrzeuge nach der Altfahrzeug-Verordnung sind verpflichtet, bei der Behandlung anfallende Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 zu überlassen.

(3) Die Bindung an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt für mindestens zwölf Monate. Eine Kündigung ist nur zulässig bis drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder, falls keine Laufzeit vereinbart ist, bis drei Monate vor Ablauf der zwölf Monate. Wird die Kündigungsfrist nicht eingehalten oder keine Kündigung erklärt, verlängert sich die Laufzeit um mindestens zwölf weitere Monate. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, sofern die Zulassung der Organisation für Herstellerverantwortung für die betreffende Batteriekategorie während der Laufzeit entfällt.

Abschnitt 4

Rücknahme von Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien

§ 18

Pflichten der Händler

(1) Ergänzend zu Artikel 62 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 ist jeder Händler verpflichtet, vom Endnutzer Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien unabhängig von Baugröße und Beschaffenheit im Handelsgeschäft oder in dessen Nähe unentgeltlich zurückzunehmen. Die Rücknahmeverpflichtung nach Satz 1 beschränkt sich auf Altbatterien der Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 12 bis 14, die der Händler als Neubatterie in seinem Sortiment führt oder geführt hat. Satz 1 erstreckt sich nicht auf Produkte mit eingebauten Altbatterien; das Elektro- und Elektronikgerätegesetz und die Altfahrzeug-Verordnung bleiben unberührt.

(2) Händler, die Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugbatterien im Wege von Fernabsatzverträgen an Endnutzer abgeben, haben zur Erfüllung ihrer Pflicht aus Absatz 1 geeignete Rückgabemöglichkeiten in zumutbarer Entfernung zum jeweiligen Endnutzer einzurichten. Artikel 62 Absatz 4 und 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 bleiben unberührt.

(3) Händler haben die zurückgenommenen Starter, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 3 oder einem ausgewählten Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu überlassen. Übergibt der Händler die zurückgenommenen Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugaltbatterien einem ausgewählten Abfallbewirtschafter, so gelten die Anforderungen der Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 zugunsten des Händlers als erfüllt.

§ 19

Pfandpflicht für Starterbatterien

(1) Händler, die Starterbatterien an Endnutzer abgeben, sind verpflichtet, je Starterbatterie ein Pfand in Höhe von 7,50 Euro einschließlich Umsatzsteuer zu erheben, wenn der Endnutzer zum Zeitpunkt des Kaufs einer neuen Starterbatterie keine Starteraltbatterie zurückgibt. Der Händler, der das Pfand erhoben hat, ist bei Rückgabe einer Starteraltbatterie zur Erstattung des Pfandes verpflichtet. Der Händler kann bei der Pfanderhebung eine Pfandmarke ausgeben und die Pfanderstattung von der Rückgabe der Pfandmarke abhängig machen. Wird die Starteraltbatterie nicht dem Pfand erhebenden Händler zurückgegeben, ist derjenige Erfassungsberechtigte nach § 6 Absatz 3, der die Starteraltbatterien zurücknimmt, verpflichtet, auf Verlangen des Endnutzers schriftlich oder elektronisch zu bestätigen, dass eine Rücknahme ohne Pfanderstattung erfolgt ist. Ein Händler, der Starterbatterien unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln anbietet, ist abweichend von Satz 2 zur Erstattung des Pfandes auch bei Vorlage eines schriftlichen oder elektronischen Rückgabennachweises nach Satz 4, der zum Zeitpunkt der Vorlage nicht älter als zwei Wochen ist, verpflichtet.

(2) Werden in Fahrzeuge eingebaute Starterbatterien an den Endnutzer ab- oder weitergegeben, so entfällt die Pfandpflicht.

Mitwirkung von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern

Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger können sich an der Rücknahme von Starter- und Industriebatterien beteiligen. Sofern eine Beteiligung erfolgt, sind sie verpflichtet, die zurückgenommenen Altbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung oder einem ausgewählten Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu überlassen. § 18 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

Überlassungspflichten Dritter

(1) Die Betreiber von Behandlungseinrichtungen für Altgeräte nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz sind verpflichtet, bei der Behandlung anfallende Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugaltbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 3 oder einem ausgewählten Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu überlassen. § 18 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die Betreiber von Behandlungseinrichtungen für Altfahrzeuge nach der Altfahrzeug-Verordnung sind verpflichtet, bei der Behandlung anfallende Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugaltbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 3 oder einem ausgewählten Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu überlassen. § 18 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Wirtschaftsakteure nach Artikel 61 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 sind verpflichtet, die bei der Wiederaufarbeitung oder Umnutzung anfallenden Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugaltbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 3 oder einem ausgewählten Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu überlassen. § 18 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

Kapitel 3

Behandlungspflichten

Behandlung und Beseitigung

(1) Altbatterien und Abfälle der Batterieerzeugung sind gemäß Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu behandeln.

(2) Ergänzend zu Artikel 70 der Verordnung (EU) 2023/1542 sind Rückstände von zuvor ordnungsgemäß behandelten und recycelten Altbatterien nach dem Stand der Technik gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Kapitel 4

Informationspflichten

§ 23

Informationspflichten der Händler

(1) Ergänzend zu Artikel 74 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 haben Händler ihre Kunden durch gut sicht- und lesbare, im unmittelbaren Sichtbereich des Hauptkundenstroms platzierte Schrift- oder Bildtafeln mindestens in deutscher Sprache darauf hinzuweisen,

1. dass Altbatterien im Handelsgeschäft unentgeltlich zurückgegeben werden können und
2. dass der Endnutzer zur Rückgabe von Altbatterien gesetzlich verpflichtet ist.

(2) Händler, die zur Rücknahme von Altbatterien nach Art. 62 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 verpflichtend sind, haben ihre Kunden im Eingangsbereich der Verkaufsstelle durch gut sicht- und lesbare Bildtafeln mindestens in Größe A4 im unmittelbaren Sichtbereich des Hauptkustendstroms mit der Kennzeichnung nach § 24 Absatz 3 darauf hinzuweisen, dass Altbatterien in dieser Verkaufsstelle zurückgegeben werden können.

(3) Händler, die Batterien im Wege von Fernabsatzverträgen an Endnutzer abgeben, haben die Hinweise nach Artikel 74 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach Absatz 1 und 2 gut sichtbar durch digitale Bildtafeln in den von ihnen verwendeten Darstellungsmedien sowie leicht auffindbar auf der Internetseite zu geben oder der Warensendung schriftlich beizufügen.

§ 24

Informationspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8

(1) Ergänzend zu Artikel 74 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sind die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 verpflichtet, gemeinsam die Endnutzer in angemessenem Umfang mindestens in deutscher Sprache zu informieren über

1. die Verpflichtung nach § 6 zur Entsorgung von Altbatterien,
2. Sinn und Zweck der getrennten Sammlung von Altbatterien,
3. Abfallvermeidungsmaßnahmen und über Maßnahmen zur Vermeidung von Vermüllung,
4. die Möglichkeiten der Vorbereitung zur Wiederverwendung von Altbatterien,
5. die Risiken beim Umgang mit lithiumhaltigen Batterien,
6. die eingerichteten Organisationen für Herstellerverantwortung,
7. die Rücknahmestellen für Altbatterien sowie
8. die Bedeutung der Kennzeichnung für Rücknahmestellen nach Absatz 3.

(2) Die Information nach Absatz 1 hat in regelmäßigen Zeitabständen zu erfolgen und soll sowohl lokale als auch überregionale Maßnahmen beinhalten. Zur Erfüllung ihrer Pflichten aus Satz 1 haben die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 gemeinschaftlich einen Dritten zu beauftragen. Der beauftragte Dritte hat einen Beirat einzurichten, dem folgende Vertreter angehören:

1. Vertreter der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger,
2. Vertreter der Verbraucherschutzorganisationen,
3. Vertreter der Hersteller- und Handelsverbände,
4. Vertreter der Entsorgungswirtschaft sowie
5. Vertreter der Länder und des Bundes.

Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 tragen die Kosten entsprechend dem Marktanteil der in Verkehr gebrachten Masse an Batterien der jeweils bei ihnen selbst oder über einen Bevollmächtigten beteiligten Hersteller.

(3) Die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 haben eine gemeinsame einheitliche Kennzeichnung für Rücknahmestellen zu entwerfen, diese den Rücknahmestellen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und bei den Rücknahmestellen dauerhaft für deren Nutzung zu werben. Die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 können auch gemeinschaftlich einen Dritten mit der Wahrnehmung der Pflicht aus Satz 1 beauftragen. Absatz 2 Satz 5 gilt entsprechend.

Kapitel 5

Mitteilungspflichten

§ 25

Mitteilungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung

(1) Jede Organisation für Herstellerverantwortung hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über

1. die Masse an Batterien, die im vorangegangenen Kalenderjahr von den beteiligten Herstellern im Geltungsbereich dieses Gesetzes erstmals auf dem Markt bereitgestellt wurden und im Geltungsbereich dieses Gesetzes verblieben sind,
2. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr zurückgenommenen Altbatterien; dabei sind selbst zurückgenommene Massen und Massen, die an andere Organisationen für Herstellerverantwortung verkauft oder von anderen Organisationen für Herstellerverantwortung abgekauft wurden, und Massen, die in Erfüllung der Auffangsammlungspflicht nach Absatz 12 Absatz 2 zurückgenommen wurden, getrennt auszuweisen,
3. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Wiederverwendung zugeführten Altbatterien,

4. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Umnutzung zugeführten Altbatterien,
5. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zum Recycling zugeführten Altbatterien sowie
6. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einem Recycling zugeführte Altbatterien.

Die Dokumentation nach Satz 1 ist zu untergliedern nach den Kategorien von Batterien sowie nach chemischen Systemen. Dabei sind bei der Angabe zu Satz 1 Nummer 1 Allzweck-Gerätebatterien und bei den Angaben zu Satz 1 Nummer 3 bis 6 ausgeführte und außerhalb des Geltungsbereich dieses Gesetzes behandelte Altbatterien gesondert auszuweisen. Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 haben in der Dokumentation auch die im eigenen System erreichte Sammelquote und deren Herleitung anzugeben.

(2) Jeder Hersteller ist verpflichtet, der Organisation für Herstellerverantwortung, an dem er beteiligt ist, die zur Erfüllung der Mitteilungspflichten nach Absatz 1 erforderlichen Informationen auf Verlangen der Organisation für Herstellerverantwortung bereitzustellen.

(3) Die Dokumentation nach Absatz 1 ist durch die Organisation für Herstellerverantwortung in einer von einem unabhängigen Sachverständigen geprüften und bestätigten Fassung vorzulegen. Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben sicherzustellen, dass spätestens nach fünf Jahren durchgängiger Prüfung durch denselben Sachverständigen ein anderer Sachverständiger die Prüfung und Bestätigung der Dokumentation durchführt. Jede Organisation für Herstellerverantwortung veröffentlicht die nach Absatz 1 vorzulegende Dokumentation innerhalb eines Monats nach Vorlage beim Umweltbundesamt auf ihrer Internetseite. Im Fall der Beleihung nach § 33 übermittelt das Umweltbundesamt die Dokumentationen der Organisationen für Herstellerverantwortung nach deren Erhalt an die Beliehene.

§ 26

Mitteilungspflichten ausgewählter Abfallbewirtschafter

Jeder ausgewählte Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über

1. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zurückgenommenen Altbatterien;
2. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Wiederverwendung zugeführten Altbatterien,
3. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Umnutzung zugeführten Altbatterien,
4. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zum Recycling zugeführten Altbatterien sowie
5. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einem Recycling zugeführten Altbatterien.

Die Dokumentation nach Satz 1 ist zu untergliedern nach Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien sowie nach chemischen Systemen. Bei den Angaben zu Satz 1 Nummer 2 bis 5 ausgeführte und außerhalb des Geltungsbereich dieses Gesetzes behandelte Altbatterien gesondert auszuweisen. Im Fall der Beleihung nach § 33 übermittelt das Umweltbundesamt die Dokumentationen der ausgewählten Abfallbewirtschafter nach deren Erhalt an die Beliehene.

§ 27

Mitteilungspflichten von Abfallbewirtschaftern, die Altbatterien behandeln, und Recyclingbetreibern

(1) Jeder Abfallbewirtschafter, der Altbatterien behandelt, hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über

1. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zwecks Behandlung angenommen wurde,
2. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zur Wiederverwendung vorbereitet wurde,
3. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zur Umnutzung vorbereitet wurde sowie
4. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einem Recyclingverfahren zugeführt wurde.

(2) Jeder Recyclingbetreiber hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über

1. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zum Recycling angenommen wurden,
2. die erreichten Recyclingeffizienzen nach Artikel 71 in Verbindung mit Anhang XII Teil B der Verordnung (EU) 2023/1542 und
3. die erreichten Quoten für die stoffliche Verwertung nach Artikel 71 in Verbindung mit Anhang XII Teil C der Verordnung (EU) 2023/1542.

Werden Recyclingverfahren in mehreren Anlagen durchgeführt, so ist der erste Recyclingbetreiber zur Dokumentation nach Satz 2 verpflichtet. Die Betreiber der weiteren Recyclingverfahren stellen zu diesem Zweck dem ersten Recyclingbetreiber die entsprechenden Daten zur Verfügung.

(3) Im Fall der Beleihung nach § 33 übermittelt das Umweltbundesamt die Dokumentationen der Abfallbewirtschafter, die Altbatterie behandeln, und der Recyclingbetreiber nach deren Erhalt an die Beliehene.

Kapitel 6

Zuständigkeiten und Aufgaben der zuständigen Behörden

Abschnitt 1

Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542

§ 28

Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542

Zuständige Behörde im Sinne von Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 und Teil 2 dieses Gesetzes ist das Umweltbundesamt.

§ 29

Aufgaben der zuständigen Behörde im Zusammenhang mit der Registrierung und Zulassung

(1) Die zuständige Behörde registriert den Hersteller auf dessen Antrag mit der Marke, der Firma, dem Ort der Niederlassung oder dem Sitz, der Anschrift sowie der Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 sowie 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542 und erteilt dem Hersteller eine Registrierungsnummer. Im Fall des § 36 Absatz 2 registriert die zuständige Behörde den Bevollmächtigten mit den in Satz 1 genannten Angaben sowie mit den Kontaktdaten des vertretenen Herstellers und erteilt je vertretenen Hersteller eine Registrierungsnummer. Herstellern oder deren Bevollmächtigten darf die Registrierung nur erteilt werden, wenn der Hersteller oder der Bevollmächtigte eine für die jeweilige Batteriekategorie zugelassene Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 mit der Wahrnehmung der Aufgaben der erweiterten Herstellerverantwortung beauftragt hat.

(2) Die zuständige Behörde lässt die Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 auf deren Antrag nach Maßgabe des § 8 zu. Die Zulassung darf nur erteilt werden, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung eine Sicherheitsleistung nach § 9 nachweist. Die zuständige Behörde überprüft regelmäßig, spätestens alle drei Jahre, ob die Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt werden. Dabei berücksichtigt sie die Eigenkontrollberichte und erforderlichenfalls die Korrekturmaßnahmenpläne der Organisationen für Herstellerverantwortung und deren Umsetzungsstand nach Artikel 58 Absatz 5 Satz 2 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542.

(3) Die zuständige Behörde veröffentlicht die folgenden Angaben zu den registrierten Herstellern und den registrierten Bevollmächtigten auf ihrer Internetseite:

1. Name, Anschrift und Internetadresse des Herstellers oder von dessen Bevollmächtigten,
2. im Fall der Bevollmächtigung: Name und Anschrift des vertretenen Herstellers,
3. die Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 sowie 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542, die der Hersteller in Verkehr bringt,

4. die Marke, unter der der Hersteller die Batterien in Verkehr bringt,
5. Name und Rechtsform der Organisation für Herstellerverantwortung, die der Hersteller oder dessen Bevollmächtigter beauftragt hat,

Die Veröffentlichung ist zu untergliedern nach Herstellern von Gerätebatterien, Batterien für leichte Verkehrsmittel, Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien und muss für jeden Hersteller die Angaben nach Satz 1 sowie das Datum der Registrierung enthalten. Für Hersteller, die aus dem Markt ausgetreten sind, ist zusätzlich das Datum des Marktaustritts anzugeben. Die Angaben nach Satz 1 sind zum vierten Kalenderjahr nach dem Datum des angezeigten Marktaustritts des Herstellers im Internet zu löschen. Die Sätze 2 bis 4 gelten im Fall der Bevollmächtigung mit der Maßgabe, dass die Daten zum Bevollmächtigten je vertretenen Hersteller zu veröffentlichen sind.

(4) Die zuständige Behörde veröffentlicht den Namen und die Anschrift der zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 auf ihren Internetseiten.

(5) Die zuständige Behörde stellt auf der Grundlage der gemäß § 12 Absatz 1 gemeldeten Informationen und der gemäß Artikel 75 Absatz 1 und Absatz 2 auch in Verbindung mit Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 25 erstatteten Berichte fest, in welchem Umfang Verpflichtungen einer Organisation für Herstellerverantwortung, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 31 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist, noch nicht erfüllt sind. Die Feststellung kann öffentlich bekannt gegeben werden. Informationen, die nicht innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt des Widerrufs oder sonstigen Unwirksamkeit von der betroffenen Organisation für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde gemeldet werden, bleiben für den Erfüllungsnachweis außer Betracht.

(6) Stellt die zuständige Behörde fest, dass Verpflichtungen einer Organisation für Herstellerverantwortung, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 31 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist, noch nicht erfüllt sind, trifft sie gegenüber den zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Kategorie die im Einzelfall erforderlichen Anordnungen zur Sicherstellung der Auffangsammlungspflicht nach § 12 Absatz 2. Die Zulassung nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 8 Absatz 2 und 3 kann auch nachträglich mit Auflagen verbunden werden, die erforderlich sind, um die Erfüllung der Auffangsammlungspflicht sicherzustellen.

(7) Die zuständige Behörde legt je Kategorie von Batterien Ausgleichssätze für die Berechnung des Ausgleichsanspruchs nach § 12 Absatz 3 durch Allgemeinverfügung fest. Die Festlegung ist öffentlich bekannt zu geben. Die Ausgleichssätze sollen die Kosten decken, die der Organisation für Herstellerverantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen in Wahrnehmung der Herstellerverantwortung je Gewichtseinheit in Verbindung mit Abfallbewirtschaftungstätigkeiten entstehen, und einen angemessenen Risikoaufschlag enthalten. Die Ausgleichssätze sind regelmäßig, mindestens alle fünf Jahre, zu aktualisieren.

(8) Die zuständige Behörde stellt auf Antrag der Organisationen für Herstellerverantwortung, denen eine Auffangsammlungspflicht zugewiesen wurde, den jeweiligen Anteil ihrer erfüllten Auffangsammlungspflicht an der gesamten Auffangsammlungspflicht und die Höhe ihres jeweiligen Ausgleichsanspruchs nach § 12 Absatz 3 gegen die Organisation für Herstellerverantwortung fest, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 31 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist.

Weitere Aufgaben der zuständigen Behörde

(1) Die zuständige Behörde nimmt folgende Anzeigen, Meldungen und Mitteilungen entgegen:

1. die Anzeigen der Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 7 Absatz 1 Satz 4 und § 11 Absatz 4,
2. die Meldungen der Organisationen für Herstellerverantwortung, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 31 Absatz 2 oder 3 widerrufen wurde oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist, nach § 12 Absatz 1 und
3. die Mitteilungen der Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 8 und § 25.

(2) Die zuständige Behörde veröffentlicht die nach § 11 Absatz 4 angezeigten ausgewählten Abfallbewirtschafter sowie das Bundesland und die Postleitzahl vom Sitz des Abfallbewirtschafters im Internet. Wird die Auswahl eines Abfallbewirtschafters aufgehoben, löscht die zuständige Behörde den Eintrag des betreffenden Abfallbewirtschafters im Internet.

(3) Anzeigen, Meldungen und Mitteilungen nach Absatz 1 erfolgen über das auf der Internetseite der zuständigen Behörde zur Verfügung gestellte elektronische Datenverarbeitungssystem nach Maßgabe der jeweils geltenden Verfahrensanweisung für das elektronische Datenverarbeitungssystem. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen. Sie kann für die sonstige Kommunikation mit den Herstellern oder mit deren Bevollmächtigten die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung sowie die Eröffnung eines Zugangs für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen. Die Verfahrensanweisung nach Satz 1 und die Anforderungen nach Satz 3 sind auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.

Befugnisse der zuständigen Behörde

(1) Ergänzend zu Artikel 55 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2023/1542 kann die zuständige Behörde unbeschadet des § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Registrierung einschließlich der Registrierungsnummer widerrufen, wenn

1. der Hersteller oder dessen Bevollmächtigter entgegen § 7 Absatz 1 Satz 1 keine Organisation für Herstellerverantwortung beauftragt hat,
2. über das Vermögen des Herstellers oder von dessen Bevollmächtigten das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird.

In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 ist bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Herstellers die Registrierung einschließlich der Registrierungsnummer zu widerrufen, sofern der Insolvenzverwalter oder bei Anordnung der Eigenverwaltung der Hersteller nicht unverzüglich gegenüber der zuständigen Behörde verbindlich erklärt, den Herstellerpflichten nach diesem Gesetz nachzukommen. Satz 2 gilt entsprechend, sofern im Fall der Bevollmächtigung das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Bevollmächtigten eröffnet wird.

(2) Ergänzend zu Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 kann die zuständige Behörde unbeschadet des § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 widerrufen, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung nicht nur unwesentlich gegen eine Auflage nach § 8 Absatz 7 oder § 29 Absatz 6 Satz 2 oder eine Anordnung nach § 29 Absatz 6 Satz 1 oder § 37 verstößt oder das in § 13 und Artikel 59 Absatz 3 und Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 bestimmte Sammelziel verfehlt.

(3) Die zuständige Behörde soll die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 widerrufen, wenn über das Vermögen der Organisation für Herstellerverantwortung das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird. Die Zulassung der Organisation für Herstellerverantwortung ist zu widerrufen, wenn die zuständige Behörde feststellt, dass der Betrieb der Organisation für Herstellerverantwortung eingestellt wurde.

(4) Die zuständige Behörde ist im Fall der Hinterlegung von Geld als Sicherheitsleistung nach § 9 befugt, die Hinterlegungsstelle um Herausgabe des hinterlegten Geldes in Höhe nicht erfüllter Kostenerstattungsansprüche aus behördlichen Ersatzvornahmen an sich selbst und im Übrigen in Höhe des festgestellten Ausgleichsanspruchs nach § 29 Absatz 7 an die ausgleichsberechtigten Organisationen für Herstellerverantwortung zu ersuchen.

§ 32

Vollständig automatisierter Erlass von Verwaltungsakten

Verwaltungsakte der zuständigen Behörde nach den §§ 29, 31 und 36 Absatz 1 können unbeschadet des § 24 Absatz 1 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vollständig durch automatische Einrichtungen erlassen werden, sofern kein Anlass besteht, den Einzelfall durch Amtsträger zu bearbeiten.

A b s c h n i t t 2

B e l e i h u n g

§ 33

Ermächtigung zur Beleihung

(1) Die zuständige Behörde wird ermächtigt, die Gemeinsame Stelle der Hersteller nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz mit den Aufgaben und Befugnissen nach § 5 Absatz 2, § 8 Absatz 91 Satz 3, Absatz 4 Satz 4 und 6 und Absatz 7 bis 9, § 9 Absatz 4, den §§ 29 bis 31 und § 36 Absatz 1 und dem Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 zu beleihen. Die Aufgaben schließen die Vollstreckung, die Rücknahme und den Widerruf der hierzu ergehenden Verwaltungsakte ein. Die zu Beleihende hat die notwendige Gewähr für die ordnungsgemäße Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben zu bieten. Dies ist gewährleistet, wenn

1. die Personen, die nach Gesetz, nach dem Gesellschaftsvertrag oder nach der Satzung die Geschäftsführung und Vertretung ausüben, zuverlässig und fachlich geeignet sind,
2. die zu Beleihende die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Ausstattung und Organisation hat und

3. sichergestellt ist, dass die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten sowie zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen eingehalten werden.

(2) Die zuständige Behörde kann der Beliehenen die Befugnis übertragen, für die Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben Gebühren und Auslagen nach dem Bundesgebührengesetz zu erheben und festzulegen, wie die Gebühren und Auslagen vom Gebührenschuldner zu zahlen sind. Soweit bei der Beliehenen im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Aufwand für nicht individuelle zurechenbare öffentliche Leistungen oder sonstiger Aufwand entsteht, der nicht durch die Gebühren- und Auslagenerhebung der Beliehenen gedeckt ist, oder soweit die Befugnis nach Satz 1 nicht übertragen wird, ersetzt die zuständige Behörde der Beliehenen die für die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 entstehenden Kosten und Auslagen.

(3) Die Beleihung ist durch die zuständige Behörde im Bundesanzeiger bekannt zu machen.

§ 34

Aufsicht

(1) Die Beliehene untersteht der Rechts- und Fachaufsicht der zuständigen Behörde.

(2) Erfüllt die Beliehene die ihr übertragenen Aufgaben nicht oder nicht ausreichend, ist die zuständige Behörde befugt, die Aufgaben selbst durchzuführen oder im Einzelfall durch einen Beauftragten durchführen zu lassen.

(3) Die zuständige Behörde kann von der Beliehenen Ersatz für die Kosten verlangen, die ihr für die Rechts- und Fachaufsicht nach Absatz 1 entstehen. Der Anspruch darf die Höhe nach die im Haushaltsplan des Bundes für die Durchführung der Rechts- und Fachaufsicht veranschlagten Einnahmen nicht übersteigen.

§ 35

Beendigung der Beleihung

(1) Die Beleihung endet, wenn die Beliehene aufgelöst ist.

(2) Die zuständige Behörde kann unbeschadet des § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Beleihung widerrufen, wenn die Beliehene die übertragenen Aufgaben nicht sachgerecht wahrnimmt.

(3) Die Beliehene kann die Beendigung der Beleihung jederzeit schriftlich von der zuständigen Behörde verlangen. Dem Begehren ist innerhalb einer Frist, die zur Übernahme und Fortführung der Aufgabenerfüllung nach § 5 Absatz 2, § 8 Absatz 9, den §§ 29 bis 31 und § 36 Absatz 1 durch die zuständige Behörde erforderlich ist, zu entsprechen.

Kapitel 7

Beauftragung Dritter, Vollzug

§ 36

Beauftragung Dritter und Bevollmächtigung

(1) Die nach der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach diesem Gesetz Verpflichteten können Dritte mit der Erfüllung ihrer Pflichten beauftragen; § 22 Satz 2 und 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes gilt entsprechend.

(2) Hersteller, die keine Niederlassung im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, haben einen Bevollmächtigten mit der Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen beauftragen. Die Aufgabenerfüllung durch den Bevollmächtigten erfolgt im eigenen Namen. Jeder Hersteller darf nur einen Bevollmächtigten beauftragen. Die Beauftragung nach Satz 1 hat schriftlich und in deutscher Sprache zu erfolgen.

§ 37

Vollzug

(1) Die zuständige Behörde soll gegenüber den Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8 die Anordnungen treffen, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 8 Absatz 1 bis 3 und § 13 und der Verwertungsanforderungen nach Artikel 70 bis 72 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 22 dauerhaft sicherzustellen.

(2) Für den Vollzug dieses Gesetzes sind die § 47 Absatz 1 bis 6 und § 62 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes entsprechend anzuwenden. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

Teil 3

Beteiligung von Bundesbehörden an Verfahren zur Änderung von Beschränkungen für Stoffe

§ 38

Beteiligung der Bundesbehörden am Beschränkungsverfahren für Stoffe

(1) Bei der Durchführung von Beschränkungsverfahren für Stoffe nach Artikel 86 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der jeweils geltenden Fassung wirken mit:

1. die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, die insoweit der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit unterliegt, als Bundesstelle für Chemikalien,
2. das Umweltbundesamt als Bewertungsstelle Umwelt,

3. das Bundesinstitut für Risikobewertung, das insoweit der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit unterliegt, als Bewertungsstelle Gesundheit und Verbraucherschutz,
4. die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, die insoweit der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unterliegt, als Bewertungsstelle für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten, und
5. die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, die insoweit der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unterliegt, als Bewertungsstelle für Materialsicherheit.

(2) Die Bundesstelle für Chemikalien ist für die Vorbereitung von Dossiers zur Einleitung von Beschränkungsverfahren nach Artikel 86 Absatz 3 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 zuständig.

(3) Die Bewertungsstellen unterstützen die Bundesstelle für Chemikalien bei deren Aufgabe nach Absatz 2 durch die eigenverantwortliche und abschließende Durchführung der ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich betreffenden Bewertungsaufgaben. Die Bewertungsstellen unterstützen sich gegenseitig durch fachliche Stellungnahmen, sofern dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgabe erforderlich ist.

(4) Fachlicher Zuständigkeitsbereich der Bewertungsstelle Umwelt ist die umweltbezogene Risikobewertung einschließlich der Bewertung von Risikominderungsmaßnahmen.

(5) Fachlicher Zuständigkeitsbereich der Bewertungsstelle Gesundheit und Verbraucherschutz ist die gesundheitsbezogene Risikobewertung einschließlich der Bewertung von Risikominderungsmaßnahmen.

(6) Fachlicher Zuständigkeitsbereich der Bewertungsstelle für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten ist die arbeitsschutzbezogene Risikobewertung einschließlich der Bewertung von Risikominderungsmaßnahmen.

(7) Fachlicher Zuständigkeitsbereich der Bewertungsstelle für Materialsicherheit ist die materialtechnische Risikobewertung einschließlich der Bewertung von Risikominderungsmaßnahmen.

(8) Die Bundesstelle für Chemikalien koordiniert das Zusammenwirken der unter Absatz 1 genannten Bewertungsstellen und wirkt auf die Schlüssigkeit und Widerspruchsfreiheit der Gesamtposition hin. Sie entscheidet über die Gesamtposition, sofern im Einzelfall deren Schlüssigkeit und Widerspruchsfreiheit anders nicht erreicht werden kann und die Abgabe einer Stellungnahme keinen Aufschub duldet. Entscheidungen nach Satz 2, in denen die Bundesstelle für Chemikalien von der Bewertung einer Bewertungsstelle abweicht, bedürfen einer eingehenden Begründung, die aktenkundig zu machen und den Bewertungsstellen zuzuleiten ist. Die Bundesstelle für Chemikalien vertritt die Gesamtposition nach außen. Sie zieht dabei Vertreter der anderen beteiligten Bundesoberbehörden zur Unterstützung hinzu, sofern sie es für erforderlich hält oder diese es verlangen.

(9) Die Bundesstelle für Chemikalien beteiligt im Einzelfall weitere Bundesoberbehörden, sofern bei diesen besondere Fachkenntnisse zu Einzelaspekten der Bewertung von Stoffen zu Zwecken der Verordnung (EU) 2023/1542 vorhanden sind und die betreffende Fragestellung von den in Absatz 1 genannten Behörden nicht abschließend beurteilt werden kann.

Teil 4

Konformitätsbewertung

Kapitel 1

Bestimmungen über die notifizierende Behörde

§ 39

Notifizierende Behörde

Die Länder haben eine den Anforderungen des Artikel 23 der Verordnung (EU) 2023/1542 entsprechende Stelle einzurichten, die die Aufgaben der notifizierenden Behörde wahrnimmt.

§ 40

Aufgaben der notifizierenden Behörde

(1) Die notifizierende Behörde erteilt Konformitätsbewertungsstellen auf Antrag die Befugnis,

1. Konformitätsbewertungstätigkeiten nach Kapitel V der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie
2. Prüfungen und Überprüfungen von Strategien zur Erfüllung der für Batterien geltenden Sorgfaltspflichten nach Artikel 48 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542

durchzuführen. Sie ist zuständig für die Einrichtung und Durchführung der dazu erforderlichen Verfahren. Sie ist auch zuständig für die Einrichtung und Durchführung der Verfahren, die zur Überwachung der Konformitätsbewertungsstellen erforderlich sind, denen sie die Befugnis nach Satz 1 erteilt hat.

(2) Die notifizierende Behörde führt die Notifizierung von Konformitätsbewertungsstellen, denen sie eine Befugnis erteilt hat, durch.

(3) Die notifizierende Behörde überwacht, ob die Konformitätsbewertungsstellen, denen sie die Befugnis nach Absatz 1 Satz 1 erteilt hat, die Anforderungen nach Artikel 25 der Verordnung (EU) 2023/1542 erfüllen und ihren Verpflichtungen nach Artikel 27, 33 und 35 der Verordnung (EU) 2023/1542 nachkommen. Sie trifft die notwendigen Anordnungen zur Beseitigung festgestellter Mängel oder zur Verhütung künftiger Verstöße.

(4) Die notifizierende Behörde übermittelt der zuständigen Marktüberwachungsbehörde auf Anforderung die Informationen, die für deren Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Dazu gehören insbesondere die Notifizierungsbescheide und sonstige Informationen, die Einfluss auf die Durchführung der Tätigkeiten nach Absatz 1 Satz 1 haben.

Befugnisse der notifizierenden Behörde

(1) Die notifizierende Behörde kann von den Konformitätsbewertungsstellen, denen sie die Befugnis zur Durchführung von Tätigkeiten nach § 40 Absatz 1 Satz 1 erteilt hat, die zur Erfüllung ihrer Überwachungsaufgaben erforderlichen Auskünfte einschließlich der Herausgabe personenbezogener Daten, soweit dies zur Überprüfung der Kompetenz der Stelle erforderlich ist, und sonstige Unterstützung verlangen sowie die dazu erforderlichen Anordnungen treffen. Die notifizierende Behörde ist insbesondere befugt zu verlangen, dass ihr diejenigen Unterlagen vorgelegt werden, die der Konformitätsbewertung zugrunde liegen. Die personenbezogenen Daten umfassen Vorname, Name, Adresse, berufliche Qualifikationen, Fort- und Weiterbildungen sowie berufliche Stationen. Die von der notifizierenden Behörde erhobenen personenbezogenen Daten sind unverzüglich zu löschen, sobald sie nicht mehr erforderlich sind, spätestens drei Jahre nach Auslaufen der Befugnis. Ausgenommen davon sind Vorname, Name und Adresse, die nach zehn Jahren zu löschen sind. § 75 Absatz 4 des Bundesdatenschutzgesetzes bleibt unberührt.

(2) Die notifizierende Behörde kann sich bei Erteilung der Befugnis sowie in regelmäßigen Abständen von der Geschäftsführung, der obersten Leitungsebene und dem für die Konformitätsbewertungstätigkeiten zuständigen Personal ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen, soweit dies zur Überprüfung der Zuverlässigkeit der Stelle erforderlich ist. Die notifizierende Behörde darf von den nach Satz 1 eingesehenen Daten nur den Umstand, dass Einsicht in ein Führungszeugnis genommen wurde, das Datum des Führungszeugnisses und die Information erheben, ob die das Führungszeugnis betreffende Person wegen einer einschlägigen Straftat nach den §§ 202a bis 202d, 263, 264, 266, 267 bis 269, 271, 274, 298 und 299 des Strafgesetzbuchs rechtskräftig verurteilt worden ist. Die notifizierende Behörde darf diese erhobenen Daten nur verwenden, soweit dies zum Ausschluss der Personen von der Konformitätsbewertung, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungszeugnis gewesen ist, erforderlich ist. Durch technische und organisatorische Maßnahmen ist sicherzustellen, dass Unbefugte nicht auf die Daten zugreifen können. Die Daten sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Konformitätsbewertung wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens drei Monate nach der Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen. § 75 Absatz 4 des Bundesdatenschutzgesetzes bleibt unberührt.

(3) Die notifizierende Behörde und die von ihr beauftragten Personen sind befugt, zu den Betriebs- und Geschäftszeiten Betriebsgrundstücke und Geschäftsräume sowie Prüflaboratorien zu betreten und zu besichtigen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Überwachungsaufgaben erforderlich ist.

(4) Die Auskunftspflichtigen haben die Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 zu dulden. Sie können die Auskunft auf Fragen verweigern, sofern die Beantwortung sie selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Sie sind über ihr Recht zur Auskunftsverweigerung zu belehren.

Kapitel 2

Notifizierungsverfahren

§ 42

Anträge auf Notifizierung, Erteilung der Befugnis

(1) Eine Konformitätsbewertungsstelle kann bei der notifizierenden Behörde die Befugnis beantragen, als notifizierte Stelle tätig werden zu dürfen. Dem Antrag sind die Unterlagen nach Artikel 28 Absatz 2 und 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 beizufügen.

(2) Hat die notifizierende Behörde festgestellt, dass eine Konformitätsbewertungsstelle die Anforderungen nach Artikel 25 der Verordnung (EU) 2023/1542 erfüllt, so erteilt sie dieser die Befugnis, Konformitätsbewertungsaufgaben nach § 40 Absatz 1 Satz 1 wahrzunehmen. Anschließend notifiziert die notifizierende Behörde die Konformitätsbewertungsstelle mit Hilfe des elektronischen Notifizierungsinstruments, das von der Europäischen Kommission entwickelt und verwaltet wird.

(3) Die Befugnis ist unter der aufschiebenden Bedingung zu erteilen, dass weder die Europäische Kommission noch die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union innerhalb folgender Frist Einwände erheben:

1. innerhalb von zwei Wochen nach der Notifizierung, sofern eine Akkreditierungsurkunde nach Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 vorliegt, oder
2. innerhalb von zwei Monaten nach der Notifizierung, sofern keine Akkreditierungsurkunde nach Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 vorliegt.

Die Befugnis kann unter weiteren Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Sie kann befristet und mit dem Vorbehalt des Widerrufs sowie dem Vorbehalt nachträglicher Auflagen erteilt werden.

§ 43

Einspruch gegen Entscheidungen notifizierter Stellen

Die notifizierten Stellen stellen sicher, dass Wirtschaftsakteuren ein transparentes und zugängliches Einspruchsverfahren nach Artikel 34 der Verordnung (EU) 2023/1542 gegen ihre Entscheidungen zur Verfügung steht. Sie informieren die notifizierende Behörde über das vorgesehene Verfahren bei der Antragsstellung auf Notifizierung sowie auf Nachfrage der notifizierenden Behörde.

§ 44

Sprache der Anleitungen, der Informationen und der EU-Konformitätserklärungen

(1) Folgende Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen:

1. die Aufzeichnungen und Schriftwechsel im Zusammenhang mit den Verfahren für die Konformitätsbewertung von Batterien nach Artikel 17 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542,

2. die EU Konformitätserklärung nach Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542,
3. die Betriebsanleitung und Sicherheitsinformationen nach Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie
4. die Kontaktangaben nach Artikel 38 Absatz 7 sowie Artikel 41 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542.

(2) Die Händler müssen nach Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2023/1542 überprüfen, ob die Anleitung und die Informationen, die der Batterie beigelegt sind, in deutscher Sprache abgefasst sind.

Kapitel 3

Überwachung

§ 45

Nichtkonformität einer Batterie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union

(1) Erhält die Marktüberwachungsbehörde Informationen nach Artikel 79 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 darüber, dass in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union aufgrund der Nichtkonformität einer Batterie eine vorläufige Maßnahme nach Artikel 79 Absatz 4 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 getroffen worden ist, und hält die Marktüberwachungsbehörde diese Maßnahme für gerechtfertigt, so trifft sie ihrerseits alle geeigneten vorläufigen Maßnahmen. Sie unterrichtet unverzüglich die Europäische Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union

1. über die geeigneten vorläufigen Maßnahmen, die sie selbst getroffen hat, sowie
2. über alle weiteren ihr vorliegenden Informationen hinsichtlich der Nichtkonformität der Batterie.

(2) Sofern die Marktüberwachungsbehörde die von dem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union getroffene vorläufige Maßnahme nicht für gerechtfertigt hält, unterrichtet sie die Europäische Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union darüber und gibt ihre Einwände an. Die Unterrichtung muss innerhalb der in Artikel 79 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannten Frist von drei Monaten erfolgen.

(3) Erachtet die Europäische Kommission den Einwand der Marktüberwachungsbehörde nach Absatz 2 für nicht gerechtfertigt, so hat die Marktüberwachungsbehörde die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und die Europäische Kommission über die getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

§ 46

Unterrichtung bei Risiken trotz Konformität einer Batterie

Die Unterrichtung über die Feststellung, dass konforme Batterien ein Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Sicherheit von Personen oder für den Schutz von Sach-

gütern oder der Umwelt darstellen, sowie die Unterrichtung über die getroffenen Korrekturmaßnahmen nach Artikel 81 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 richtet die Marktüberwachungsbehörde unverzüglich an die Europäische Kommission und an die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Teil 5

Sorgfaltspflichten in der Lieferkette

§ 47

Zuständige Behörde nach Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542

(1) Zuständige Behörde zur Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 ist die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Bundesanstalt).

(2) Für die Aufgaben nach diesem Gesetz obliegt die Rechts- und Fachaufsicht über die Bundesanstalt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz übt die Rechts- und Fachaufsicht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz aus.

§ 48

Aufgaben der zuständigen Behörde und Eingriffsbefugnisse

(1) Der Bundesanstalt obliegt die Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 und der auf Grundlage von Artikel 48 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 erlassenen delegierten Rechtsakte, Teil 5 dieses Gesetzes und der aufgrund von § 53 Absatz 2 und Absatz 3 erlassenen Rechtsverordnungen.

(2) Die Bundesanstalt trifft die geeigneten und erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen zur

1. Feststellung von Verstößen gegen die in Absatz 1 genannten Rechtsakte,
2. Beseitigung festgestellter Verstöße und
3. zur Verhinderung zukünftiger Verstöße.

(3) Die Bundesanstalt kann insbesondere

1. den Wirtschaftsakteuren, den Inhabern der Unternehmen der Wirtschaftsakteure und ihrer Vertretung und bei juristischen Personen, Gesellschaften und nicht rechtsfähigen Vereinen den nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung berufenen Personen aufgeben, die zur Kontrolle notwendigen Unterlagen, die zum Nachweis der Einhaltung der Pflichten im Sinne der Artikel 48 bis 50 sowie Artikel 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 geeignet sind, vorzulegen,
2. Personen laden und von ihnen nach Maßgabe des § 50 Auskünfte verlangen,

3. die Offenlegung oder Veröffentlichung von Informationen entsprechend Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 50 Absatz 2 und Artikel 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 anordnen,
4. dem betroffenen Wirtschaftsakteur konkrete Handlungen und Maßnahmen zur Erfüllung seiner Pflichten aufgeben,
5. dem betroffenen Wirtschaftsakteur aufgeben, innerhalb eines von der Behörde bestimmten Zeitraums ab Bekanntgabe der Anordnung einer Maßnahme einen Plan, einschließlich eines Zeitplans zur Umsetzung der Abhilfemaßnahme, vorzulegen,
6. die erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen treffen, um festzustellen, ob der betroffene Wirtschaftsakteur die ihm aufgegebenen Maßnahme angemessen und innerhalb des ihm vorgegebenen Zeitraums umgesetzt hat,
7. dem betroffenen Wirtschaftsakteur nach Feststellung eines Verstoßes und Anordnung einer Maßnahme zusätzlich aufgeben,
 - a) auf seine Kosten innerhalb eines bestimmten Zeitraums erneut eine Prüfung durch eine notifizierte Stelle nach Artikel 51 der Verordnung (EU) 2023/1542 vornehmen zu lassen, bei der insbesondere die Umsetzung der Maßnahme zu berücksichtigen ist, und
 - b) der Bundesanstalt den Prüfbericht der notifizierten Stelle zur erneuten Kontrolle zukommen zu lassen,
8. die Bereitstellung der vom Wirtschaftsakteur auf dem Markt bereitgestellten Batterien beschränken oder untersagen, und
9. die Rücknahme oder den Rückruf der vom Wirtschaftsakteur auf dem Markt bereitgestellten Batterien anordnen.

(4) Die Bundesanstalt hat bei der Auswahl der zu kontrollierenden Wirtschaftsakteure einen risikobasierten Ansatz zugrunde zu legen. Sie berücksichtigt dabei insbesondere

1. den jährlichen Nettoumsatz des Wirtschaftsakteurs,
2. den Ursprung und den Transportweg der Rohstoffe, die in den vom Wirtschaftsakteur in Verkehr gebrachten oder in Betrieb genommenen Batterien enthalten sind,
3. die von der Europäischen Kommission nach Artikel 48 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu erlassenen Leitlinien,
4. die in Anhang X Nummer 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannten Sorgfaltspflichteninstrumente,
5. das OECD-Handbuch für umweltbezogene Sorgfaltspflichten in mineralischen Rohstofflieferketten und
6. einschlägige Informationen, auch solche aufgrund begründeter Bedenken Dritter oder durch Hinweise von notifizierten Stellen nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 41 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder Systemen zur Erfüllung von Sorgfaltspflichten nach Artikel 53 der Verordnung (EU) 2023/1542, über die Einhaltung der Anforderungen nach Artikel 48 bis 50 und Artikel 52 der Verordnung (EU) 2023/1542.

(5) Die Bundesanstalt wird auch auf Antrag tätig, wenn die antragstellende Person substantiiert geltend macht, infolge der Nichterfüllung einer in Artikel 48 bis 50 der Verordnung (EU) 2023/1542 enthaltenen Pflicht in einer geschützten Rechtsposition verletzt zu sein oder dass eine solche Verletzung unmittelbar bevorsteht.

(6) Die Bundesanstalt hat einmal jährlich über die Umsetzung der Vorgaben aus Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 im jeweils vorausgegangenem Kalenderjahr zu berichten. Der Bericht soll auf festgestellte Verstöße und angeordnete Abhilfemaßnahmen hinweisen und diese erläutern, ohne die von den konkret genannten Abhilfemaßnahmen betroffenen Wirtschaftsakteure zu benennen. Der Bericht nach Satz 1 ist erstmals für das Jahr 2025 vorzulegen und auf der Webseite der Bundesanstalt zu veröffentlichen.

§ 49

Datenübermittlung an die Bundesanstalt

(1) Die Zollbehörden übermitteln der Bundesanstalt auf deren Ersuchen die für die Erfüllung der Aufgaben der Bundesanstalt erforderlichen Informationen, die sie bei der Überführung von Batterien in den zollrechtlich freien Verkehr erlangt haben.

(2) Die Bundesanstalt schützt im Rahmen des geltenden Rechts Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie personenbezogene Daten.

(3) Für den Datenaustausch und die Datenerfassung, die zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1542 notwendig sind, kann die Bundesanstalt elektronische Systeme einsetzen.

§ 50

Auskunftspflichten

(1) Wirtschaftsakteure und nach § 3 Absatz 3 Nummer 2 geladene Personen sind verpflichtet, der Bundesanstalt auf Verlangen die Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen herauszugeben, die die Bundesanstalt zur Durchführung der ihr durch Teil 5 dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes übertragenen Aufgaben benötigt. Die Verpflichtung erstreckt sich auch auf Auskünfte über verbundene Unternehmen (§ 15 des Aktiengesetzes), unmittelbare und mittelbare Zulieferer und die Herausgabe von Unterlagen dieser Unternehmen, soweit das auskunfts- oder herausgabepflichtige Unternehmen oder die auskunfts- oder herausgabepflichtige Person die Informationen zur Verfügung hat oder auf Grund bestehender rechtlicher Verbindungen zur Beschaffung der verlangten Informationen in der Lage ist.

(2) Die zu erteilenden Auskünfte nach Absatz 1 umfassen insbesondere

1. die Angaben und Nachweise zur Feststellung, ob ein Wirtschaftsakteur in den Anwendungsbereich von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 fällt,
2. die Angaben über die Erstellung einer Unternehmensstrategie zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten, die den Anforderungen nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a und b der Verordnung (EU) 2023/1542 entspricht,
3. die Namen der zur Überwachung der internen Prozesse zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2023/1542 benannten Personen,

4. die Art und Weise der Risikoermittlung,
5. vorhandene Beschwerdemechanismen und Frühwarnsysteme zur Risikoerkennung,
6. die konkrete Risikobewertung einschließlich der Grundlagen dieser Risikobewertung,
7. die Strategien zur Verhinderung, Minimierung und Beseitigung negativer Auswirkungen aus ermittelten Risiken,
8. die Systeme zur Rückverfolgbarkeit der Lieferkette,
9. die Art und Weise, in der die Prüfungen der Einhaltung der Sorgfaltspflichten durch eine notifizierte Stelle nach Artikel 51 der Verordnung (EU) 2023/1542 durchgeführt werden sowie deren Inhalt und Ergebnis,
10. die Erfüllung der von Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 50 Absatz 2 und Artikel 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 vorgegebenen Informations- und Offenlegungspflichten und
11. den Plan zur Umsetzung einer angeordneten Abhilfemaßnahme.

(3) Wer zur Auskunft nach Absatz 1 verpflichtet ist, kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Die auskunftspflichtige Person ist über ihr Recht zur Verweigerung der Auskunft zu belehren. Sonstige gesetzliche Auskunfts- oder Aussageverweigerungsrechte sowie gesetzliche Verschwiegenheitspflichten bleiben unberührt.

§ 51

Betretensrechte, Mitwirkungs- und Duldungspflichten

(1) Zur Durchführung der Aufgaben der Bundesanstalt dürfen die mit der Überwachung beauftragten Personen der Bundesanstalt sowie Personen und Einrichtungen, derer sich die Bundesanstalt zur Durchführung ihrer Aufgaben bedient,

1. Betriebsgrundstücke, Geschäftsräume, Wirtschaftsgebäude und Transportmittel der Wirtschaftsakteure während der Geschäfts- oder Betriebszeiten betreten und besichtigen sowie
2. geschäftliche Unterlagen und Aufzeichnungen der Wirtschaftsakteure einsehen, aus denen sich die Einhaltung der Sorgfaltspflichten nach den Artikeln 48 bis 50 sowie 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 ergibt oder ableiten lässt.

(2) Die Wirtschaftsakteure haben die Maßnahmen zu dulden und die Personen im Sinne des Absatzes 1 bei der Durchführung der Maßnahmen zu unterstützen. Satz 1 gilt auch für die Inhaber der Unternehmen und ihre Vertretung, bei juristischen Personen für die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung berufenen Personen.

Zwangsgeld

Die Höhe des Zwangsgelds im Verwaltungszwangsverfahren der Bundesanstalt beträgt abweichend von § 11 Absatz 3 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes bis zu 50.000 Euro.

Teil 6

Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen

Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen

(1) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz wird ermächtigt, Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen. Rechtsverordnungen nach Satz 1 dürfen erlassen werden zum Schutz der Umwelt vor den negativen Auswirkungen der Erzeugung von Batterien und der Bewirtschaftung von Altbatterien, insbesondere auch um die von der Europäischen Union erlassenen Rechtsvorschriften umzusetzen oder durchzuführen. Durch diese Rechtsverordnung können geregelt werden Anforderungen an

1. den CO₂-Fußabdruck von Batterien,
2. den Rezyklatgehalt von Batterien,
3. die Leistung und Haltbarkeit von Batterien,
4. die Sicherheit von stationären Batterie-Energiespeichersystemen,
5. die Kennzeichnung von Batterien
6. die Bestimmung des Alterungszustandes und der voraussichtlichen Lebensdauer von Batterien,
7. die Gleichwertigkeit der Behandlung von Altbatterien außerhalb der Europäischen Union,
8. Altbatterien, die diese erfüllen müssen, um nicht länger Abfall zu sein und
9. den Zugang zu Informationen aus dem Batteriepass.

Die Rechtsverordnungen können auch die behördlichen Maßnahmen und Zuständigkeiten regeln, die erforderlich sind, um die von der Europäischen Union erlassenen Rechtsakte umzusetzen oder durchzuführen.

(2) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz das Verfahren bei der risikobasierten Kontrolle nach § 48 Absatz 4 dieses Gesetzes näher zu regeln.

(3) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz wird ferner ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz,

1. Verweisungen auf Vorschriften der Verordnung (EU) 2023/1542 in diesem Gesetz zu ändern oder zu ergänzen, soweit es zur Anpassung an Änderungen dieser Vorschriften erforderlich ist;
2. Vorschriften dieses Gesetzes zu streichen oder in ihrem Wortlaut einem verbleibenden Anwendungsbereich anzupassen, soweit sie durch den Erlass entsprechender Vorschriften in Rechtsakten der Europäischen Union unanwendbar geworden sind.

Teil 7

Bußgeldvorschriften, Schlussbestimmungen

§ 54

Bußgeldvorschriften hinsichtlich der Bewirtschaftung von Altbatterien

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 Batterien bereitstellt,
2. entgegen § 4 Absatz 1 Batterien bereitstellt,
3. entgegen § 4 Absatz 2 Batterien bereitstellt,
4. entgegen § 4 Absatz 3 Batterien bereitstellt,
5. entgegen § 4 Absatz 4 das Anbieten oder Bereitstellen einer Batterie ermöglicht,
6. entgegen § 4 Absatz 5 die Lagerhaltung, Verpackung, Adressierung oder den Versand einer Batterie vornimmt,
7. entgegen Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 1 sich nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig registrieren lässt,
8. entgegen Artikel 55 Absatz 12 der Verordnung (EU) 2023/1542 eine Änderungsmitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,
9. entgegen § 10 Absatz 2 einen Bericht nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,
10. entgegen Artikel 59 Absatz 3 Satz 1, Artikel 60 Absatz 3 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 13 Absatz 1, auch in Verbindung mit § 13 Absatz 2 bis 4, oder entgegen einer Auflage oder Anordnung nach § 29 Absatz 6 oder § 37 Absatz 1 das Erreichen der dort genannten Sammelquote nicht sicherstellt,
11. entgegen § 14 Absatz 3 Satz 1, § 16 Satz 1 oder § 17 Absatz 1 oder 2 Gerätealtbatterien oder Altbatterien für leichte Verkehrsmittel einer Organisation für Herstellerverantwortung nicht überlässt,

12. entgegen § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 oder 5 ein Pfand nicht erhebt oder nicht erstattet,
13. entgegen Artikel 70 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 22 Altbatterien durch Verbrennung oder Deponierung beseitigt,
14. entgegen Artikel 74 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder entgegen § 23 Absatz 1, 2 oder 3 einen Hinweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise gibt oder einer Warensendung nicht beifügt.
15. entgegen Artikel 74 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 24 Absatz 1 eine Information nicht oder nicht vollständig gibt oder
16. entgegen §§ 25 bis 27 eine Dokumentation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 bis 4, 6 bis 10 und 15 mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro geahndet werden. Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 5 mit einer Geldbuße bis zu der in § 33 Absatz 6 Nummer 1 Buchstabe b sowie Absatz 7 Nummer 1 des Digitale-Dienste-Gesetzes vom [einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Digitale-Dienste-Gesetzes] in der jeweils gültigen Fassung genannten Höhe, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1, 2, 4 bis 10 und 16 das Umweltbundesamt.

(4) In den Fällen des Absatzes 3 fließen auch die im gerichtlichen Verfahren angeordneten Geldbußen und die Geldbeträge, deren Einziehung nach § 29a des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gerichtlich angeordnet wurde, der Bundeskasse zu, die auch die der Staatskasse auferlegten Kosten trägt.

§ 55

Bußgeldvorschriften hinsichtlich der Konformität von Batterien

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen Artikel 11 Absatz 1 oder Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 nicht dafür sorgt, dass die dort genannten Batterien leicht entfernt und ausgetauscht werden können,
 2. entgegen Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe a oder Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 44 Absatz 1 Nummer 3, jeweils in Verbindung mit § 44 Absatz 1 Nummer 3, oder entgegen Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 44 Absatz 1 Absatz 2 nicht gewährleistet, dass einer Batterie die Betriebsanleitung und Sicherheitsinformationen in deutscher Sprache beigelegt sind,
 3. entgegen Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 Batterien nicht entsprechend der dort genannten Vorschriften gestaltet und erzeugt,
 4. entgegen Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe b, der Verordnung (EU) 2023/1542 nicht sicherstellt, dass die Batterie gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2023/1542 gekennzeichnet ist,

5. entgegen Artikel 38 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 eine EU-Konformitätserklärung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht beim Inverkehrbringen oder bei der Inbetriebnahme beifügt,
6. entgegen Artikel 38 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542, auch in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Satz 4 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542, oder entgegen Artikel 41 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 ein dort genanntes Dokument nicht oder nicht mindestens zehn Jahre bereithält,
7. entgegen Artikel 38 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 nicht sicherstellt, dass eine Batterie eine dort genannte Nummer oder ein anderes Kennzeichen trägt oder dass eine Information angegeben ist,
8. entgegen Artikel 38 Absatz 7 Absatz und 2 oder Artikel 41 Absatz 3 Satz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 eine dort genannte Angabe nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise macht,
9. entgegen Artikel 38 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 den Zugang zu den dort genannten Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise gewährt,
10. entgegen Artikel 38 Absatz 9 Satz 1 oder Artikel 41 Absatz 6 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 eine dort genannte Korrekturmaßnahme nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig ergreift,
11. entgegen Artikel 38 Absatz 9 Satz 2, Artikel 41 Absatz 6 Satz 2 oder Artikel 42 Absatz 5 Satz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 eine dort genannte Behörde nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig unterrichtet,
12. entgegen Artikel 38 Absatz 10 Satz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542, auch in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Satz 4 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542, entgegen Artikel 41 Absatz 8 Satz 1 und 2, Artikel 42 Absatz 6 Satz 1 und 2 oder Artikel 45 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 eine Information oder eine Unterlage nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
13. entgegen Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 sich nicht vergewissert, dass ein Konformitätsbewertungsverfahren durchgeführt wurde und dass der Erzeuger eine dort genannte technische Unterlage und EU-Konformitätserklärung erstellt hat,
14. entgegen Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b oder Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 sich nicht vergewissert, dass die Batterie mit einer CE-Kennzeichnung nach Artikel 19 oder gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2023/1542 versehen ist,
15. entgegen Artikel 41 Absatz 2 letzter Unterabsatz der Verordnung (EU) 2023/1542 oder Artikel 42 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 eine Batterie in Verkehr bringt oder auf dem Markt bereitstellt,
16. entgegen Artikel 42 Absatz 5 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Korrekturmaßnahme ergriffen wird,
17. entgegen Artikel 46 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 einen Wirtschaftsakteur oder Angaben zu Menge und exakten Modellen nicht oder nicht rechtzeitig nennt,

18. entgegen Artikel 46 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 eine Information nicht oder nicht mindestens zehn Jahre aufbewahrt oder nicht oder nicht mindestens zehn Jahre bereithält,
19. entgegen Artikel 19 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit Artikel 30 Absatz 5 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30) eine Kennzeichnung, ein Zeichen oder eine Aufschrift auf einer Batterie anbringt,
20. entgegen Artikel 20 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542, jeweils in Verbindung mit Artikel 38 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542, die CE-Kennzeichnung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig anbringt,
21. entgegen Artikel 77 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 einen Batteriepass für eine dort genannte Batterie nicht oder nicht richtig erstellt,
22. entgegen Artikel 77 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 nicht gewährleistet, dass der Batteriepass über den dort genannten QR Code abrufbar ist oder mit einer individuellen Kennung verknüpft ist,
23. entgegen Artikel 77 Absatz 4 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 nicht sicherstellt, dass die dort genannten Informationen korrekt, vollständig oder auf dem neuesten Stand sind,
24. einer vollziehbaren Anordnung nach Artikel 79 Absatz 4 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder Artikel 83 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 zuwiderhandelt oder
25. entgegen Artikel 81 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 nicht gewährleistet, dass sich eine Korrekturmaßnahme auf sämtliche betroffene Batterien erstreckt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 10, 15, 16, 24 und 25 mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

§ 56

Bußgeldvorschriften hinsichtlich Sorgfaltspflichten in der Lieferkette

(1) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2023/1542 verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 48 Absatz 2 und Artikel 50 Absatz 3 Satz 3 die dort genannten Strategien nicht, nicht ausreichend oder nicht vollständig überprüfen lässt,
2. entgegen Artikel 48 Absatz 2 die dort genannten Strategien nicht regelmäßigen Prüfungen unterziehen lässt,
3. entgegen Artikel 48 Absatz 3 die dort genannten Unterlagen nicht, nicht vollständig oder nicht lang genug aufbewahrt,
4. entgegen Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a und b sowie Artikel 49 Absatz 2 die dort genannte Unternehmensstrategie nicht oder nicht richtig verabschiedet,

5. entgegen Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe c sein internes Managementsystem nicht richtig strukturiert,
6. entgegen Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe d nicht oder nicht richtig ein dort genanntes System von Kontrollen und Transparenz betreibt,
7. entgegen Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe e die dort genannte Strategie und Maßnahmen nicht in Verträge und Vereinbarungen mit Zulieferern mitaufnimmt,
8. entgegen Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe f die dort genannten Mechanismen nicht oder nicht richtig einführt oder bereitstellt,
9. entgegen Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe a das Risiko negativer Auswirkungen im Zusammenhang mit den dort genannten Risikokategorien nicht, nicht richtig oder nicht vollständig ermittelt und bewertet,
10. entgegen Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe i oder iv eine Strategie und die dort genannten Maßnahmen nicht oder nicht richtig konzipiert oder umsetzt, ;
11. entgegen Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe ii oder iii eine Strategie und die dort genannten Maßnahmen nicht oder nicht richtig konzipiert oder umsetzt,
12. entgegen Artikel 50 Abs. 3 Satz 1 und Satz 2 die Wahrscheinlichkeit negativer Auswirkungen in den dort genannten Risikokategorien nicht oder nicht vollständig ermittelt und bewertet,
13. entgegen Artikel 52 Absatz 1 die dort genannten Dokumente nicht oder nicht vollständig zur Verfügung stellt,
14. entgegen Artikel 52 Absatz 3 Satz 1 nicht oder nicht jährlich die dort genannte Strategie überprüft,
15. entgegen Artikel 52 Absatz 3 Satz 1 und Satz 2 einen Bericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht jährlich veröffentlicht oder
16. einer vollziehbaren Anordnung der zuständigen Behörde nach § 47 dieses Gesetzes zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann geahndet werden

1. in den Fällen des Absatzes 1
 - a) Nummer 1, 2, 4, 6, 7, 8
 - b) Nummer 10 Buchstabe bmit einer Geldbuße bis zu achthunderttausend Euro,
2. in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 5, 9, 10 Buchstabe a, 11, 13 und 15 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro und
3. in den übrigen Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro.

In den Fällen des Satzes 1 Nummer 1 und 2 ist § 30 Absatz 2 Satz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten anzuwenden.

(3) Bei einer juristischen Person oder Personenvereinigung mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von mehr als 400 Millionen Euro kann abweichend von Absatz 2 Satz

2 in Verbindung mit Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nummer 10 mit einer Geldbuße bis zu 2 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes geahndet werden. Bei der Ermittlung des durchschnittlichen Jahresumsatzes der juristischen Person oder Personenvereinigung ist der weltweite Umsatz aller natürlichen und juristischen Personen sowie aller Personenvereinigungen der letzten drei Geschäftsjahre, die der Behördenentscheidung vorausgehen, zugrunde zu legen, soweit diese Personen und Personenvereinigungen als wirtschaftliche Einheit operieren. Der durchschnittliche Jahresumsatz kann geschätzt werden.

(4) Grundlage für die Bemessung der Geldbuße bei juristischen Personen und Personenvereinigungen ist die Bedeutung der Ordnungswidrigkeit. Bei der Bemessung sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der juristischen Person oder Personenvereinigung zu berücksichtigen. Bei der Bemessung sind die Umstände, insoweit sie für und gegen die juristische Person oder Personenvereinigung sprechen, gegeneinander abzuwägen. Dabei kommen insbesondere in Betracht:

1. der Vorwurf, der den Täter der Ordnungswidrigkeit trifft, unter Berücksichtigung der Tatsache, ob eine aktuelle Genehmigung einer notifizierten Stelle im Sinne von Artikel 51 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 vorlag,
2. die Beweggründe und Ziele des Täters der Ordnungswidrigkeit,
3. Gewicht, Ausmaß und Dauer der Ordnungswidrigkeit,
4. Art der Ausführung der Ordnungswidrigkeit, insbesondere die Anzahl der Täter und deren Position in der juristischen Person oder Personenvereinigung,
5. die Auswirkungen der Ordnungswidrigkeit,
6. vorausgegangene Ordnungswidrigkeiten, für die die juristische Person oder Personenvereinigung nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, auch in Verbindung mit § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, verantwortlich ist, sowie vor der Ordnungswidrigkeit getroffene Vorkehrungen zur Vermeidung und Aufdeckung von Ordnungswidrigkeiten,
7. das Bemühen der juristischen Person oder Personenvereinigung, die Ordnungswidrigkeit aufzudecken und den Schaden wiedergutzumachen, sowie nach der Ordnungswidrigkeit getroffene Vorkehrungen zur Vermeidung und Aufdeckung von Ordnungswidrigkeiten, unter anderem durch Zusammenarbeit mit der notifizierten Stelle oder der zuständigen Behörde,
8. die Folgen der Ordnungswidrigkeit, die die juristische Person oder Personenvereinigung getroffen haben.

(5) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Für die Rechts- und Fachaufsicht über das Bundesamt gilt § 47 Absatz 2.

§ 57

Einziehung

Ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 38 Absatz 1, § 55 Absatz 1 oder § 56 Absatz 1 begangen worden, so können Gegenstände eingezogen werden,

1. auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht oder

2. die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind.

§ 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.

§ 58

Übergangsvorschriften

(1) Registrierungen mit der Batterieart Fahrzeugbatterie im Sinne von § 2 Absatz 4 des Batteriegesetzes, die vor dem 18. August 2025 erteilt wurden, gelten längstens bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 als Registrierungen mit der Batteriekategorie Starterbatterie im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 12 der Verordnung (EU) 2023/1542.

(2) Registrierungen mit der Batterieart Industriebatterie im Sinne von § 2 Absatz 5 des Batteriegesetzes, die vor dem 18. August 2025 erteilt wurden, gelten längstens bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 als Registrierungen jeweils mit den Batteriekategorien LV-Batterien im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2023/1542, Industriebatterien im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 13 der Verordnung (EU) 2023/1542 und Elektrofahrzeugbatterien im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 14 der Verordnung (EU) 2023/1542.

(3) Registrierungen mit der Batterieart Gerätebatterie im Sinne von § 2 Absatz 6 des Batteriegesetzes, die vor dem 18. August 2025 erteilt wurden, gelten längstens bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 als Registrierungen mit der Batteriekategorie Gerätebatterie im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 der Verordnung (EU) 2023/1542.

(4) Registrierungen von natürlichen oder juristischen Personen oder Personengesellschaften, die nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes niedergelassen sind, sind von der Fortgeltung nach den Absätzen 1 bis 3 ausgeschlossen.

(5) Für gemäß den Absätzen 1 bis 3 fortgeltende Registrierungen gelten bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 die Aufgaben, Befugnisse und Zuständigkeiten nach dem Batteriegesetz in der bis zum 17. August 2025 geltenden Fassung fort.

(6) Genehmigungen von Rücknahmesystemen nach § 7 des Batteriegesetzes, die vor dem 18. August 2025 erteilt wurden, gelten längstens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 als Zulassung nach § 8. Für gemäß Satz 1 fortgeltende Genehmigungen gelten für das Berichtsjahr 2025 die Bestimmungen, Aufgaben, Befugnisse und Zuständigkeiten nach dem Batteriegesetz in der bis zum 17. August 2025 geltenden Fassung fort.

(7) Gemäß der Absätze 1 bis 3 fortgeltende Registrierungen von Herstellern oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 26 des Batteriegesetzes ihrer Bevollmächtigter, die den Nachweis der Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 7 für die betreffende Batteriekategorie nicht bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 gegenüber der zuständigen Behörde erbracht haben, gelten als ab dem 1. Januar 2026 aufgehoben.

(8) Gemäß der Absätze 1 bis 3 fortgeltende Registrierungen von Bevollmächtigten nach § 26 Absatz 2 des Batteriegesetzes, die bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 gegenüber der zuständigen Behörde keinen Nachweis ihrer schriftlichen Beauftragung im Sinne des Artikels 56 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 erbracht haben, gelten als ab dem 1. Januar 2026 aufgehoben.

(9) Organisationen für Herstellerverantwortung werden nach § 8 frühestens mit Wirkung zum 1. Januar 2026 zugelassen.

(10) Für Hersteller von Gerätebatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 36 Absatz 2 deren Bevollmächtigte, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, gelten die Anforderungen nach § 4 Absatz 2 Nummer 7 des Batteriegesetzes in der bis zum 17. August 2025 geltenden Fassung bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 fort. Die Absätze 5, 7 und 8 gelten für diese Registrierungen entsprechend.

(11) Hersteller von LV-, Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, müssen den Nachweis der Beauftragung einer nach Artikel 58 der Verordnung (EU) 2023/1542 zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 7 Absatz 1 erst mit Wirkung ab zum 1. Januar 2026 erbringen.

Artikel 2

Erste Änderung des Batterierecht-Durchführungsgesetzes

§ 13 des Batterierecht-Durchführungsgesetzes vom ... [einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1] wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird aufgehoben.
2. In Absatz 2 werden nach dem Wort „nach“ die Wörter „Absatz 1 und“ gestrichen.
3. In Absatz 3 wird nach den Wörtern „nach Absatz“ die Angabe „1 und“ gestrichen.
4. In Absatz 4 wird nach den Wörtern „nach Absatz“ die Angabe „1 bis“ durch die Angabe „2 und“ ersetzt.

Artikel 3

Folgeänderungen

(1) In Anlage 1 Nummer 3 Buchstabe b der Entsorgungsfachbetriebeverordnung vom 2. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2770), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, wird das Wort „Batteriegesetz“ durch das Wort „Batterierecht-Durchführungsgesetz“ ersetzt.

(2) In Anlage 1 Nummer 3 Buchstabe b der Abfallbeauftragtenverordnung vom 2. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2789), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) geändert worden ist, wird das Wort „Batteriegesetz“ durch das Wort „Batterierecht-Durchführungsgesetz“ ersetzt.

(3) In § 1 Absatz 4 Nummer 2 der Gewerbeabfallverordnung vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) geändert worden ist, werden die Wörter „Batteriegesetz vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2071) geändert worden ist,“ wird durch die Wörter „Batterierecht-Anpassungsgesetz vom ... [einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1]“ ersetzt.

(4) Das Elektro- und Elektronikgerätegesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt gefasst:

„Hersteller haben ihre Elektro- und Elektronikgeräte möglichst so zu gestalten, dass insbesondere die Wiederverwendung, die Demontage und die Verwertung von Altgeräten, ihren Bauteilen und Werkstoffen berücksichtigt und erleichtert wird. Die Hersteller sollen die Wiederverwendung nicht durch besondere Konstruktionsmerkmale oder Herstellungsprozesse verhindern, es sei denn, dass die Konstruktionsmerkmale rechtlich vorgeschrieben sind oder die Vorteile dieser besonderen Konstruktionsmerkmale oder Herstellungsprozesse überwiegen, beispielsweise im Hinblick auf den Gesundheitsschutz, den Umweltschutz oder auf Sicherheitsvorschriften.“

2. In § 40 Absatz 1 Satz 7 werden die Wörter „Batteriegelsetz vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. November 2020 (BGBl. I S. 2280) geändert worden ist,“ durch die Wörter „Batterierecht-Durchführungsgesetz vom ... [einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1]“ ersetzt.

(5) In § 4 Absatz 2 der Elektro- und Elektronik-Altgeräte-Behandlungsverordnung vom 21. Juni 2021 (BGBl. I S. 1841) werden die Wörter „Batteriegelsetz vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. November 2020 (BGBl. I S. 2280) geändert worden ist,“ durch die Wörter „Batterierecht-Anpassungsgesetz vom ... [einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1]“ ersetzt.

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 18. August 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Batteriegelsetz vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582) außer Kraft.

(2) Artikel 2 tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Am 17. August 2023 ist die Verordnung (EU) 2023/1542 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2023 über Batterien und Altbatterien, zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG und der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG in Kraft getreten. Sie ist damit unmittelbar geltendes Recht in Deutschland. Für einige Vorschriften enthält die Verordnung jedoch gesonderte Inkrafttretens- oder Übergangsregelungen. Ziel der Verordnung ist ein einheitlicher Rechtsrahmen mit Blick auf Anforderungen an die Produktion von Batterien sowie an die Entsorgung von Altbatterien. Hierfür werden Regelungen mit Blick auf Stoffbeschränkungen, das Design, die Kennzeichnung, die Konformität und die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Batterien sowie die Sammlung und Behandlung von Altbatterien festgelegt.

Die Verordnung (EU) 2023/1542 sieht eine Reihe von Öffnungsklauseln für den nationalen Gesetzgeber vor. Zugleich enthält die Verordnung (EU) 2023/1542 konkrete, an die Mitgliedstaaten gerichtete Regelungsaufträge. Zudem ist sicherzustellen, dass sich die aus der Verordnung ergebenden Regelungen auch national wirksam durchgesetzt werden können. Daraus ergibt sich ein nationaler Anpassungsbedarf.

Um ein reibungsloses Zusammenspiel der Verordnung (EU) 2023/1542 mit dem stark ausdifferenzierten, auf der abzulösenden Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2006 über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren basierenden deutschen Recht sicherzustellen, ist es zudem erforderlich, das bisherige Batteriegesetz (BattG) durch ein neues Batterierecht-Durchführungsgesetz (BattDG) abzulösen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Die Verordnung (EU) 2023/1542 gilt grundsätzlich ab dem 18. Februar 2024 unmittelbar in allen Mitgliedstaaten. Es gibt für die verschiedenen Regelungsbereiche jedoch auch Übergangsvorschriften. Die in der Verordnung enthaltenen Regelungen machen eine Anpassung des bisherigen Batteriegesetzes sowie Neuregelungen in den bisher nicht geregelten Bereichen erforderlich. Vor diesem Hintergrund soll das bisherige Batteriegesetz aufgehoben und durch ein neues Batterierecht-Durchführungsgesetz (BattDG) ersetzt werden. Zu den Regelungsbereichen des neuen BattDG gehören dabei:

- Allgemeine Vorschriften (Teil 1),
- Anforderungen an die Bewirtschaftung von Altbatterien (Teil 2),
- Festlegung der am Beschränkungsverfahren für gefährliche Stoffe beteiligten Behörden (Teil 3),
- Regelungen zur Konformität von Batterien (Teil 4),
- Anforderungen hinsichtlich der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette (Teil 5),
- Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen (Teil 6) sowie

- Bußgeldvorschriften und Übergangsbestimmungen (Teil 7).

Dabei regelt das Gesetz nur, sofern Anforderungen für die Durchführung der unmittelbar geltenden Verordnung erforderlich sind, die Verordnung selbst den Mitgliedstaaten die Festlegung von nationalen Regelungen vorschreibt oder den Mitgliedstaaten ein Ermessensspielraum hinsichtlich weitergehender Regelungen eröffnet wird.

III. Alternativen

Keine. Die Anpassung des nationalen Rechts ist vor dem Hintergrund der neuen EU-rechtlichen Vorgaben zwingend.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Regelungen des Gesetzentwurfs betreffen die Wirtschaft, sowie im speziellen die Abfallwirtschaft. Nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 11 und Nummer 24 unterfallen die Gebiete des Rechts der Wirtschaft und der Abfallwirtschaft der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes. Eine bundeseinheitliche Regelung ist zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich (Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes). Die Verordnung (EU) 2023/1542 regelt die Anforderungen an die Bereitstellung von Batterien auf dem Markt. Durch die Durchführungsregelungen werden die national notwendigen Voraussetzungen für die Teilnahme der deutschen Wirtschaftsakteure am länderübergreifenden europäischen Binnenmarkt für Batterien, unter anderem auch für die Funktionsfähigkeit des vorgesehenen Systems der CE-Kennzeichnung für Batterien geschaffen. Dieses Ziel könnte nicht erreicht werden, wenn die Länder jeweils eigene oder keine Regelungen erlassen würden. Eine nicht hinnehmbare Rechtszersplitterung durch uneinheitliche Regelungen auf Länderebene kann nur durch die hier getroffenen bundeseinheitlichen Regelungen vermieden werden, die damit zur Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich sind.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Gesetzentwurf sieht keine Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vor.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Gesetz trägt wie folgt zur Verwirklichung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie der Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung als Bestandteile der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Weiterentwicklung 2021) der Bundesregierung bei:

1. UN-Nachhaltigkeitsziele
 - a) SDG 8.1 Gesamtrohstoffproduktivität

Das Regelungsvorhaben dient der Verringerung des Primärrohstoffverbrauchs, indem Anforderungen an den Rezyklateinsatz, Beschränkungen für bestimmte gefährliche Stoffe und Anforderungen an die Bewirtschaftung von Altbatterien vollzogen werden.

b) SDG 8.6 Globale Lieferketten: Menschenwürdige Arbeit weltweit ermöglichen

Die Verordnung (EU) 2023/1542 enthält Regelungen zu Sorgfaltspflichten in der Lieferkette, die mit dem Durchführungsgesetz auch in Deutschland durchgeführt werden.

c) SDG 12.1 Nachhaltiger Konsum

Das Regelungsvorhaben setzt durch Informationskampagnen der Organisationen für Herstellerverantwortung Anreize für Verbraucherinnen und Verbraucher, damit diese langlebige und ressourcenschonende Batterien nutzen.

d) SDG 12.2 Nachhaltige Produktion

Das Regelungsvorhaben wird dazu beitragen, den Vollzug der Regelungen aus der Verordnung (EU) 2023/1542 zum Rezyklateinsatz, zur Abfallbewirtschaftung und zum Batteriepass zu vollziehen und damit zu einer nachhaltigeren Produktion von Batterien beitragen.

e) SDG 13. 1 Klimaschutz: Treibhausgase reduzieren

Die Verordnung (EU) 2023/1542 enthält Regelungen zum CO₂-Fußabdruck bestimmter Batteriekategorien, die durch dieses Gesetz auch in Deutschland vollzogen werden. Hierdurch wird ein Beitrag zu weiteren Reduktion von Treibhausgasemissionen geleistet.

2. Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung nach der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

a) Prinzip 1: Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden

Das Regelungsvorhaben leistet einen wichtigen Beitrag zu einem nachhaltigeren Umgang mit Batterien sowie einer gerechten Verteilung von Entsorgungskosten.

b) Prinzip 2: Global Verantwortung wahrnehmen

Gerade wegen der globalen Dimension im Hinblick auf die Ressourcengewinnung soll das Regelungsvorhaben einen Beitrag dazu leisten, dass Unternehmen ihrer Verantwortung mit Blick auf Sorgfaltspflichten in der Lieferkette nachkommen.

c) Prinzip 3: Natürliche Lebensgrundlage erhalten

Das Regelungsvorhaben soll dazu dienen, dass nicht-erneuerbare Naturgüter so sparsam wie möglich genutzt werden, indem diese im Stoffkreislauf gehalten und erneut genutzt werden.

d) Prinzip 4: Nachhaltiges Wirtschaften stärken

Das Regelungsvorhaben dient dazu, die Ressource „Batterie“ nachhaltig zu bewirtschaften sowie den Ressourcenverbrauch insgesamt zu reduzieren.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es entstehen für weder für den Bund noch für die Länder Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

4. Erfüllungsaufwand

Mit diesem Gesetz wird das Batteriegelgesetz vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582) aufgehoben. Hierdurch entfällt auch der durch dieses Gesetz entstehende jährliche Erfüllungsaufwand. Der in der Datenbank OnDEA hinterlegte Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft betrug 1.311.780 Euro, für die Verwaltung 357.290 Euro.

Die getroffenen Schätzungen basieren auf Ermittlungen durch das Statistische Bundesamt und auf Erfahrungswerten mit dem bisherigen Batteriegelgesetz sowie auf Aussagen von Wirtschaftsbeteiligten und betroffenen Behörden.

4.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Die Änderungen infolge der Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die Verordnung (EU) 2023/1542 sind ohne Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand der Bürgerinnen und Bürger.

4.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Durch den Wegfall des Batteriegelgesetzes entfällt der damit zusammenhängende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft in Höhe von 1.311.780 Euro. Hierin waren 502.420 Euro Bürokratiekosten enthalten.

Soweit nunmehr im Zusammenhang mit dem Batterierecht-Durchführungsgesetz Mehrkosten für die Wirtschaft entstehen, beruhen diese Mehrkosten im Wesentlichen unmittelbar auf der Verordnung (EU) 2023/1542 selbst. Hierzu wird auf die Folgenabschätzung der EU-Kommission verwiesen. Lediglich für einzelne Vorgaben wurde von einem nationalen Spielraum Gebrauch gemacht. Durch das Anpassungsgesetz ergeben sich hierdurch jährliche Belastungen für die Wirtschaft in Höhe von 439.933,57 Euro. Darin enthalten sind Bürokratiekosten in Höhe von 434.819,57 Euro. Zudem ergibt sich ein einmaliger Umstellungsaufwand für die Wirtschaft in Höhe von 942.613,33 Euro.

Der sich hieraus ergebende Erfüllungsaufwand stellt sich dabei unter Berücksichtigung des Wegfalls des Batteriegelgesetzes und des hierdurch entfallenen jährlichen Erfüllungsaufwandes und ohne Berücksichtigung der durch die Verordnung (EU) 2023/1542 entstehenden Aufwände wie folgt dar:

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwandes in Euro:	- 871.846,43
davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten in Euro	- 67.600,43
Einmaliger Umstellungsaufwand in Euro:	942.613,33

Im Einzelnen:

Erfüllungsaufwand der Wirtschaft ohne Informationspflichten

Verpflichtung der Hersteller von Batterien zur Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung, § 7 Absatz 1 BattDG

Bereits nach dem bisherigen Batteriegesetz sind Hersteller von Gerätebatterien verpflichtet, ein Rücknahmesystem zu betreiben. Diese Pflicht wird nunmehr in eine Pflicht zur Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung umgewandelt. Diese Pflicht gilt zukünftig zudem für sämtliche Batteriekategorien. Die Hersteller müssen mithin eine Auswahlentscheidung zwischen verschiedenen Organisationen für Herstellerverantwortung treffen und einen Vertrag mit der ausgewählten Organisation abschließen. Aufgrund der Veröffentlichungspflicht der zuständigen Behörde sind bereits heute alle genehmigten Rücknahmesysteme auf den Internetseiten ersichtlich. Dies wird auch zukünftig mit Blick auf alle zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung der Fall sein. Der Hersteller kann sich mithin bereits hierdurch einen Überblick über die Möglichkeiten verschaffen. Nach Aussagen von Wirtschaftsbeteiligten ist der anschließende Aufwand sehr abhängig von der Größe des Herstellers, der Batteriekategorie und der Ausgestaltung des Vertrages. Es können dabei Aufwände in Höhe von ein bis zwei Personentage veranschlagt werden. Dabei ist ein hohes Qualifikationsniveau im Wirtschaftsabschnitt E zu veranschlagen.

Für 1.000 Hersteller von Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien ergibt sich hiermit ein Umstellungsaufwand, da diese bislang nicht zur Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung verpflichtet waren. Vor diesem Hintergrund wird für diese auch von einem größeren Aufwand in Höhe von 16 Stunden ausgegangen. Hierdurch ergibt sich ein einmaliger Umstellungsaufwand in Höhe von 942.400 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1.000	960	58,90	0	942.400	0

Auffangsammlungspflicht der am Markt verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung, § 12 Absatz 2 BattDG

Fällt eine Organisation für Herstellerverantwortung aus unterschiedlichen Gründen vom Markt weg, so trifft die verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung die Verpflichtung, die noch nicht erfüllten Verpflichtungen der ausgeschiedenen Organisation für Herstellerverantwortung zu übernehmen. Hierdurch entsteht den noch am Markt tätigen Organisationen für Herstellerverantwortung ein zusätzlicher Aufwand, da z.B. über die bisher notwendige Menge hinausgehende Sammelleistungen erbracht werden müssen. Für diesen Aufwand steht den Organisationen für Herstellerverantwortung jedoch ein Ausgleichsanspruch gegenüber der weggefallenen Organisation für Herstellerverantwortung zu. Diese hat die verbliebenen Organisationen für Herstellerverantwortung entsprechend aus der insolvenzunsicheren Sicherheitsleistung zu entschädigen. Ein etwaiger zusätzlicher Erfüllungsaufwand wird hierdurch bereits im Wesentlichen ausgeglichen.

Rücknahmepflicht der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger für Geräte- und LV-Alt Batterien, § 13 BattDG

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger waren bislang nur zur Rücknahme von Gerätealtbatterien, die aus Elektro- und Elektronik-Altgeräten ausgebaut wurden, verpflichtet. Zukünftig soll die Pflicht auf sämtliche Geräte und LV-Alt Batterien ausgedehnt werden. Den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern sind die hierfür notwendigen Sammel- und Transportbehältnisse durch die Organisationen für Herstellerverantwortung zur Verfügung zu stellen. Die Rücknahme an den Sammelstellen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger erfolgt dabei im Zusammenhang mit anderen Abfallströmen. Es ist davon auszugehen, dass

allenfalls ein geringfügiger Mehraufwand für die zusätzliche Sammlung auch von Geräte- und LV-Alt-Batterien entsteht, der jedoch nicht quantifizierbar ist.

Pfandpflicht für Starterbatterien, § 19 BattDG

Auch nach dem Batteriegesetz und der Vorgängerverordnung (Batterieverordnung) gab es bereits eine Pflicht für Händler, ein Pfand auf Starterbatterien zu erheben und bei Rückgabe der entsprechenden Altbatterie dieses auch wieder zu erstatten. Dabei ist bislang kein Clearingsystem eingebunden worden, auch der jetzige Gesetzentwurf sieht dies nicht vor. Dies führt dazu, dass die Pfanderstattung bei Rückgabe der Starteraltbatterie nur durch die pfanderhebende Stelle erfolgt. Die Pfanderhebung und auch die Pfanderstattung sind bereits etabliert und erfolgen im Kaufprozess, so dass hier kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand zu erwarten ist.

Einbindung von relevanten Akteuren bei der Vorbereitung von Informationskampagnen, § 24 Absatz 2 Satz 3 BattDG

Wie auch schon nach dem bisherigen Batteriegesetz soll im Rahmen der gemeinsamen Informationsarbeit der Organisationen für Herstellerverantwortung auch die Expertise von u. a. Einrichtungen der kommunalen Abfallberatung, Verbraucherschutzorganisationen, Hersteller- und Handelsverbänden sowie der Entsorgungswirtschaft genutzt werden. Zu diesem Zweck soll ein Beirat gegründet werden, dem auch diese Vertreter angehören. Für die Akteure entsteht hierdurch ein Aufwand für die Mitarbeit und etwaige Reisetätigkeiten. Es wird angenommen, dass ein- bis zweimal jährlich eine Sitzung stattfindet und im Übrigen die Mitarbeit und Abstimmung über digitale Medien erfolgt. Es wird ein Zeitaufwand von 2 Arbeitstagen, mithin 16 Stunden, geschätzt. Es wird das hohe Qualifikationsniveau für sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (48,30 Euro) angenommen. Zudem wird eine Pauschale in Höhe von 250 Euro für die Reisetätigkeit veranschlagt. Hieraus ergibt sich ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von 5.114 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
5	960	48,30	250	3.864	1.250

Informationspflichten der Wirtschaft

Sachverständigengutachten der Organisation für Herstellerverantwortung im Rahmen des Zulassungsverfahrens und der regelmäßigen Überprüfung, § 8 Absatz 5 BattDG

Wie auch schon bisher müssen die Organisationen für Herstellerverantwortung im Rahmen der Zulassung durch ein Sachverständigengutachten nachweisen, dass sie die Voraussetzungen für die Zulassung erfüllen. Aufgrund der bisher beim Statistischen Bundesamt hinterlegten Daten ist davon auszugehen, dass die Überprüfung durch einen Sachverständigen durchschnittlich 23 Stunden in Anspruch nimmt. Es sind das hohe Qualifikationsniveau des Wirtschaftsabschnitts M heranzuziehen. Nach Aussagen von Wirtschaftsakteuren ist bei der regelmäßigen Überprüfung von ungefähr einem hälftigen Aufwand auszugehen. Es ist aufgrund der bisherigen Erfahrungen im Bereich der Rücknahmesysteme für Gerätebatterien davon auszugehen, dass durchschnittlich pro Jahr eine neue Organisation für Herstellerverantwortung neu zulassen wird. Zudem ist davon auszugehen, dass zukünftig pro Jahr zwei Organisationen für Herstellerverantwortung erneut überprüft werden. Hierdurch entsteht mithin ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von 2.758,14 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1	1.386	59,70	0	1.379,07	0
2	693	59,70	0	1.379,07	

Bericht über die Umsetzung der ökologischen Gestaltung der Beiträge durch die Rücknahmesysteme, § 10 Absatz 2 BattDG

Die Rücknahmesysteme müssen zukünftig – wie auch schon bisher - über die Umsetzung der Vorgabe zur ökologischen Gestaltung der Beiträge gemäß § 10 Absatz 1 BattDG dem Umweltbundesamt jährlich einen Bericht vorlegen. Die Vorschrift dient der Umsetzung von Art. 8a Absatz 5 Unterabsatz 5 der geänderten Richtlinie 2008/98/EG, wonach die Einhaltung der Vorgaben der erweiterten Herstellerverantwortung durch die Rücknahmesysteme durch die Mitgliedstaaten zu überwachen sind.

Für den jährlichen Erfüllungsaufwand wird ein personeller Aufwand von 706 Minuten für die Beschaffung und Aufbereitung der notwendigen Daten und die Erarbeitung des Berichts und dessen Übermittlung an das Umweltbundesamt geschätzt. Derzeit sind zehn Rücknahmesysteme in Deutschland genehmigt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass mit der Ausweitung der Beteiligungspflicht auch auf andere Batteriekategorien die Zahl auf 75 ansteigen wird. Bei einem durchschnittlichen Lohnsatz von 33,70 Euro im Wirtschaftsabschnitt E belaufen sich mithin die Personalkosten auf 29.740,25 Euro. Sachkosten entstehen dabei nicht.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
75	706	31,50	0	29.740,25	0

Pflicht zur Anzeige der ausgewählten Abfallbewirtschafter, § 11 Absatz 4 Satz 1 und 2 BattDG

Alle Organisationen für Herstellerverantwortung haben der zuständigen Behörde mitzuteilen, wenn sie einen Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählt haben. Abfallbewirtschafter sind solche Personen, die gewerbsmäßig im Bereich der Sammlung und Behandlung von Altbatterien tätig sind. Sie dürfen allein neben den Organisationen für Herstellerverantwortung Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien von sammelnden Akteuren zurücknehmen und einer Entsorgung zuführen. Im Schnitt arbeitet derzeit eine Organisation für Herstellerverantwortung im Bereich Gerätealtbatterien (insgesamt 10) mit 5 Abfallbewirtschaftern zusammen, die die Behandlung der gesammelten Altbatterien übernehmen. Diese sind der zuständigen Behörde anzuzeigen. Für das Beschaffen der hierfür notwendigen Daten (Anschrift und Kontaktinformationen) sowie die Übermittlung der entsprechenden Daten wird ein Zeitaufwand von 10 Minuten angesetzt. Die Tätigkeit kann durch einen nicht speziell ausgebildeten Mitarbeiter im niedrigen Qualifikationsniveau im Wirtschaftsabschnitt E durchgeführt werden. Es entsteht mithin ein Umstellungsaufwand in Höhe von 213,33 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
50	10	25,60	0	213,33	0

Es ist zudem davon auszugehen, dass in der Zukunft sich neue Abfallbewirtschafter etablieren, die entsprechend mit den Organisationen für Herstellerverantwortung zusammenarbeiten und von diesen Organisationen angezeigt werden müssen. Unter der Annahme von 10 Anzeigen pro Jahr, ergibt sich ein jährlicher Erfüllungsaufwand von 42,67 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
10	10	25,60	0	42,67	0

Anzeige von Änderungen bei ausgewählten Abfallbewirtschaftern, § 11 Absatz 4 Satz 3 BattDG

Es ist davon auszugehen, dass sich jährlich bei einem Abfallbewirtschaftern Änderungen an den Kontaktinformationen ergeben, die durch die Organisationen für Herstellerverantwortung zu übermitteln sind. Der hierfür erforderliche Aufwand wird als vernachlässigbar angesehen.

Bestätigung der Mitteilungen durch die Organisationen für Herstellerverantwortung durch einen Sachverständigen, § 25 Absatz 3 BattDG

Wie auch schon bisher müssen die Organisationen für Herstellerverantwortung ihre Mitteilungen an die zuständige Behörde durch einen Sachverständigen prüfen lassen. Jede Organisation für Herstellerverantwortung muss einmal jährlich eine entsprechende Dokumentation vorlegen und prüfen lassen. Derzeit sind 10 Organisationen am Markt tätig. Es ist anzunehmen, dass zukünftig 65 weitere Organisationen für Herstellerverantwortung am Markt agieren werden. Pro Sachverständigenprüfung fällt nach bislang beim Statistischen Bundesamt hinterlegten Daten ein Zeitaufwand von 6.220 Minuten an. Es wird das hohe Qualifikationsniveau des Wirtschaftsabschnitts M herangezogen.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
65	6.220	59,70	0	402.278,50	0

4.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch den Wegfall des Batteriegesetzes entfällt der damit zusammenhängende Erfüllungsaufwand für die Verwaltung in Höhe von 357.290 Euro. Soweit nunmehr im Zusammenhang mit dem Batterierecht-Durchführungsgesetz Mehrkosten für die Verwaltung entstehen, beruhen diese Mehrkosten im Wesentlichen unmittelbar auf der Verordnung (EU) 2023/1542 selbst. Hierzu wird auf die Folgenabschätzung der EU-Kommission verwiesen. Lediglich für einzelne Vorgaben wurde von einem nationalen Spielraum Gebrauch gemacht bzw. konkrete Zuständigkeiten festgeschrieben. Der sich hieraus ergebende Erfüllungsaufwand stellt sich dabei wie folgt dar:

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwandes in Euro:	766.266
Einmaliger Erfüllungsaufwand in Euro:	8.640

Mit der Abschätzung des Erfüllungsaufwandes wird lediglich der Aufwand für neue Vorgaben als auch die Differenz bei Änderungen bestehender Vorgaben der Verwaltung dargestellt. Sie stellt mithin keine Vollkostenrechnung nach gebührenrechtlichen Maßstäben dar. Der Kostenveranschlagung für die Zwecke der Gebührenerhebung kann hiermit nicht vorgegriffen werden. Die entstehenden jährlichen Kosten des Erfüllungsaufwandes werden mit Blick auf Teil 2 des BattDG durch entsprechende Gebühreneinnahmen durch eine Gebührenverordnung kompensiert werden. Eine Belastung des Bundeshaushaltes erfolgt hierdurch folglich nur in dem Maße, in dem eine Gebührenerhebung außerhalb von Teil 2 des Gesetzes nicht besteht.

Veröffentlichungspflicht hinsichtlich der registrierten Hersteller, § 29 Absatz 3 BattDG

Bestimmte Daten zu den registrierten Herstellern sind durch zuständige Behörde – wie auch schon bisher – zu veröffentlichen. Dies erfolgt auf der Webseite der zuständigen Behörde, die für alle öffentlich ist. Die Veröffentlichung erfolgt nach der Eingabe automatisiert im entsprechenden Portal, das bereits bei der zuständigen Behörde etabliert ist. Daher entsteht kein vorgangsbezogener personeller Aufwand für die Veröffentlichung.

Veröffentlichungspflicht hinsichtlich der Rücknahmesysteme, § 29 Absatz 4 BattDG

Neben der Pflicht zur Veröffentlichung der Herstellerdaten sind auch die Daten zu zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung – wie auch schon bisher - zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung bezieht sich dabei lediglich auf den Namen und die Anschrift der zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung. Ein zusätzlicher messbarer Erfüllungsaufwand ist nicht zu erwarten. Zu den bereits bestehenden Veröffentlichungspflichten fällt die zusätzliche Pflicht zur Veröffentlichung der Organisationen für Herstellerverantwortung nicht ins Gewicht.

Feststellung der Untererfüllung bei Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung, § 29 Absatz 5 BattDG

Im Falle des Wegfalls einer Organisation für Herstellerverantwortung übernehmen die noch am Markt tätigen Organisationen für Herstellerverantwortung eine Auffangspflicht. Hierfür muss zunächst die zuständige Behörde die Untererfüllung durch die ausscheidende Organisation für Herstellerverantwortung feststellen. Hierfür sind die entsprechenden Berichte der ausscheidenden Organisation für Herstellerverantwortung zu prüfen und zu ermitteln, inwiefern eine Untererfüllung der Verpflichtungen vorliegt. Es werden hierfür 10 Arbeitstage mit jeweils 8 Stunden, mithin 80 Stunden, für die Tätigkeiten veranschlagt. Die Prüfung erfolgt durch einen Mitarbeiter im höheren Dienst (70,50 Euro). Weitere Tätigkeiten fallen durch die weitgehend IT-gestützte Abwicklung vorgangsbezogen nicht an. Es wird von durchschnittlich einem Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung pro Jahr ausgegangen. Es ergibt sich mithin ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von 5.640 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1	4800	70,50	0	5.640	0

Anordnung der Auffangspflicht, § 29 Absatz 6 BattDG

Im Falle des Wegfalls einer Organisation für Herstellerverantwortung übernehmen die noch am Markt tätigen Organisationen für Herstellerverantwortung eine Auffangspflicht. Hierfür erlässt die zuständige Behörde auf der Grundlage der von ihr geprüften Berichte und anhand der Marktanteile der verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung diesen gegenüber die notwendigen Anordnungen zur Erfüllung der Auffangspflicht. Es wird von durchschnittlich einem Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung pro Jahr ausgegangen. Zudem wird angenommen, dass pro Batteriekategorie 15 Organisationen zugelassen sind, mithin 14 Organisationen für Herstellerverantwortung am Markt verbleiben. Für die Berechnung des jeweiligen Anteils der verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung und dem Erlass der Anordnung wird ein Zeitaufwand von 2 Arbeitstagen, mithin 16 Stunden, geschätzt. Die Prüfung erfolgt durch einen Mitarbeiter im höheren Dienst (70,50 Euro). Weitere Tätigkeiten fallen durch die weitgehend IT-gestützte Abwicklung vorgangsbezogen nicht an. Es ergibt sich mithin ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von 15.792 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
14	960	70,50	0	15.792	0

Festlegung von Ausgleichssätzen für die Sicherheitsleistung, § 29 Absatz 7 BattDG

Für die Berechnung der angemessenen Höhe der Sicherheitsleistung legt die zuständige Behörde je Batteriekategorie Ausgleichssätze fest. Mit Inkrafttreten des BattDG müssen erstmals hierfür Daten mit Blick auf die notwendigen Kosten für die Erfüllung der Verpflichtungen durch die Organisationen für Herstellerverantwortung gesammelt und ausgewertet werden. Die Ergebnisse müssen dann aufbereitet und dokumentiert und im Rahmen einer Allgemeinverfügung veröffentlicht werden. Die Tätigkeiten werden durch einen Mitarbeiter im höheren Dienst durchgeführt. Es wird angenommen, dass für die Tätigkeiten für alle Batteriekategorien 15 Arbeitstage in Anspruch genommen werden, mithin 120 Stunden. Weitere Tätigkeiten fallen durch die weitgehend IT-gestützte Abwicklung vorgangsbezogen nicht an. Es ergibt sich mithin ein Umstellungsaufwand in Höhe von 8.460 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1	7.200	70,50	0	8.460	0

Zudem sind die Ausgleichssätze mindestens alle fünf Jahre zu aktualisieren. Hieraus ergibt sich ein durchschnittlicher jährlicher Erfüllungsaufwand von 1.692 Euro (= 1/5 des Umstellungsaufwandes).

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1/5	7.200	70,50	0	1.692	0

Feststellung des Anteils einer Organisation für Herstellerverantwortung an der Auffangsammlungspflicht, § 29 Absatz 8 BattDG

Auf Antrag der verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung stellt die zuständige Behörde den jeweiligen Anteil an der Auffangsammlungspflicht fest, sobald eine Organisation für Herstellerverantwortung vom Markt wegfällt. Es wird von durchschnittlich einem Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung pro Jahr ausgegangen. Zudem wird angenommen, dass pro Batteriekategorie 15 Organisationen zugelassen sind, mithin 14 Organisationen für Herstellerverantwortung am Markt verbleiben. Für die Berechnung des jeweiligen Anteils der verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung wird ein Zeitaufwand von 2 Arbeitstagen, mithin 16 Stunden, geschätzt. Die Prüfung erfolgt durch einen Mitarbeiter im höheren Dienst (70,50 Euro). Weitere Tätigkeiten fallen durch die weitgehend IT-gestützte Abwicklung vorgangsbezogen nicht an. Es ergibt sich mithin ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von 15.792 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
14	960	70,50	0	15.792	0

Veröffentlichung der ausgewählten Abfallbewirtschafter, § 30 Absatz 3 BattDG

Zu den bereits bestehenden Veröffentlichungspflichten tritt neu eine Veröffentlichungspflicht hinsichtlich der ausgewählten Abfallbewirtschafter. Wie schon bei den anderen Veröffentlichungspflichten erfolgt auch diese Veröffentlichung nach der Eingabe automatisiert

im Portal der zuständigen Behörde. Insofern entsteht auch in diesem Zusammenhang kein vorgangsbezogener personeller Aufwand.

Widerruf der Registrierung eines Herstellers, § 31 Absatz 1 BattDG

§ 31 Absatz 1 BattDG ergänzt die Vorgaben aus Artikel 55 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2023/1542, auf deren Grundlage die zuständige Behörde die Registrierung einschließlich der Registrierungsnummer widerrufen kann. Folgende Gründe können u.a. hierfür ausschlaggebend sein: Wenn der Hersteller bzw. Bevollmächtigte keine Organisation für Herstellerverantwortung beauftragt hat oder der Hersteller bzw. Bevollmächtigter sich in einem Insolvenzverfahren befindet.

Grundsätzlich findet zunächst eine Sachverhaltsermittlung mit anschließender Anhörung statt. Bestätigt sich einer der oben genannten Punkte, wird die Registrierung widerrufen.

Die fehlende Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung ist eher selten zu erwarten. Widerrufe der Registrierung im Falle der Insolvenz kommen im Jahr ca. 50 Mal vor. Pro Widerruf wird mit einem zeitlichen Aufwand von ca. 60 Minuten gerechnet, welcher durch eine Person des mittleren Dienstes mit einem Stundenlohn von 33,80 Euro bearbeitet wird. Sachkosten fallen im Rahmen der Umsetzung dieser Vorgabe nicht an. Der zusätzliche jährliche Erfüllungsaufwand für den Widerruf von Registrierungen beläuft sich demnach auf rund 1.690 Euro pro Jahr.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
50	60	33,80	0	1.690	0

Widerruf der Registrierung einer Organisation für Herstellerverantwortung, § 31 Absatz 2 und 3 BattDG

Neben den Widerrufsgründen in Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 enthält das BattDG noch zwei zusätzliche Widerrufsgründe: den Verstoß gegen eine Auflage der zuständigen Behörde sowie die Insolvenz. Die Fälle werden vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungswerte als eher unwahrscheinlich eingestuft. Es ist daher von keinem messbaren Erfüllungsaufwand auszugehen.

Beleihung der stiftung elektro-altgeräte register, § 33 Absatz 1 BattDG

Das Umweltbundesamt kann die Gemeinsame Stelle der Hersteller nach dem ElektroG, die stiftung elektro-altgeräte register, mit der Durchführung der Aufgaben der zuständigen Behörde und der Erhebung von Gebühren beleihen. Hierzu erlässt das Umweltbundesamt einen Beleihungsbescheid, der zuvor mit der zu Beleihenden und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz abgestimmt wird. Diese Verwaltungsvorgabe wird als einmaliger Umstellungsaufwand quantifiziert, woraus sich kein weiterer (jährlicher) Aufwand ergibt. Da der bisherige Beleihungsbescheid nur hinsichtlich der neuen Vorgaben angepasst werden muss, ist von einem nur geringfügigen Aufwand in Höhe von 22 Stunden auszugehen. Die Tätigkeit wird überwiegend von einer Person des gehobenen Dienstes (46,50 Euro pro Stunde) ausgeführt. Sachkosten entstehen dabei keine. Der einmalige Erfüllungsaufwand für die Änderung der Beleihung der stiftung ear beläuft sich danach auf rund **1.023 Euro**.

Fallzahl	Zeitaufwand Min. pro Fall	in	Lohnsatz in Euro/ pro Fall	Std.	Sachkosten Euro pro Fall	in	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1	1.320		46,50		0		1.023	0

Bekanntmachung der Beleihung, § 33 Absatz 3 BattDG

Die Beleihung ist durch die zuständige Behörde nach § 33 Absatz 3 BattDG im Bundesanzeiger bekannt zu machen. Die Erstellung des Veröffentlichungstextes umfasst aufgrund der Vorerfahrungen mit dieser Tätigkeit 8 Stunden und wird überwiegend von einem Mitarbeiter des höheren Diensts (70,50 Euro pro Stunde) erstellt. Sachkosten entstehen für das Publikationsentgelt von ca. 25 Euro. Der einmalige Umstellungsaufwand beläuft sich folglich auf 589 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand Min. pro Fall	in	Lohnsatz in Euro/ pro Fall	Std.	Sachkosten Euro pro Fall	in	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1	480		70,50		25		564	25

Aufsicht über die Beliehene, § 34 BattDG

Die zuständige Behörde hat gemäß § 34 BattDG die Rechts- und Fachaufsicht über die Beliehene. Sie übernimmt hierbei nach eigenen Angaben folgende Aufgaben:

- Prüfung der Recht- und Zweckmäßigkeit der Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben
- Prüfung von informellen und formellen Beschwerden / Widersprüchen Dritter gegen Verwaltungsakte der Beliehenen
- Begleitung von Gerichtsverfahren gegen Verwaltungsakte der Beliehenen (eventuelle Beiladungen)
- Bearbeitung sonstiger Beschwerden Dritter gegenüber der Beliehenen
- Prüfung von Ermessensentscheidungen sowie des Verfahrens zur Entscheidungsfindung
- Überprüfung der Einhaltung der Gesetze
- generelle sowie einzelfallbezogene Auskunftseinholung
- Kontrolle der Informationspflichten der Beliehenen
- Abstimmungstätigkeiten
- Beteiligung bzw. Prüfung von Satzungsänderungen der Beliehenen
- Kostenabrechnungen mit der Beliehenen (REFA-Kosten, Erstattungsanspruch)
- Auswertung der Wirtschaftlichkeit (Jahresabschluss, Wirtschaftsplan)

Für die Verwaltungsvorgabe wird ein Zeitaufwand von 8.280 Minuten pro Fall veranschlagt, der überwiegend von einem Mitarbeiter des gehobenen Dienstes (46,50 Euro pro Stunde) bearbeitet wird. Sachkosten fallen in diesem Zusammenhang keine an.

Die Fallzahl ist insbesondere abhängig vom Beschwerdeaufkommen der BattDG-Akteure. Unter der Annahme von durchschnittlich 50 Widersprüchen und Beschwerden jährlich errechnet sich ein jährlicher Erfüllungsaufwand von rund 320.850 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
50	8.280	46,50	0	320.850	0

Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Kosten der Rechts- und Fachaufsicht dem UBA durch die Beliehene erstattet werden. Denn die Kosten der Rechts- und Fachaufsicht werden gemäß § 9 Absatz 1 i. V. m. § 3 Absatz 3 Satz 2 des Bundesgebührengesetzes in die Gebührenberechnung der Beliehenen mit einbezogen.

Beendigung der Beleihung, § 25 BattG

Die zuständige Behörde kann im Einklang mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) die Beleihung widerrufen, wenn die Beliehene die übertragenen Aufgaben nicht sachgerecht wahrnimmt. Gleichzeitig kann die Beliehene die Beendigung der Beleihung von der zuständigen Behörde verlangen.

In bislang fast 20 Jahren Erfahrung mit der Beleihung im Bereich des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes und 3 Jahren im Bereich des Batteriegesetzes wurde eine Beendigung der Beleihung noch nicht in Betracht gezogen. Vor diesem Hintergrund wird der Fall als sehr unwahrscheinlich und damit der Aufwand als nicht messbar angesehen.

Durchführung von Beschränkungsverfahren durch die Bundesanstalt für Chemikalien, § 38 Absatz 1 und 2 BattDG

Nach der neuen gesetzlichen Regelung soll die Bundesstelle für Chemikalien (BfC) für die Vorbereitung von Dossiers zur Einleitung von Beschränkungsverfahren nach Artikel 86 Absatz 3 und 4 der Verordnung (EU) Nr. XX/2023 zuständig sein. Hinzu kommen Koordinierungstätigkeiten für die Zusammenarbeit mit den Bewertungsstellen, um eine schlüssige und widerspruchsfreie Gesamtposition zu erhalten.

Die BfC schätzt den Aufwand für die Vorbereitung von Dossiers zur Einleitung von Beschränkungsverfahren anhand der Aufwände im REACH/CLP-Verfahren, welche Beschränkungsverfahren beinhalten. Zur Abschätzung des Erfüllungsaufwandes im Beschränkungsverfahren, der sich für das BattDG erwarten lässt, wurde vom BfC der Bericht zum REACH/CLP-Arbeitsprogramm für die Jahre 2021 und 2022 herangezogen. Der Personalaufwand der BfC für die Jahre 2018 und 2019 reflektiert aus Sicht der BfC am besten den für das Beschränkungsverfahren im Rahmen des BattDG zu erwartendem Arbeitsaufwand. u den Aufgaben zählten Betreuung und Koordinierung von Beschränkungsarbeiten, das heißt Begleitung der Diskussion des Dossiers in den Ausschüssen und die politischen Diskussionen zu Beschränkungsanschlüssen.

Aus den oben genannten Berichten zum Arbeitsprogramm wurde der Personalaufwand der BfC für die Jahre 2018 und 2019 als Durchschnittswert mit 1,15 Mitarbeiterkapazitäten (MAK) pro Jahr ausgewiesen, das sind 0,7 MAK in 2018 und 1,6 MAK in 2019. Die durchschnittliche Dauer eines weniger aufwändigen Beschränkungsverfahrens beträgt 3 Jahre.

Unter der Annahme, dass ein Beschränkungsverfahren alle 8 Jahre angestoßen wird, ergibt sich ein jährlicher Zeitaufwand von 0,43 MAK (3,45/8) oder 690 Stunden.

Aus Sicht der BfC handelt es sich bei den Arbeiten an einem Beschränkungsverfahren um „höherwertige“ Aufgaben, dementsprechend wird der Lohnsatz des höheren Dienstes des Bundes mit 70,50 Euro pro Stunde angenommen. Unter Berücksichtigung dessen ergibt sich ein jährlicher Erfüllungsaufwand für die BfC von 48.645 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand Min. pro Fall	in	Lohnsatz in Euro/ pro Fall	Std.	Sachkosten Euro pro Fall	in	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1	41.400		70,50		0		41.400	0

Unterstützung durch die Bewertungsstellen, § 38 Absatz 3 BattDG

Nach der neuen gesetzlichen Regelung sollen die Bewertungsstellen die Bundesstelle für Chemikalien durch die eigenverantwortliche und abschließende Durchführung der ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich betreffenden Bewertungsaufgaben bei der Vorbereitung von Dossiers für die Einleitung von Beschränkungsverfahren unterstützen. Die Bewertungsstellen sollen, sofern erforderlich, sich gegenseitig unterstützen.

Nach § 33 Absatz 1 BattDG gibt es die Bewertungsstelle Umwelt, die Bewertungsstelle Gesundheit und Verbraucherschutz, die Bewertungsstelle für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten und die Bewertungsstelle für Materialsicherheit. Dementsprechend ergibt sich eine Fallzahl von 4.

Der voraussichtlich entstehende Aufwand für die Bewertungsstellen wurde durch Informationen der BfC abgeschätzt. Die Annahmen basieren auf den Angaben des REACH/CLP-Arbeitsprogramm. Anhand dieser Dokumentation lag der Ressourceneinsatz bei den Bewilligungsstellen zwischen 0,6 und 3,9 MAK pro Jahr. Die durchschnittliche Dauer eines weniger aufwändigen Beschränkungsverfahrens beträgt 3 Jahre. Der Arbeitsaufwand der jeweiligen Bewertungsstelle ist abhängig vom Beschränkungsverfahren. Das hängt auch für Beschränkungen unter BattDG vom Stoff, der spezifischen Verwendung und dem Schutzziel ab und lässt sich nicht exakt vorhersagen. Aufgrund der Unsicherheiten des anfallenden Personalaufwands wird die obengenannte Aufwandsspanne angenommen.

Es wird angenommen, dass ein Beschränkungsverfahren alle 8 Jahre angestoßen wird. Es ergibt sich dementsprechend ein jährlicher Zeitaufwand von 360 bis 2340 Stunden. Ein durchschnittlicher Wert liegt demnach bei 1.350 Stunden.

Es wird ein Lohnsatz des höheren Dienstes des Bundes mit 70,50 Euro pro angenommen. Insgesamt entsteht den Bewertungsstellen im Rahmen der Beschränkungsverfahren je nach Aufwand ein jährlicher Erfüllungsaufwand zwischen ca. 102 000 und 660 000 Euro. Legt man hier den durchschnittlichen Stundenwert zugrunde, ergibt sich ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von 380.700 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand Min. pro Fall	in	Lohnsatz in Euro/ pro Fall	Std.	Sachkosten Euro pro Fall	in	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
4	1.350		70,50		0		380.700	0

Aufgabenwahrnehmung durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Zusammenhang mit der Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette, § 48 Absatz 1 bis 7 BattDG

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften verfügt durch das Mineralische-Rohstoffe-Sorgfaltspflichten-Gesetz bereits über eine Expertise in der Prüfung von Unternehmen hinsichtlich der Einhaltung von Anforderungen an die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette. Hierfür trifft sie Anordnungen und Maßnahmen, um mögliche Verstöße festzustellen, diese zu beseitigen und in der Zukunft zu verhindern. Nach Angaben der Bundesanstalt prüft sie jährlich ca. 10 Prozent der betroffenen Unternehmen.

Drei Kategorien von Unternehmen sind von den Regelungen zu den Sorgfaltspflichten in der Verordnung (EU) 2023/1542 betroffen und zwar ab einer Umsatzschwelle von 40 Millionen Euro bezogen auf Batterien, die die vier Rohstoffe Lithium, Kobalt, Nickel und Graphit enthalten:

- Importeure von Batterien
- Hersteller von Batterien
- Online-Handel (in Fällen, wo eine Direktvermarktung aus einem Drittstaat an einen Kunden im EU-Binnenmarkt stattfindet)

Laut Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts gab es 2022 im Wirtschaftszweig 27.2 „Herstellung von Batterien und Akkumulatoren“ 25 Unternehmen (rechtliche Einheiten) mit einem Umsatz von 40 Millionen Euro und mehr. Laut Aussage eines einschlägigen Branchenverbands gibt es zwanzig Hauptimporteure von Batterien mit den genannten Inhaltsstoffen. Hinzu kommen Unternehmen, die Waren mit bereits verbauten Batterien importieren. Die Schätzung des Branchenverbands unter Berücksichtigung der betrachteten Inhaltsstoffe und der hohen Umsatzschwelle sieht folgendermaßen aus: Pedelecs = 4 Unternehmen, E-Roller = 5 Unternehmen, Smartphones = 4 Unternehmen, Elektrowerkzeuge = 5 Unternehmen. Über den Online-Handel konnte keine zuverlässige Zahl geschätzt werden. Insgesamt ergibt sich eine Fallzahl von 63 Unternehmen. Unter Zugrundelegung der 10 Prozent-Grenze für die Prüfung ergibt sich hieraus eine Fallzahl von 6,3, aufgerundet 7 Unternehmen, die jährlich überprüft werden.

Laut den Angaben der Bundesanstalt umfasst eine Überprüfung die folgenden Teilaufgaben:

Teilaufgabe	Zeitaufwand (in Stunden)
Vorbereitung Anschreiben	2
Erste Überprüfung	16
Prüfung ob, und wenn ja was nachgefordert wird	8
Prüfung nachgeforderte Dokumente	8
Vorbereitung VOK Lead Auditor	20
Vorbereitung VOK Co Auditor	4
VOK mit An/Abreise	24
Auswertung, Nachforderung, Ergebnisbericht	24
Monitoring Abhilfe pro Abhilfemaßnahme	4
Summe	110

Demnach beträgt der gesamte Zeitaufwand für eine Prüfung 110 Stunden. Da die Bundesanstalt im Rahmen seiner Überprüfung jedoch lediglich zwei der insgesamt 15 Risikokategorien, die in Anhang X Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 festgehalten sind, kontrolliert, wird entsprechend der Überprüfung aller 15 Risikokategorien der Zeitaufwand größer ausfallen. Analog wird der Zeitaufwand mit dem Faktor 7,5 multipliziert, um den höheren Prüfungsumfang abzubilden. Der gesamte Zeitaufwand entspricht demnach 825 Stunden pro Fall.

Laut der Bundesanstalt sind pro Prüfung ein Auditor (hD) und ein Co-Auditor (gD) angesetzt. Da beide Personen sämtliche Aufgaben innerhalb der Vorgabe durchführen, wird hier ein durchschnittlicher Lohnsatz der beiden von 58,50 Euro angesetzt.

Bei Vor-Ort-Kontrollen (VOK) können ggf. Reisekosten anfallen. Aufgrund der Unregelmäßigkeit der VOK kann hier eine Schätzung der Sachkosten vernachlässigt werden.

Insgesamt entsteht durch die Prüfung von betroffenen Unternehmen ein jährlicher Erfüllungsaufwand von 337.837,50 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Std. pro Fall	in	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	in	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
7	825		58,50	0		337.837,50	0

Bericht über die Umsetzung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542, § 48 Absatz 8 BattDG

Die Bundesanstalt hat einmal jährlich über die Umsetzung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette zu berichten. Zur Herleitung des Zeitaufwands wurde auf die Zeitwerttabelle für Vorgaben der Verwaltung zurückgegriffen. Dabei fallen die Standardaktivität 11 „Abschließende Informationen aufbereiten, Bescheid erstellen“ (hohe Komplexität) mit 480 Minuten sowie die Standardaktivität 10 „Daten übermitteln oder veröffentlichen“ (mittlere Komplexität) mit 10 Minuten an. Insgesamt kommt man auf einen jährlichen Zeitaufwand von 490 Minuten.

Aufgrund der hohen Komplexität wird davon ausgegangen, dass ein Beschäftigter des höheren Dienstes den Bericht erstellen wird. Deshalb wird hier ein Lohnsatz von 70,50 Euro pro Stunde angesetzt.

Es entstehen keine Sachkosten.

Mithin ergibt sich hierdurch ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von 575,75 Euro.

Fallzahl	Zeitaufwand in Min. pro Fall	in	Lohnsatz in Euro/ Std. pro Fall	Sachkosten in Euro pro Fall	in	Personalkosten in Euro	Sachkosten in Euro
1	490		70,50	0		575,50	0

5. Weitere Kosten

Soweit im Zusammenhang mit dem Durchführungsgesetz Mehrkosten mit Auswirkungen auf Einzelpreise oder das Preisniveau entstehen, beruhen diese Mehrkosten im Wesentlichen unmittelbar auf der Verordnung (EU) 2023/1542 selbst. Hierzu wird auf die Folgenabschätzung der EU-Kommission verwiesen. Ob und in welchem Umfang die zusätzlichen Kosten durch die neuen europäischen und nationalen Vorgaben auf die Verbraucherpreise umgelegt werden, ist von einer Reihe von Einflussfaktoren abhängig, u.a. von der Wettbewerbsintensität auf den jeweiligen Märkten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

a) Gleichstellungspolitische Relevanzprüfung

Im Zuge der gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) vorzunehmenden Relevanzprüfung sind durch das Gesetz unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen und Männern keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen zuwiderlaufen.

b) Demographie-Check

Von dem Vorhaben sind keine demographischen Auswirkungen – unter anderem auf die Geburtenentwicklung, Altersstruktur, Zuwanderung, regionale Verteilung der Bevölkerung oder das Generationenverhältnis – zu erwarten.

c) Gleichwertige Lebensverhältnisse

Entsprechend dem Leitfaden zur Durchführung des „Gleichwertigkeits-Checks“ (GL-Check) bei Gesetzesvorhaben des Bundes vom 20. April 2020 wurde geprüft, ob und welche Auswirkungen das Regelungsvorhaben des Bundes auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse der Menschen im Bundesgebiet hat. Das Vorhaben beeinflusst danach die Lebensverhältnisse der Menschen in den unterschiedlichen Regionen gleichermaßen.

d) Digitalisierungsscheck

Entsprechend dem Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode wurde das Regelungsvorhaben einem Digitalisierungsscheck unterzogen. Um einer modernen digitalen Verwaltung gerecht zu werden, erfolgt die Abwicklung der Verwaltungsverfahren mit Blick auf die Registrierung von Herstellern und die Zulassung von Organisationen für die Herstellerverantwortung auch weiterhin im Wesentlichen elektronisch. Insbesondere wird in § 5 Absatz 2, § 8 Absatz 9 und § 30 Absatz 3 des BattDG jeweils geregelt, dass die zuständige Behörde die Eröffnung eines Zugangs für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen kann. Damit kann – wie bereits nach § 4 Absatz 3 des Batteriegesetzes und § 37 Absatz 3 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes – auch die Verwendung eines Postfachs in Sinne des § 2 Absatz 7 Onlinezugangsgesetz, das Bestandteil eines Nutzerkontos nach § 2 Absatz 5 Onlinezugangsgesetz ist, und Einwilligung in eine Bekanntgabe gemäß § 9 Onlinezugangsgesetz verlangt werden. Dadurch wird dem Ziel einer digitalen Verwaltung in erheblichen Maße Rechnung getragen.

e) Befristung; Evaluierung

Eine Befristung des Durchführungsgesetzes kommt nicht in Betracht, da die Regelungen zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1542 auf Dauer angelegt sind.

Artikel 94 der Verordnung (EU) 2023/1542 trifft Regelungen zur Überprüfung des EU-Rechtsakts. Danach überprüft die Europäische Kommission den Stand der Anwendung der Verordnung und deren Auswirkungen auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und das Funktionieren des Binnenmarktes bis zum 30. Juni 2031.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 ([Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1542 betreffend Batterien und Altbatterien])

Artikel 1 enthält ein neues Stammgesetz, welches das bisherige Batteriegesetz ablöst.

Zu Teil 1 (Allgemeine Vorschriften)

Der Teil 1 enthält allgemeine Vorschriften, die für das gesamte Batterierecht-Durchführungsgesetz von Bedeutung sind. Hierzu zählen der Zweck des Gesetzes sowie die Festlegung des Anwendungsbereiches und die ergänzenden gesetzlichen Definitionen.

Zu § 1 (Zweck des Gesetzes)

§ 1 betont den Zweck des Gesetzes. Das Batterierecht-Durchführungsgesetz enthält die notwendigen nationalen Regelungen zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie darauf aufbauende weitergehende nationale Vorschriften. Das in Satz 2 genannte Ziel ermöglicht es Wettbewerbern, privatrechtlich gegen die Konkurrenz vorzugehen, die sich nicht an die Vorgaben dieses Gesetzes hält. Im Sinne des § 3a des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb sollen z.B. die ordnungsgemäß registrierten Hersteller vor zusätzlichen Belastungen geschützt werden, indem die nach diesem Gesetz zu tragenden

Kosten fair von allen betroffenen Marktteilnehmern übernommen werden. Sich regelkonform verhaltende Hersteller sollen damit auch vor Wettbewerbsnachteilen geschützt werden, die durch nicht regelkonform agierende Unternehmen entstehen können. Dies unterstützt mittelbar auch den Vollzug der Regelungen. Ähnliche Regelungen finden sich in § 1 Absatz 1 Satz 4 Verpackungsgesetz, § 1 Satz 3 Elektro- und Elektronikgerätegesetz sowie in § 1 Satz 2 Einwegkunststofffondsgesetz.

Zu § 2 (Anwendungsbereich des Gesetzes)

Zu Absatz 1

Der Anwendungsbereich des Batterierecht-Durchführungsgesetzes erstreckt sich auf alle Batterien im Sinne der Verordnung (EU) 2023/1542. Von den Regelungen umfasst sind damit sämtliche Batterien, unabhängig von deren Einordnung als Gerätebatterien, Batterien für leichte Verkehrsmittel, Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugbatterien. Ausgenommen von den Regelungen sind nur solche Batterien, die unter einen der Ausschlüsse nach Artikel 1 Absatz 5 und 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 fallen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 ersetzt im Wesentlichen die inhaltsgleiche Regelung des bisherigen § 1 Absatz 3 Batteriegesetz. Es regelt das Verhältnis der Verordnung (EU) 2023/1542, dieses Gesetzes und der auf Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und zu den auf Grundlage des KrWG erlassenen Rechtsverordnungen. Satz 1 erklärt die Vorschriften des KrWG und die Vorschriften der auf Grundlage des KrWG erlassenen Rechtsverordnungen insoweit für anwendbar, als die Verordnung (EU) 2023/1542, dieses Gesetz und die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen keine abweichende Regelung des Sachverhalts enthalten. Satz 2 erklärt bestimmte Vorschriften des KrWG darüber hinaus für entsprechend anwendbar, da diese Vorschriften ihrem Wortlaut nach auf Rechtsverordnungen nach § 25 KrWG Bezug nehmen, es sich bei der Verordnung (EU) 2023/1542 und beim Batterierecht-Durchführungsgesetz aber um ein förmliches Gesetz handelt. Die Verordnung (EU) 2023/1542 und das Batterierecht-Durchführungsgesetz regelt aber für den Bereich der Batterien auch die Fragen der abfallwirtschaftlichen Produktverantwortung, die grundsätzlich auch durch Rechtsverordnung nach § 25 KrWG geregelt werden könnten.

Zu Absatz 3

Absatz 3 erklärt das Marktüberwachungsgesetz für anwendbar.

Zu § 3 (Ergänzende Begriffsbestimmungen)

Grundsätzlich legt Artikel 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 sämtliche Begriffsbestimmungen fest. § 3 nimmt hierzu ergänzende Regelungen vor, die für die nationale Anwendung der Verordnung (EU) 2023/1542 und das Batterierecht-Durchführungsgesetz erforderlich sind.

Zu Nummer 1

Nummer 1 nimmt Ergänzungen zur Herstellerdefinition nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 47 der Verordnung (EU) 2023/1542 vor. Entsprechend der bisherigen Regelungen nach § 2 Absatz 15 Satz 2 Batteriegesetz sind auch solche Händler als Hersteller anzusehen, die Batterien von Herstellern, die nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert sind, anbieten. Durch die Regelung soll eine Selbstkontrolle des Marktes erreicht werden, um zu verhindern, dass in großem Umfang Batterien nicht registrierter Hersteller in Verkehr gelangen. Die Herstellerfiktion zielt darauf ab, das Bereitstellen von Batterien, deren Hersteller nicht registriert ist, zu verhindern und so die Herstellerverantwortung durchzusetzen.

Zu Nummer 2

Artikel 1 Absatz 1 Nummer 67 der Verordnung (EU) 2023/1542 definiert den Begriff der Online-Plattform. Mit der Nummer 2 wird der Anbieter einer Online-Plattform definiert. Dieser ist der handelnde Akteur einer Online-Plattform und kommt daher als Adressat von Verpflichtungen in Betracht.

Zu Nummer 3

Nummer 3 definiert den Begriff des Fulfilment-Dienstleisters und orientiert sich dabei an der Definition in Artikel 3 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2019/1020. Zwar gibt Art. 3 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 die Anwendung der Definition vor. Dies gilt ausweislich des Wortlauts jedoch nicht für Kapitel VIII der Verordnung (Bewirtschaftung von Altbatterien). Da nunmehr national in diesem Bereich Regelungen für Fulfilment-Dienstleister getroffen werden, bedarf es insofern auch einer Definition dieses Akteurs.

Zu Nummer 4

Nummer 4 beschreibt den Kreis der für Bestätigungen nach diesem Gesetz zugelassenen Sachverständigen. Sie übernimmt die bisherige Regelung in § 2 Absatz 18 Batteriegesetz.

Zu Teil 2 (Bewirtschaftung von Altbatterien)

Zu Kapitel 1 (Vertrieb von Batterien)

Zu § 4 (Verkehrsverbote)

Gemäß Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 dürfen Hersteller von Batterien nur dann Batterien auf dem jeweiligen nationalen Markt bereitstellen, in dem sie auch registriert sind. Im Umkehrschluss besteht ein Verbot des Bereitstellens auf dem Markt, wenn eine Registrierung des Herstellers nicht erfolgt ist. Daneben gibt es entsprechend der Regelungen im bisherigen Batteriegesetz weitere Verkehrsverbote, die in das Batterierecht-Durchführungsgesetz übertragen werden.

Zu Absatz 1

Gemäß Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 dürfen Hersteller Batterien nur auf dem Markt bereitstellen, wenn sie registriert sind. Absatz 1 regelt darüber hinaus, dass Hersteller nur Batterien bereitstellen dürfen, wenn sie ordnungsgemäß, also mit der zutreffenden Marke der Batterie und der zutreffenden Batteriekategorie registriert sind.

Zu Absatz 2

Absatz 2 beschränkt den Zugang zum deutschen Endnutzermarkt auf Händler, die gemäß den Vorgaben aus Artikel 62 der Verordnung (EU) 2023/1542 dem Endnutzer die Rückgabe von Altbatterien ermöglichen.

Zu Absatz 3

Gemäß Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 sind Händler bereits verpflichtet, bevor sie Batterien auf dem Markt bereitstellen, zu prüfen, ob der Hersteller bzw. sein Bevollmächtigter im Register nach Artikel 55 der Verordnung (EU) 2023/1542 ordnungsgemäß eingetragen ist. Absatz 3 ergänzt diese Regelung für den abfallrechtlichen Bereich und verbietet Händlern Batterien bereit zu stellen, wenn der Hersteller nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert ist.

Zu Absatz 4

Artikel 30 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 dient dazu, zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten. Der Unternehmer ist daher verpflichtet, den Anbietern von Online-Plattformen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065, die Verbrauchern den Abschluss von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie dort anzubieten. Artikel 62 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 sieht hierfür bereits konkretisierende Regelungen vor. Die Anbieter von Online-Plattformen haben sich danach von den Herstellern insbesondere auch die Registrierungsnummer einzuholen. Absatz 4 sieht hierzu ergänzende Regelungen vor, um sicherzustellen, dass eine nach Artikel 93 der Verordnung (EU) 2023/1542 zwingende und wirksame Sanktionierung ermöglicht wird. Hierfür wird den Betreibern von Online-Plattformen untersagt, das Anbieten oder Bereitstellen von Batterien eines Herstellers, der nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert ist, zu ermöglichen. Durch den (auch IT-gestützten) Abgleich der Registrierungsnummer mit dem Herstellerregister, das nach Artikel 55 Absatz 13 der Verordnung (EU) 2023/1542 für die Anbieter von Online-Plattformen zugänglich sein muss, ist eine einfache Selbstkontrolle des Marktes möglich. Die Regelung entspricht zudem § 6 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes. Da Batterien auch häufig mit Elektro- und Elektronikgeräten gemeinsam angeboten werden, wird auf diese Weise ein einheitlicher Vollzug der parallelen Regelungen ermöglicht.

Zu Absatz 5

Absatz 5 nimmt eine dem Absatz 4 entsprechende Regelung für Fulfilment-Dienstleister auf.

Zu § 5 (Registrierung der Hersteller)

Artikel 55 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 verpflichtet alle Hersteller von Batterien, sich bei dem nationalen Register zu registrieren und hierfür in jedem Mitgliedstaat, in dem Batterien erstmals auf dem Markt bereitgestellt werden sollen, einen Antrag auf Registrierung zu stellen. § 5 nimmt hierzu ergänzende Regelungen auf und legt fest, wie der Antrag zu stellen ist.

Zu Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 legt ergänzend zu den Regelungen des Artikel 55 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 den Zeitpunkt fest, zu dem die Registrierung durch den Hersteller zu beantragen ist. Die ordnungsgemäße Registrierung ist bereits vor dem erstmaligen Bereitstellen einer Batterie auf dem Markt vorzunehmen. Nur so ist sichergestellt, dass ausschließlich Batterien registrierter Hersteller auf dem Markt gebracht werden. Satz 1 erhebt die Marke der Batterie sowie die Batteriekategorie zu konstitutiven Merkmalen der Registrierung. Eine Registrierung erfolgt damit pro Batteriekategorie sowie pro Marke. Satz 2 stellt klar, dass die Registrierung in jedem Fall durch den Hersteller bzw. seinen Bevollmächtigten zu erfolgen hat. Eine Registrierung über eine Organisation für Herstellerverantwortung kommt danach nicht in Betracht. Nach Satz 3 besteht ein Rechtsanspruch auf die Registrierung, wenn sämtliche Voraussetzungen nach Artikel 55 Absatz 3 bis 5 und 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 vorliegen und die Anforderungen nach Absatz 2 eingehalten werden. Nach Satz 4 ist § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes entsprechend anzuwenden. In Verbindung mit Artikel 55 Absatz 9 Buchstabe b gilt danach eine Registrierung als erteilt, wenn die zuständige Behörde nicht innerhalb von 12 Wochen ab Eingang sämtlicher Registrierungsunterlagen über den Antrag entschieden hat. Die Frist kann nach § 42a Absatz 2 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes einmal angemessen verlängert werden, wenn dies

wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. Satz 5 gibt den Verfahrensbeteiligten zudem die Möglichkeit, einvernehmlich die Frist nach Artikel 55 Absatz 9 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 zu verlängern und damit auch die Genehmigungsfiktion hinauszuschieben. Sofern sich Änderungen von im Registrierungsantrag enthaltenen Daten ergeben oder das Bereitstellen von Batterien auf dem Markt aufgegeben wird, ergibt sich die Pflicht zur entsprechenden Anzeige unmittelbar aus Artikel 55 Absatz 12 der Verordnung (EU) 2023/1542.

Zu Absatz 2

Entsprechend der Regelung im bisherigen § 4 Absatz 3 des Batteriegesetzes legt Absatz 2 die verfahrenstechnischen Anforderungen im Sinne von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe a und Artikel 55 Absatz 9 Buchstabe a und Absatz 10 Buchstabe der Verordnung (EU) 2023/1542 fest. Zur Verwaltungsvereinfachung sind der Antrag auf Registrierung und die Übermittlung der Nachweise hierzu der zuständigen Behörde über das elektronische Datenverarbeitungssystem zuzuleiten. Gemäß Satz 2 können Ausnahmen hiervon zugelassen werden. Satz 3 regelt, dass bei der Kommunikation mit den Herstellern oder deren Bevollmächtigten und den Organisationen für Herstellerverantwortung die zuständige Behörde die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung oder einen Zugang für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen kann. Damit kann – wie bereits nach § 4 Absatz 3 des Batteriegesetzes und § 37 Absatz 3 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes – auch die Verwendung eines Postfachs in Sinne des § 2 Absatz 7 Onlinezugangsgesetz, das Bestandteil eines Nutzerkontos nach § 2 Absatz 5 Onlinezugangsgesetz ist, und Einwilligung in eine Bekanntgabe gemäß § 9 Onlinezugangsgesetz verlangt werden. Entsprechende Anforderungen sind gemäß Satz 4 auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.

Zu Kapitel 2 (Rücknahme von Altbatterien)

Kapitel 2 regelt die Rücknahme von Altbatterien, ergänzend zu den Regelungen nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542. Dabei wird im Rahmen der Rücknahme zwischen Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel einerseits sowie Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien andererseits unterschieden.

Zu Abschnitt 1 (Pflichten des Endnutzers)

Abschnitt 1 legt die grundlegenden Pflichten des Endnutzers mit Blick auf die ordnungsgemäße Entsorgung von Altbatterien fest.

Zu § 6 (Pflichten des Endnutzers)

§ 6 unterscheidet bei den Pflichten des Endnutzers nach der jeweiligen Kategorie der Batterie.

Zu Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 regelt die Grundpflicht des Endnutzers für sämtliche Batteriekategorien. Danach sind Altbatterien getrennt vom Restmüll zu entsorgen. Nur so kann eine getrennte Erfassung und damit eine ordnungsgemäße Entsorgung sämtlicher Altbatterien sichergestellt werden. Satz 2 stellt dabei klar, dass die Pflicht zur getrennten Erfassung nicht für solche Altbatterien gilt, die in anderen Produkten eingebaut sind. Hierfür legen das Elektro- und Elektronikgerätegesetz und die Altfahrzeug-Verordnung gesonderte Anforderungen an die Erfassung. Dabei ist insbesondere § 10 Absatz 1 Satz 2 Elektro- und Elektronikgerätegesetz zu berücksichtigen, wonach möglichst die Altbatterie noch vor der Entsorgung vom Elektro- und Elektronik-Altgerät zu trennen und damit einer gesonderten Entsorgung nach der Verordnung (EU) 2023/1542 und diesem Gesetz zuzuführen ist.

Zu Absatz 2

Absatz 2 beschränkt die getrennte Erfassung von Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel nach Absatz 1 Satz 1 auf Sammelstellen, die den Organisationen für Herstellerverantwortung, die für die Sammlung von Gerätealtbatterien und/oder Altbatterien für leichte Verkehrsmittel zugelassen sind, angeschlossen sind, d. h. auf Stellen, bei denen die regelmäßige Abholung der Gerätealtbatterien durch eine der Organisationen gewährleistet ist. In Betracht kommen hier insbesondere Stellen, die zur Annahme von Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel verpflichtet sind, also die Händler von entsprechenden Batterien (Artikel 62 der Verordnung (EU) 2023/1542; § 12) und die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (Artikel 66 der Verordnung (EU) 2023/1542, § 13). Eine Organisation für Herstellerverantwortung kann daneben weitere Stellen durch vertragliche Vereinbarung an sich binden., so z.B. freiwillige Sammelstellen (Artikel 67 der Verordnung (EU) 2023/1542, § 14) und Behandlungsanlagen für Elektro- und Elektronik-Altgeräte und Altfahrzeuge (Artikel 65 der Verordnung (EU) 2023/1542).

Zu Absatz 3

Absatz 3 bestimmt, an wen Endnutzer Starter- und Industriealtbatterien übergeben können, um ihrer Pflicht nach Absatz 1 nachzukommen. Die Rücknahme erfolgt dabei ausschließlich durch Händler von Starter- und Industriebatterien, öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, die entsprechende Altbatterien freiwillig zurücknehmen können, und ausgewählte Abfallbewirtschafter, die durch die Organisationen für Herstellerverantwortung zur Sammlung entsprechender Batterien beauftragt wurden.

Zu Absatz 4

Absatz 4 beschreibt, wem Endnutzer Elektrofahrzeugaltbatterien übergeben können, wenn diese unabhängig vom Elektrofahrzeug zu Abfall geworden sind und daher nicht mit diesem gemeinsam entsorgt werden. In diesem Fall kommt eine Entsorgung allein über Händler von Elektrofahrzeugbatterien oder ausgewählte Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Betracht.

Zu Abschnitt 2 (Organisationen für Herstellerverantwortung)

Zu § 7 (Pflicht zur Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung)

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt die Grundpflicht aller Hersteller, sich an einer Organisation für Herstellerverantwortung zu beteiligen und legt damit erstmals eine Verpflichtung zur kollektiven Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für alle Batteriekategorien fest. In Abkehr zur bisherigen Rechtslage sind die Hersteller damit nicht mehr verpflichtet, ein Rücknahmesystem selbst zu betreiben. Zudem wird die gelebte Praxis im Gerätealtbatteriebereich, die Pflichten durch kollektive Systeme zu erfüllen, auch auf Altbatterien für leichte Verkehrsmittel sowie auf Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien ausgeweitet. Die Pflicht zur Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung ist vor dem Hintergrund des in allen Batteriekategorien zunehmenden Anteils an lithiumhaltigen Batterien und den damit verbundenen Gefahren bei einem nicht sachgemäßen Umgang mit diesen in der Abfallphase gerechtfertigt. Insbesondere wird so sichergestellt, dass zurücknehmende Akteure ihre Altbatterien den Herstellern zur Entsorgung zur Verfügung stellen können. Eine individuelle Wahrnehmung der Herstellerverantwortung würde die Übergabe der gesammelten Altbatterien durch die zurücknehmenden Akteure erschweren und damit die Gefahr einer unsachgemäßen Entsorgung eröffnen. Gerade bei lithiumhaltigen Altbatterien ist eine ordnungsgemäße Erfassung und Entsorgung jedoch von besonderer Bedeutung. Daneben fallen alle Batteriekategorien auch in privaten Haushalten als Abfall an. Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass den privaten Endnutzern eine leichte Rückgabe der Altbatterien ermöglicht wird. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Weitergabe der

Altbatterien zur Entsorgung durch den zurücknehmenden Akteur problemlos erfolgen kann. Darüber hinaus bringt eine Kollektivierung der Herstellerpflichten auch Vorteile mit Blick auf den Vollzug der Regelungen sowie im Hinblick auf das erforderliche Datenmonitoring.

Zu Absatz 2

Absatz 2 weist auf die rechtlichen Konsequenzen des Widerrufs einer Zulassung für eine Organisation für Herstellerverantwortung für die bis dahin bei diesen bereits beteiligten Herstellern hin. Danach gilt eine Zulassung für eine Organisation für Herstellerverantwortung ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit des Widerrufs der Zulassung, also grundsätzlich ab der Bekanntgabe, bzw. ab der sonstigen Unwirksamkeit als nicht vorgenommen. Hersteller sind insofern verpflichtet, für den Zeitraum ab der Wirksamkeit des Widerrufs oder der sonstigen Unwirksamkeit eine neue Beteiligung bei einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung vorzunehmen.

Zu § 8 (Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung)

Artikel 58 der Verordnung (EU) 2023/1542 schreibt verpflichtend eine Zulassung für Organisationen für Herstellerverantwortung vor und legt hierfür die grundlegenden Verpflichtungen (Antragstellung, Voraussetzungen für die Erteilung, Fristen, Änderungsmitteilungen bei Änderungen) fest. § 8 ergänzt die Regelungen mit Blick auf die Anforderungen nach Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe a bis d der Richtlinie 2008/98/EG sowie um verfahrensrechtliche Anforderungen nach Artikel 58 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542.

Zu Absatz 1

Absatz 1 legt fest, dass grundsätzlich jeder Betrieb einer Organisation für Herstellerverantwortung der Zulassung durch die zuständige Behörde (§§ 27 ff.) bedarf. Die Zulassung wird pro Batteriekategorie erteilt. Die Zulassung darf nur erteilt werden, wenn die Anforderungen nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie nach Absatz 2 oder 3 erfüllt sind. Auf die Zulassung besteht bereits aus den europarechtlichen Regelungen bei Vorliegen der Voraussetzungen ein Anspruch. Die zuständige Behörde muss innerhalb von 12 Wochen nach Eingang des vollständigen Antrags über diesen entscheiden. Danach gilt die Registrierung entsprechend § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes als erteilt. Die Frist kann nach § 42a Absatz 2 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes einmal angemessen verlängert werden, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. Zudem kann mit Zustimmung des Antragstellers die Frist einvernehmlich verlängert werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 konkretisiert Artikel 58 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 für Organisationen für Herstellerverantwortung, die die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Gerätealtbatterien oder Altbatterien für leichte Verkehrsmittel übernehmen wollen. Die europarechtliche Regelung verweist insofern nur auf die Anforderungen aus Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe a bis d der Richtlinie 2008/98/EG, die der weiteren Ausgestaltung durch dieses Gesetz bedürfen.

Zu Nummer 1

Nummer 1 setzt dabei Artikel 8a Absatz 3 Buchstaben a und b der Richtlinie 2008/98/EG um. Danach haben die Hersteller bzw. Organisationen für Herstellerverantwortung Abfallsammelsysteme in ausreichendem Umfang hinsichtlich eines bestimmten geografischen Gebietes und hinsichtlich der von ihnen in Verkehr gebrachten Batterien bereitzustellen. Dies wird insbesondere durch die Etablierung von Sammelstrukturen entsprechend den Anforderungen nach Artikel 59 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 für Gerätealtbatterien und nach Artikel 60 Absatz 1, 2 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 für Altbatterien für leichte Verkehrsmittel sichergestellt. Hinsichtlich der Regelung in Artikel 59 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe d und Artikel 60 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe d nimmt Nummer

1 darüber hinaus eine Konkretisierung hinsichtlich des zeitlichen Abstandes, wann eine Abholung zu erfolgen hat, sowie hinsichtlich der Menge, ab der eine unentgeltliche Abholung zu erfolgen hat, vor. Die Regelungen orientieren sich dabei an den bisherigen Vorgaben in § 7 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 des Batteriegesetzes.

Zu Nummer 2

Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2008/98/EG fordert, dass Hersteller bzw. Organisationen für Herstellerverantwortung die erforderlichen finanziellen und ggf. auch organisatorischen Mittel vorhalten, um ihren Pflichten nachzukommen. Nummer 2 fordert entsprechend, dass die Organisationen für Herstellerverantwortung ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nachweisen müssen. Die Regelung ist mit Blick auf die besondere Bedeutung der Organisationen für Herstellerverantwortung für das Funktionieren der Sammlung und Verwertung von Altbatterien und durch die Übernahme der Produktverantwortung für die an der jeweiligen Organisation beteiligten Hersteller angezeigt. Absatz 5 konkretisiert, wann die finanzielle Leistungsfähigkeit gegeben ist.

Zu Nummer 3

Da durch die Kollektivierung der Pflichten der Herstellerverantwortung den Organisationen für Herstellerverantwortung eine besondere Rolle auch bei der Datenerhebung zukommt, müssen diese im Rahmen der Zulassung auch nachweisen, dass die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, damit die Berichterstattungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung nach Artikel 75 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 auch erfüllt werden können.

Zu Nummer 4

Nummer 4 setzt Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2008/98/EG um. Organisationen für Herstellerverantwortung müssen danach einen Eigenkontrollmechanismus etablieren, mit dem sie die Einhaltung der Pflichten für Herstellerverantwortung selbst kontrollieren. Gemäß Artikel 58 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 ist dieser Eigenkontrollmechanismus mindestens alle drei Jahre sowie auf Verlangen der zuständigen Behörde zur Anwendung zu bringen. Sofern dies von der zuständigen Behörde als erforderlich angesehen wird, sind zudem ein Eigenkontrollbericht sowie ggf. eine Korrekturmaßnahmenplan durch die Organisation für Herstellerverantwortung zu erstellen und die Korrekturmaßnahmen umzusetzen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 konkretisiert Artikel 58 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 für Organisationen für Herstellerverantwortung, die die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Starter-, Industrie oder Elektrofahrzeugaltbatterien übernehmen wollen. Die europarechtliche Regelung verweist insofern nur auf die Anforderungen aus Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe a bis d der Richtlinie 2008/98/EG, die der weiteren Ausgestaltung durch dieses Gesetz bedürfen.

Zu Nummer 1

Nummer 1 setzt dabei Artikel 8a Absatz 3 Buchstaben a und b der Richtlinie 2008/98/EG um. Danach haben die Hersteller bzw. Organisationen für Herstellerverantwortung Abfallsammelsysteme in ausreichendem Umfang hinsichtlich eines bestimmten geografischen Gebietes und hinsichtlich der von ihnen in Verkehr gebrachten Batterien bereitzustellen. Hierzu haben sie allen zurücknehmenden Akteuren eine zumutbare und kostenlose Möglichkeit der Rückgabe anzubieten. Die Regelung entspricht im Wesentlichen der bisherigen Struktur der Rücknahme und Entsorgung von Fahrzeug- und Industriebatterien und wird

auf die Elektrofahrzeugbatterien erweitert. Eine Verpflichtung zur Übergabe der gesammelten Altbatterien an die Organisationen für Herstellerverantwortung für die sammelnden Akteure besteht jedoch nicht.

Zu Nummer 2

Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2008/98/EG fordert, dass Hersteller bzw. Organisationen für Herstellerverantwortung die erforderlichen finanziellen und ggf. auch organisatorischen Mittel vorhalten, um ihren Pflichten nachzukommen. Nummer 2 fordert entsprechend, dass die Organisationen für Herstellerverantwortung ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nachweisen müssen. Die Regelung ist mit Blick auf die besondere Bedeutung der Organisationen für Herstellerverantwortung für das Funktionieren der Sammlung und Verwertung von Altbatterien und durch die Übernahme der Produktverantwortung für die an der jeweiligen Organisation beteiligten Hersteller angezeigt. Absatz 5 konkretisiert, wann die finanzielle Leistungsfähigkeit gegeben ist.

Zu Nummer 3

Da durch die Kollektivierung der Pflichten der Herstellerverantwortung den Organisationen für Herstellerverantwortung eine besondere Rolle auch bei der Datenerhebung zukommt, müssen diese im Rahmen der Zulassung auch nachweisen, dass die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, damit die Berichterstattungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung nach Artikel 75 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 auch erfüllt werden können.

Zu Nummer 4

Nummer 4 setzt Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2008/98/EG um. Organisationen für Herstellerverantwortung müssen danach einen Eigenkontrollmechanismus etablieren, mit dem sie die Einhaltung der Pflichten für Herstellerverantwortung selbst kontrollieren. Gemäß Artikel 58 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 ist dieser Eigenkontrollmechanismus mindestens alle drei Jahre sowie auf Verlangen der zuständigen Behörde zur Anwendung zu bringen. Sofern dies von der zuständigen Behörde als erforderlich angesehen wird, sind zudem ein Eigenkontrollbericht sowie ggf. eine Korrekturmaßnahmenplan durch die Organisation für Herstellerverantwortung zu erstellen und die Korrekturmaßnahmen umzusetzen.

Zu Absatz 4

Absatz 2 und Absatz 3 fordern jeweils, dass die Organisationen für Herstellerverantwortung ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nachweisen. Die Voraussetzung „finanzielle Leistungsfähigkeit“ muss zu jedem Zeitpunkt gegeben sein. Unter welchen Umständen die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Systems gegeben oder nicht gegeben ist, wird in Absatz 4 normiert. Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2008/98/EG. Danach müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Organisationen, die für Hersteller Verpflichtungen der erweiterten Herstellerverantwortung wahrnehmen, über die erforderlichen finanziellen Mittel oder finanziellen und organisatorischen Mittel verfügen, um ihren Verpflichtungen im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung nachzukommen. Daneben tritt zudem die Verpflichtung zur Erbringung einer Sicherheitsleistung nach § 9.

Absatz 4 regelt, unter welchen Umständen die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Organisation für Herstellerverantwortung gegeben oder nicht gegeben ist. Diese Anforderung an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Systems verfolgt das Ziel, die ordnungsgemäße Erfüllung der Pflichten des Systems zu gewährleisten. Die Regelung orientiert sich an § 6c in Verbindung mit Anlage 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. In jedem Fall zu übermitteln sind jeweils der handelsrechtliche Jahresabschluss oder, sofern ein solcher nicht vorhanden ist, eine Vermögensübersicht, sowie in beiden Fällen zusätzlich ein handelsrechtlicher

Prüfungsbericht im Sinne des § 321 des Handelsgesetzbuches. Absatz 5 Satz 4 nennt die Mindestanforderungen, die für die Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit zu übermitteln sind. Die dort genannten Informationen werden größtenteils bereits in den Jahresabschlüssen enthalten sein. Weitere, für die Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit im Einzelfall geeignete Unterlagen nach Absatz 5 Satz 5 können bei Zweifeln an der fristgerechten Entrichtung von Steuer- und Sozialabgaben insbesondere aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigungen der zuständigen Finanzbehörden und der Sozialversicherungsträger sein. Bei Zweifeln an der finanziellen Leistungsfähigkeit kann zudem insbesondere die Vorlage einer 12-Monats-Planung angefordert werden.

Zu Absatz 5

Wie auch schon bislang in § 7 Absatz 2 BattG geregelt, ist nach Absatz 5 das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen durch die Organisationen für Herstellerverantwortung nachzuweisen. Hierfür bedarf es auch weiterhin eines Gutachtens durch einen unabhängigen Sachverständigen. Dies gilt insbesondere auch für das Erreichen der Sammelquoten nach Artikel 59 Absatz 3 und Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542. Die Pflicht zur Vorlage eines Sachverständigengutachtens gilt zudem auch für den Eigenkontrollbericht, bei der regelmäßigen Überprüfung der Zulassungsvoraussetzungen und im Verfahren über einen Widerruf der Zulassung. Satz 3 stellt zudem klar, dass im Rahmen des Monitorings oder auch im Rahmen eines Widerrufsverfahrens auch über die Zielerreichung oder Vorgabeneinhaltung in der Vergangenheit ein Sachverständigengutachten beizubringen ist.

Zu Absatz 6

Absatz 6 begrenzt die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung auf ein Höchstgewicht an Batterien, die die beteiligten Hersteller voraussichtlich in Verkehr bringen werden. Die Regelung ist mit Blick auf die zu stellende Sicherheitsleistung nach § 9 erforderlich. Die Höhe der Sicherheitsleistung orientiert sich u.a. auch an der von den beteiligten Herstellern in Verkehr gebrachten Menge, um sicherzustellen, dass eine ausreichende Absicherung für den Wegfall der Organisation für Herstellerverantwortung gegeben ist. Sofern im Laufe des Kalenderjahres die Pflichtenwahrnehmungsgrenze überschritten wird, hat die Organisation für Herstellerverantwortung dies der zuständigen Behörde gemäß Absatz 8 mitzuteilen. In diesem Fall ist auch die Sicherheitsleistung nach § 9 aufzustocken.

Zu Absatz 7

Absatz 7 ermöglicht der zuständigen Behörde, die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung auch nachträglich mit Auflagen zu verbinden, wenn dies notwendig erscheint, um die Einhaltung der Verwertungsanforderungen nach Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 und der grundlegenden Vorgaben aus Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542, die durch Absatz 2 bis 6 konkretisiert werden, sicherzustellen.

Zu Absatz 8

Absatz 8 nimmt eine ergänzende Regelung zu Artikel 58 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 vor. Danach sind grundsätzlich alle Änderungen von in der Zulassung enthaltenen Informationen, alle die Modalitäten der Zulassung betreffende Änderungen und die dauerhafte Einstellung der Tätigkeit der zuständigen Behörde zu übermitteln. Absatz 8 nimmt eine weitere Mitteilungspflicht für die Organisationen der Herstellerverantwortung mit Blick auf Änderungen hinsichtlich der Pflichtenwahrnehmungsgrenze nach Absatz 6 vor.

Zu Absatz 9

Absatz 9 regelt die verfahrenstechnischen Voraussetzungen für das Genehmigungsverfahren. Zur Verwaltungsvereinfachung sind der Antrag auf Genehmigung als Organisation für Herstellerverantwortung und die Übermittlung der Nachweise hierzu der zuständigen Behörde über das elektronische Datenverarbeitungssystem zuzuleiten. Gemäß Satz 2 können

Ausnahmen hiervon zugelassen werden. Satz 3 regelt, dass bei der Kommunikation mit den Herstellern oder deren Bevollmächtigten und den Organisationen für Herstellerverantwortung die zuständige Behörde die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung oder einen Zugang für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen kann. Damit kann – wie bereits nach § 4 Absatz 3 des Batteriegesetzes und § 37 Absatz 3 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes – auch die Verwendung eines Postfachs in Sinne des § 2 Absatz 7 Onlinezugangsgesetz, das Bestandteil eines Nutzerkontos nach § 2 Absatz 5 Onlinezugangsgesetz ist, und Einwilligung in eine Bekanntgabe gemäß § 9 Onlinezugangsgesetz verlangt werden. Entsprechende Anforderungen sind gemäß Satz 4 auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.

Zu § 9 (Sicherheitsleistung)

Artikel 58 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 fordert von den Organisationen für Herstellerverantwortung die Leistung einer Sicherheit zur Deckung der Kosten, die entstehen, sollte eine Organisation für Herstellerverantwortung die Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung nicht erfüllen. § 9 nimmt hierzu konkretisierende Regelungen vor.

Zu Absatz 1

Absatz 1 verpflichtet alle Organisationen für Herstellerverantwortung zur Leistung einer insolvenz sicheren Sicherheit für die Rücknahme und Entsorgung der Altbatterien, die die angeschlossenen Hersteller erstmals auf dem deutschen Markt bereitgestellt haben. Zweck der Sicherheitsleistung ist es, die Finanzierung der späteren Entsorgung von Altbatterien, die mitunter eine lange Lebensdauer haben, sicherzustellen. Die Sicherheit ist im Rahmen der Zulassung nach § 8 nachzuweisen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 Satz 1 beschreibt die möglichen Formen der Sicherheitsleistung. Die Regelung ist an § 7 Absatz 2 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes angelehnt. Die zuständige Behörde hat darüber zu entscheiden, wann eine Sicherheitsleistung nach den Vorgaben des Gesetzes ausreichend ist. Wesentlich ist, dass die Sicherheit – anders als im Elektro- und Elektronikgerätegesetz – Ansprüche der zuständigen Behörde bzw. im Fall der Beleihung die Ansprüche der Beliehenen für den Fall einer behördlichen Ersatzvornahme und auch Ausgleichsansprüche anderer Organisationen für Herstellerverantwortung abzusichern hat. Satz 2 stellt klar, dass die formularmäßige Übernahme einer Bürgschaft oder Garantie auf erstes Anfordern durch ein Kreditinstitut oder einen Kreditversicherer nach Satz 1 Nummer 1 und 2 nicht gegen die zivilrechtlichen Vorschriften zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen verstößt.

Zu Absatz 3

Absatz 3 beschreibt, wann regelmäßig von einer ausreichend hohen Sicherheitsleistung ausgegangen werden kann. Dabei sind insbesondere die Pflichtenwahrnehmungsgrenze, die bei der Zulassung durch die Menge an in Verkehr gebrachten Batterien bestimmt wird, und der Ausgleichssatz, den die zuständige Behörde nach § 29 Absatz 7 festlegt, maßgeblich.

Zu Absatz 4

Nach Absatz 4 hat die zuständige Behörde die Höhe der geleisteten Sicherheit regelmäßig zu überprüfen. Insbesondere, wenn die Menge an in Verkehr gebrachten Batterien durch die beteiligten Hersteller die Pflichtenwahrnehmungsgrenze der Organisation für Herstellerverantwortung übersteigt, bedarf es einer Anpassung der Sicherheitsleistung. Satz 2 gibt der zuständigen Behörde in diesem Fall die Möglichkeit, die Anpassung der erbrachten

Sicherheitsleistung anzuordnen. Kommt die Organisation für Herstellerverantwortung dieser Anordnung nicht innerhalb eines Monats nach, so ist die zuständige Behörde nach Satz 3 befugt, die Zulassung der Organisation für Herstellerverantwortung zu widerrufen.

Zu § 10 (Ökologische Gestaltung der Beiträge)

Zu Absatz 1

Absatz 1 setzt Artikel 8a Absatz 4 Buchstabe b der Richtlinie 2008/98/EG um und orientiert sich dabei auch an den Vorgaben nach Artikel 57 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542.

Zu Absatz 2

Mit Absatz 2 wird den Organisationen für Herstellerverantwortung die Pflicht auferlegt, über die Umsetzung der Vorgaben nach Absatz 1 jährlich dem Umweltbundesamt zu berichten. Satz 2 gibt dem Umweltbundesamt das Recht, diese Berichte auf Plausibilität zu überprüfen. Nach Satz 3 erhält es zudem die Möglichkeit, einheitliche Vorgaben hinsichtlich der Form der von den Organisationen für Herstellerverantwortung einzureichenden Berichte zur Umsetzung von § 10 Absatz 1 zu beschließen und zu veröffentlichen. Durch solche einheitlichen Vorgaben soll die Vergleichbarkeit der Berichte verbessert werden, um der zuständigen Behörde die Prüfung der Berichte zu erleichtern, aber auch, um den Marktakteuren im Falle einer Veröffentlichung der Berichte einen besseren Leistungsvergleich zwischen den Organisationen für Herstellerverantwortung zu ermöglichen. Die Vorgaben dürfen sich auf die äußere Gestaltung und den inhaltlichen Aufbau der Berichte beziehen, jedoch keine über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden inhaltlichen Pflichtangaben vorsehen.

Zu § 11 (Pflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung)

§ 11 legt die grundlegenden Pflichten für Organisationen für Herstellerverantwortung im Zusammenhang mit der Rücknahme und Entsorgung von Altbatterien fest.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 haben die Organisationen für Herstellerverantwortung gesammelte Altbatterien von den sammelnden Akteuren zurückzunehmen und diese einer ordnungsgemäßen Verwertung zuzuführen. Für Gerätealtbatterien bedeutet dies, dass von den angeschlossenen Sammelstellen (Händler, öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, Behandlungsanlagen für Elektro- und Elektronik-Altgeräte und Altfahrzeuge sowie freiwilligen Sammelstellen) entsprechend den Anforderungen des Artikel 59 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 Gerätealtbatterien zurückgenommen werden. Hierfür sind allen in Artikel 59 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 genannten Personen oder Stellen die unentgeltliche Abholung von Gerätealtbatterien anzubieten und von den angeschlossenen Sammelstellen für Gerätealtbatterien die dort gesammelten Altbatterien kostenlos zurückzunehmen. Sie stellen den angeschlossenen Sammelstellen hierfür kostenlos geeignete Behältnisse zur Sammlung zur Verfügung, die auch den Anforderungen nach dem Gefahrgutrecht Rechnung tragen. Die Abholung muss dabei in Abständen erfolgen, die der Menge und Gefährlichkeit der üblicherweise gesammelten Gerätealtbatterien Rechnung trägt. Für Händler und freiwillige Sammelstellen ist in der Regel davon auszugehen, dass bei einer Abholmasse von 50kg eine Abholung erforderlich erscheint, bei öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und Behandlungsanlagen für Elektro- und Elektronik-Altgeräte bei einer Abholmasse von 180kg. Eine Abholung sollte in der Regel innerhalb eines Zeitraumes von 15 Werktagen erfolgen. Ebenso verhält es sich bei der Pflicht der Organisationen für Herstellerverantwortung für Altbatterien für leichte Verkehrsmittel, bei der die Vorgaben des Artikel 60 Absatz 1, 2 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu beachten sind.

Für Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien haben die Organisationen für Herstellerverantwortung entsprechend Artikel 60 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 den Sammelstellen ein Angebot zur unentgeltlichen Rücknahme der zurückgenommenen Altbatterien zu unterbreiten. Die Sammelstellen sind jedoch nicht zur Übergabe der Altbatterien an eine Organisation für Herstellerverantwortung verpflichtet. Sofern Sammelstellen von dem Angebot Gebrauch machen, sind die Anforderungen des Artikel 61 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu berücksichtigen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 erstreckt die Verpflichtung der Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 1 auf Altbatterien, die bei der Behandlung von Altgeräten nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) oder bei der Behandlung von Altfahrzeugen nach der Altfahrzeug-Verordnung (AltfahrzeugV) in den dafür jeweils vorgesehenen Behandlungsanlagen anfallen. Er regelt mithin die Schnittstelle zwischen den Rücknahmesystemen für Altgeräte bzw. Altfahrzeuge und den Rücknahmesystemen für Altbatterien. Die in Altgeräten und Altfahrzeugen eingebauten Altbatterien unterliegen bis zum Ausbau in der Behandlungseinrichtung der Produktverantwortung der Geräte- und Fahrzeughersteller und gehen mit dem Ausbau in die Produktverantwortung der Batteriehersteller über.

Zu Absatz 3

In Umsetzung von Art. 8a Absatz 3 Buchstabe e der Richtlinie 2008/98/EG und Artikel 57 Absatz 5 und 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 haben die Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 3 bestimmte Angaben jährlich bis zum 31. Mai zu veröffentlichen. Dies betrifft zum einen die Eigentums- und Mitgliederverhältnisse, die geleisteten finanziellen Beiträge der angeschlossenen Hersteller bzw. Bevollmächtigten und das Verfahren für die Auswahl der Entsorgungsleistung. Unter Mitglieder sind dabei Hersteller bzw. deren Bevollmächtigte zu verstehen, die die Organisationen für Herstellerverantwortung beauftragt haben. Bei der Veröffentlichung sind jedoch auch die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der jeweiligen Organisationen für Herstellerverantwortung bzw. der dahinterstehenden Hersteller und Bevollmächtigten zu berücksichtigen. Die Veröffentlichungspflicht bezieht sich mithin nur auf solche Angaben, die keine Rückschlüsse auf entsprechende Daten zulassen. Die Veröffentlichungspflicht umfasst daneben auch die erreichten Sammelquoten, Recyclingeffizienzen nach Anhang XII Teil B der Verordnung (EU) 2023/1542 und Quoten für die stoffliche Verwertung nach Anhang XII Teil C der Verordnung (EU) 2023/1542.

Zu Absatz 4

Nach Absatz 4 trifft die Organisationen für Herstellerverantwortung auch die Pflicht, die von ihnen nach dem in Artikel 58 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannten Verfahren ausgewählten Abfallbewirtschafter der zuständigen Behörde mitzuteilen. Die Anzeige ist von besonderer Bedeutung, da diese dazu dient, eine Liste aller ausgewählter Abfallbewirtschafter zu erstellen und den Endnutzern sowie Vollzugsbehörden zur Verfügung zu stellen. Nur diese sind im Bereich der Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien berechtigt, diese anstelle der Organisationen für Herstellerverantwortung von den sammelnden Akteuren zu übernehmen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Dafür müssen sie jedoch von den Organisationen für Herstellerverantwortung in einem Verfahren nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählt worden sein. In diesem Fall treffen den ausgewählten Abfallbewirtschafter auch die Mitteilungspflichten nach § 26. Bei der Anzeige anzugeben sind sowohl die Anschrift als auch die Kontaktinformationen des Abfallbewirtschafters. Ergeben sich Änderungen an der Beauftragung des ausgewählten Abfallbewirtschafters sind diese der zuständigen Behörde ebenfalls unverzüglich mitzuteilen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 trifft die notwendigen Regelungen, damit die Hersteller von Geräte- und LV-Batterien ihrer Pflicht zur umfänglichen Kostentragung nach Artikel 56 Absatz 4 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 nachkommen. Da die Abfallanalyse eine Verpflichtung des Mitgliedstaates ist, bedarf es eines Kostenerstattungsanspruchs gegenüber den Organisationen für Herstellerverantwortung, die für die betroffenen Batterien zugelassen sind.

Zu § 12 (Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung)

§ 12 regelt die Folgen eines Wegfalls einer Organisation für Herstellerverantwortung. Aufgrund der Regelung in § 65 Absatz 1 müssen sich alle Hersteller, die sich bisher bei der weggefallenen Organisation beteiligt haben, gemäß § 7 Absatz 1 an einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung beteiligen. Auch die Sammelstellen müssen sich ggf. eine neue Organisation für Herstellerverantwortung suchen, denen sie ihre gesammelten Altbatterien zur Entsorgung übergeben.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 haben Organisationen für Herstellerverantwortung, deren Zulassung widerrufen oder unwirksam wird, der zuständigen Behörde unverzüglich alle Informationen nach Artikel 75 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie § 25 zu übermitteln. Die Übermittlung der Daten ist erforderlich, um eine eventuelle Untererfüllung der deutschlandweiten Sammelquoten abwenden zu können.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt in diesem Zusammenhang die Auffangsammlungspflicht der noch am Markt tätigen Organisationen für Herstellerverantwortung. Stellt sich nach Prüfung der nach Absatz 1 übermittelten Daten heraus, dass die weggefallene Organisation für Herstellerverantwortung mit Blick auf ihre Pflichtenwahrnehmungsgrenze nicht ausreichend Altbatterien gesammelt oder andere Pflichten nicht erfüllt hat, so trifft die verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung die Pflicht, die noch nicht erfüllten Verpflichtungen zu erfüllen.

Zu Absatz 3

Als Ausgleich für die nach Absatz 2 entstehende Auffangsammlungspflicht gibt Absatz 3 den verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung einen Anspruch auf Ausgleich der entstehenden Kosten gegenüber der ausscheidenden Organisation für Herstellerverantwortung. Die Befriedigung der Ansprüche erfolgt dabei aus der geleisteten Sicherheit nach § 9. Zur Berechnung des Ausgleichsanspruchs legt Satz 2 fest, dass die Menge an zusätzlich gesammelten Altbatterien durch die jeweilige Organisation für Herstellerverantwortung gemäß der Auffangsammlungspflicht mit den Ausgleichssätzen nach § 29 Absatz 7 zu multiplizieren ist. Maßgeblich sind nach Satz 3 die Ausgleichssätze zum Zeitpunkt des Widerrufs oder der Unwirksamkeit der Zulassung.

Zu Abschnitt 3 (Rücknahme von Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel)

Zu § 13 (Sammelziele)

Artikel 59 Absatz 3 und Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 legen die Sammelziele für Organisationen für Herstellerverantwortung für Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel fest. Anhang XI gibt dabei die Berechnungsweise vor. § 13 nimmt hierzu ergänzende und abweichende Regelungen vor.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt in Abweichung von Artikel 59 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 für den Zeitraum vom Inkrafttreten des Gesetzes bis zum Ablauf des Kalenderjahres 2026 eine Sammelquote für Gerätealtbatterien von 50 %. Die Regelung knüpft an die bereits bestehende höhere Sammelquote in § 16 Absatz 1 des Batteriegesetzes an. Danach müssen die Rücknahmesysteme für Gerätebatterien bereits heute eine Sammelquote von 50 % erreichen. Vor dem Hintergrund, dass die Regelungen in Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 auf Artikel 192 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) gestützt ist, ist die Beibehaltung der gegenüber der Verordnung (EU) 2023/1542 höheren Sammelvorgabe eine verstärkte Schutzmaßnahme im Sinne von Artikel 193 AEUV.

Zu Absatz 2

Die Berechnung der Sammelquote für Gerätealtbatterien wird bereits durch Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 vorgegeben. Absatz 2 nimmt hierzu eine ergänzende Regelung mit Blick auf die Berücksichtigung von Blei-Säure-Gerätealtbatterien vor, die bereits nach der geltenden Rechtslage nach § 16 Absatz 2 Satz 2 des Batteriegesetzes gilt. Diese dürfen nur insoweit für die Berechnung der Sammelquote herangezogen werden, als sie die durchschnittliche Menge an in Verkehr gebrachten bleihaltigen Gerätebatterien durch die Hersteller der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung nicht übersteigt. Hierdurch sollen Missbrauchsmöglichkeiten und einem Rosinenpicken aufgrund der Werthaltigkeit von Blei-Säure-Alt-batterien unterbunden werden.

Zu Absatz 3

Absatz 3 spezifiziert die Berechnung der Sammelquote nach Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542. Danach ist bei der Berechnung der Sammelquote immer darauf abzustellen, welche Hersteller im Berichtsjahr bei der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung beteiligt sind. Für diese Hersteller sind sämtliche Mengen in die Berechnung der Sammelquote einzubeziehen, welche die betroffenen Hersteller in den drei Vorjahren erstmals auf dem Markt bereitgestellt haben. Ob er in diesen Vorjahren selbst bei der Organisation für Herstellerverantwortung beteiligt war oder bei einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung ist unerheblich. Denn bei einem Wechsel eines Herstellers von einer Organisation für Herstellerverantwortung zu einer anderen, nimmt der Hersteller die Mengen, die er in den Vorjahren erstmals auf dem Markt bereitgestellt hat, grundsätzlich zur anderen Organisation für Herstellerverantwortung mit. Sobald der Hersteller in einem Kalenderjahr überhaupt nicht mehr – auch nicht für einen Teilzeitraum dieses Jahres – bei einer bestimmten Organisation für Herstellerverantwortung, sondern stattdessen bei einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung beteiligt ist, ist auch die Organisation der früheren Beteiligung nicht mehr verpflichtet, über die Mengen des gewechselten Herstellers zu berichten und diese in die Sammelquotenberechnung einzustellen.

Zu Absatz 4

Nach Absatz 4 wird klargestellt, wie der unterjährige Wechsel eines Herstellers von einer Organisation für Herstellerverantwortung zu einer anderen und der Austritt eines Herstellers aus dem Markt bei der Berechnung der Sammelquote zu berücksichtigen sind. Bei der Berechnung der Sammelquote ist zukünftig der Anteil des Zeitraums an dem Kalenderjahr maßgeblich, in dem der wechselnde Hersteller bei den jeweiligen Organisationen für Herstellerverantwortung beteiligt war. Wechselt der Hersteller demnach beispielsweise zur Jahreshälfte, ist die bisherige Organisation für Herstellerverantwortung verpflichtet, für das betreffende Kalenderjahr (Berichtsjahr) den Durchschnitt der erstmals auf dem Markt bereitgestellten Batterien aus den drei Vorjahren hälftig bei der Berechnung der Sammelquote anzusetzen. Gleiches gilt für die neue Organisation für Herstellerverantwortung. Im folgen-

den Berichtsjahr greift dann die Regelung nach Absatz 3, wonach nur noch die neue Organisation für Herstellerverantwortung den bei ihr beteiligten Hersteller mit seinen in den drei Vorjahren erstmals auf den Markt bereitgestellten Batterien in die Berechnung der Sammelquote einzustellen hat. Die Berechnung ist dabei auch für Altbatterien für leichte Verkehrsmittel und das Erreichen der entsprechenden Sammelquote anzuwenden. Satz 2 trifft zudem eine Regelung für den Fall, dass ein Hersteller nach Beendigung einer Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung sich nicht bei einer neuen Organisation für Herstellerverantwortung beteiligt, z.B. weil dieser keine Batterien mehr auf dem Markt im Geltungsbereich dieses Gesetzes bereitstellt. In diesem Fall verbleiben die Mengen der Vorjahre bei der Organisation für Herstellerverantwortung, die der Hersteller zuletzt beauftragt hatte. Der Hersteller gilt für drei Kalenderjahre nach dem Marktaustritt noch bei der zuletzt beauftragten Organisation als beteiligt und infolgedessen sind die von ihm auf dem Markt bereitgestellten Batterien weiter von dieser Organisation für Herstellerverantwortung bei der Berechnung der Sammelquote zu berücksichtigen. Maßgeblich sind nach Absatz 3 auch hier die in den jeweiligen drei Jahren vor dem Berichtsjahr, also dem Kalenderjahr, für das die Sammelquote zu bestimmen ist, im Durchschnitt auf dem Markt bereitgestellten Batterien. Dadurch ergibt sich bei der zuletzt beauftragten Organisation für Herstellerverantwortung ab dem vierten Kalenderjahr nach Marktaustritt kein Ansatz mehr für den aus dem Markt ausgetretenen Hersteller.

Zu Absatz 5

Sofern Hersteller von einer Organisation für Herstellerverantwortung zu einer anderen wechseln, müssen die neuen Organisationen für Herstellerverantwortung die Mengen, die von ihren beteiligten Herstellern in den Vorjahren erstmals auf dem Markt bereitgestellt wurden, entweder vollständig oder bei unterjährigem Wechsel anteilig in die Berechnung der Sammelquote einbeziehen. Die Vorgabe nach Absatz 5 soll sicherstellen, dass die Hersteller den Organisationen für Herstellerverantwortung Auskunft über die Mengen geben, die in den entsprechenden Vorjahren erstmals auf den Markt bereitgestellt wurden.

Zu § 14 (Rücknahmepflichten der Händler)

Artikel 62 der Verordnung (EU) 2023/1542 verpflichtet die Händler von Batterien zur kostenlosen Rücknahme von entsprechenden Altbatterien. § 14 nimmt hierzu ergänzende Regelungen mit Blick auf die Rücknahme von Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel vor.

Zu Absatz 1

Zur besseren Verständlichkeit der Regelungen wiederholt Absatz 1 die bereits in Artikel 62 der Verordnung (EU) 2023/1542 enthaltene Vorschrift, nach der Händler von Batterien vom Endnutzer unentgeltlich Altbatterien zurückzunehmen haben. Die Regelung wird dabei ergänzt von der Bestimmung, dass die Rücknahme der Altbatterien sich auch nicht an der Baugröße der Batterie und an deren Beschaffenheit orientieren kann. Die Rücknahme ist dabei auf solche Batteriekategorien beschränkt, die der Händler auch in seinem Sortiment führt oder geführt hat. Satz 3 nimmt Altbatterien, die in andere Produkte fest eingebaut sind, von der Rücknahmepflicht nach Satz 1 aus und stellt zugleich klar, dass die Regelungen des ElektroG für Elektro- und Elektronik-Altgeräte sowie der AltfahrzeugV für Altfahrzeuge (einschließlich der jeweils eingebauten Batterien) unberührt bleiben. Hierdurch wird vermieden, dass Produkte mit fest eingebauten Batterien über die hierfür ungeeigneten Rücknahmewege für Altbatterien zurückgeführt werden. Altbatterien, die entsprechend § 10 Absatz 1 Satz 2 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes aus Elektrogeräten hingegen durch den Endnutzer ausgebaut wurden, sind direkt den Entsorgungsstrukturen nach der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach diesem Gesetz zuzuführen und können damit ebenfalls beim Händler abgegeben werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 konkretisiert die Regelungen des Absatzes 1 für den Versandhandel und nimmt ergänzende Regelungen zu Artikel 62 Absatz 4 und 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 vor.

Zu Absatz 3

Absatz 3 macht von der Möglichkeit nach Artikel 68 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 Gebrauch und beschränkt wie auch bisher die Übergabemöglichkeiten der Händler. Danach sind die zurückgenommenen Gerätealtbatterien oder Altbatterien für leichte Verkehrsmittel durch die Händler einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 zu überlassen. Die Händler können dabei unabhängig von Hersteller und Marke die zurückgenommenen Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel der Organisation für Herstellerverantwortung, mit der zusammengearbeitet wird, übergeben. Die Organisation für Herstellerverantwortung kann die Annahme nicht ablehnen, nur, weil ein Hersteller einer zurückgenommenen Gerätealtbatterie oder einer Altbatterie für leichte Verkehrsmittel nicht bei ihm verbunden ist. Die Bindung an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt dabei für mindestens 12 Monate und kann nur mit dreimonatiger Frist gekündigt werden. Sofern keine Kündigung erfolgt oder die Kündigungsfrist nicht eingehalten wird, verlängert sich die Laufzeit um mindestens weitere 12 Monate. Die Regelungen gelten hingegen nicht, wenn eine Organisation für Herstellerverantwortung während der Laufzeit die Zulassung verliert (s. Satz 5). In diesen Fällen muss sichergestellt sein, dass trotz bestehender Vereinbarung ein Wechsel zu einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung möglich ist.

Zu § 15 (Mitwirkung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger)

Satz 1 verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zur unentgeltlichen Rücknahme von Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel vom Endnutzer. Die Regelung weitet die bisherige Rücknahmepflicht auf sämtliche Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel aus. Sie umfasst auch solche Altbatterien, die entsprechend § 10 Absatz 1 Satz 2 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes aus Elektrogeräten ausgebaut wurden. Die Sätze 2 und 3 machen von der Möglichkeit nach Artikel 68 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 Gebrauch und sieht auch wie bisher vor, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger die durch sie gesammelten Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 zu überlassen haben. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger können dabei unabhängig von Hersteller und Marke die zurückgenommenen Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel der Organisation für Herstellerverantwortung, mit der zusammengearbeitet wird, übergeben. Die Organisation für Herstellerverantwortung kann die Annahme nicht ablehnen, nur weil ein Hersteller einer zurückgenommenen Gerätealtbatterie oder Altbatterie für leichte Verkehrsmittel nicht bei ihm verbunden ist. Die Bindung an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt auch hier gemäß den Sätzen 4 und 5 für mindestens 12 Monate bei einer dreimonatigen Kündigungsfrist. Sofern keine Kündigung erfolgt oder die Kündigungsfrist nicht eingehalten wird, verlängert sich die Laufzeit um mindestens weitere 12 Monate. Die Regelungen gelten hingegen nicht, wenn eine Organisation für Herstellerverantwortung während der Laufzeit die Zulassung verliert (s. Satz 5). In diesen Fällen muss sichergestellt sein, dass trotz bestehender Vereinbarung ein Wechsel zu einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung möglich ist.

Zu § 16 (Mitwirkung von freiwilligen Sammelstellen)

§ 16 regelt die Mitwirkung von freiwilligen Sammelstellen bei der Rücknahme von Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel. Der Begriff der freiwilligen Sammelstelle wird in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 55 der Verordnung (EU) 2023/1542 definiert. Sofern sich entsprechende Unternehmen oder Organisationen an der Rücknahme von Ge-

rätealtbatterien oder Altbatterien für leichte Verkehrsmittel beteiligen, müssen die auf diesem Weg gesammelten Altbatterien einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 überlassen werden. Gemäß Artikel 59 Absatz Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 haben die Organisationen für Herstellerverantwortung ihnen für die unentgeltliche Abholung entsprechende Angebote zu unterbreiten. Die freiwilligen Sammelstellen haben dabei unabhängig von Hersteller und Marke die zurückgenommenen Gerätealtbatterien oder Altbatterien für leichte Verkehrsmittel der Organisation für Herstellerverantwortung, mit dem zusammengearbeitet wird, zu übergeben. Insofern wird von der Möglichkeit nach Artikel 68 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 Gebrauch gemacht. Die Organisation für Herstellerverantwortung kann die Annahme nicht ablehnen, nur, weil ein Hersteller einer zurückgenommenen Gerätealtbatterie oder Altbatterie für leichte Verkehrsmittel nicht bei ihm verbunden ist. Die Bindung an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt auch hier gemäß den neuen Sätzen 4 und 5 für mindestens 12 Monate bei einer dreimonatigen Kündigungsfrist. Sofern keine Kündigung erfolgt oder die Kündigungsfrist nicht eingehalten wird, verlängert sich die Laufzeit um mindestens weitere 12 Monate. Die Regelungen gelten hingegen nicht, wenn eine Organisation für Herstellerverantwortung während der Laufzeit die Zulassung verliert (Satz 6). In diesen Fällen muss sichergestellt sein, dass trotz bestehender Vereinbarung ein Wechsel zu einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung möglich ist. Bei der Vereinbarung zwischen der freiwilligen Sammelstelle und der Organisation für Herstellerverantwortung sind auch Regelungen zur Art und zum Ort der Rückgabe an die Organisation für Herstellerverantwortung zu treffen.

Zu § 17 (Überlassungspflichten Dritter)

§ 17 übernimmt die Regelungen des bisherigen § 12 des Batteriegesetzes. Wie auch bei den Händlern, öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und freiwilligen Sammelstellen wird von der Möglichkeit nach Artikel 68 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 Gebrauch gemacht, die Übergabe der zurückgenommenen Altbatterien zu beschränken. Die Regelungen sehen daher wie bisher vor, dass die Behandlungsanlagen für Elektro- und Elektronik-Altgeräte und für Altfahrzeuge die durch sie gesammelten Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 2 zu überlassen haben (Absatz 1 und 2). Die Behandlungsanlagen können dabei unabhängig von Hersteller und Marke die zurückgenommenen Gerätealtbatterien und Altbatterien für leichte Verkehrsmittel der Organisation für Herstellerverantwortung, mit dem zusammengearbeitet wird, übergeben. Die Organisation für Herstellerverantwortung kann die Annahme nicht ablehnen, nur, weil ein Hersteller einer zurückgenommenen Gerätealtbatterie oder Altbatterie für leichte Verkehrsmittel nicht bei ihm verbunden ist. Die Bindung an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt auch hier gemäß Absatz 3 Satz 1 und 2 für mindestens 12 Monate bei einer dreimonatigen Kündigungsfrist. Sofern keine Kündigung erfolgt oder die Kündigungsfrist nicht eingehalten wird, verlängert sich die Laufzeit um mindestens weitere 12 Monate. Die Regelungen gelten hingegen nicht, wenn eine Organisation für Herstellerverantwortung während der Laufzeit die Zulassung verliert (s. Satz 4). In diesen Fällen muss sichergestellt sein, dass trotz bestehender Vereinbarung ein Wechsel zu einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung möglich ist.

Zu Abschnitt 4 (Rücknahme von Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien)

Zu § 18 (Pflichten der Händler)

Artikel 62 der Verordnung (EU) 2023/1542 verpflichtet die Händler von Batterien zur kostenlosen Rücknahme von entsprechenden Altbatterien. § 18 nimmt hierzu ergänzende Regelungen mit Blick auf die Rücknahme von Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien vor.

Zu Absatz 1

Zur besseren Verständlichkeit der Regelungen wiederholt Absatz 1 die bereits in Artikel 62 der Verordnung (EU) 2023/1542 enthaltene Vorschrift, nach der Händler von Batterien vom Endnutzer unentgeltlich Altbatterien zurückzunehmen haben. Die Rücknahme ist dabei auf solche Batteriekategorien beschränkt, die der Händler auch in seinem Sortiment führt oder geführt hat. Satz 3 nimmt Altbatterien, die in andere Produkte fest eingebaut sind, von der Rücknahmepflicht nach Satz 1 aus und stellt zugleich klar, dass die Regelungen des ElektroG für Elektro- und Elektronik-Altgeräte sowie der AltfahrzeugV für Altfahrzeuge (einschließlich der jeweils eingebauten Batterien) unberührt bleiben. Hierdurch wird vermieden, dass Produkte mit fest eingebauten Batterien über die hierfür ungeeigneten Rücknahmewege für Altbatterien zurückgeführt werden. Altbatterien, die entsprechend § 10 Absatz 1 Satz 2 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes aus Elektrogeräten durch den Endnutzer ausgebaut wurden, sind direkt den Entsorgungsstrukturen nach der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach diesem Gesetz zuzuführen und können damit ebenfalls beim Händler abgegeben werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 konkretisiert die Regelungen des Absatzes 1 für den Versandhandel und nimmt ergänzende Regelungen zu Artikel 62 Absatz 4 und 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 vor.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt, wie mit den durch die Händler zurückgenommenen Starter-, Industrie- und Elektrofahrgaugaltbatterien zu verfahren ist. Diese sind entweder einer Organisation für Herstellerverantwortung oder einem ausgewählten Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu übergeben. Letzterer wird dabei selbst durch die Organisationen für Herstellerverantwortung ausgewählt und wird hierdurch erst zur Entgegennahme gesammelter Altbatterien autorisiert. Soweit der Händler die Altbatterien einem ausgewählten Abfallbewirtschafter mit dem Ziel der Verwertung überlässt, gelten die Anforderungen Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu Gunsten des Händlers als erfüllt.

Zu § 19 (Pfandpflicht für Starterbatterien)

Zu Absatz 1

Absatz 1 beinhaltet unverändert die aus der früheren Batterieverordnung und dem bisherigen Batteriegesetz bereits bekannte und bewährte Pfandregelung für Starterbatterien.

Zu Absatz 2

Absatz 2 nimmt Starterbatterien, die eingebaut in Fahrzeugen an den Endnutzer ab- oder weitergegeben werden, von der Pfandregelung nach Absatz 1 aus.

Zu § 20 (Mitwirkung von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern)

§ 20 gestattet es den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, sich auf freiwilliger Basis an der getrennten Erfassung von Starter- und Industriealtbatterien zu beteiligen. Zugleich werden die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger verpflichtet, freiwillig erfasste Altbatterien den Organisationen für Herstellerverantwortung oder von diesen ausgewählten Abfallbewirtschaftern zu überlassen. Soweit der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger die Altbatterien einem ausgewählten Abfallbewirtschafter mit dem Ziel der Verwertung überlässt, gelten die Anforderungen Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu Gunsten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers als erfüllt.

Zu § 21 (Überlassungspflichten Dritter)

§ 21 Absatz 1 und 2 regeln, wie mit den durch die Behandlungsanlagen für Elektro- und Elektronik-Altgeräte und für Altfahrzeuge zurückgenommenen Starter-, Industrie-, und Elektrofahrzeugaltbatterien zu verfahren ist. Diese sind entweder einer Organisation für Herstellerverantwortung oder einem ausgewählten Abfallbewirtschafter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu übergeben. Letzterer wird dabei selbst durch die Organisationen für Herstellerverantwortung ausgewählt und wird hierdurch erst zur Entgegennahme gesammelter Altbatterien autorisiert. Soweit die Behandlungsanlage die Altbatterien einem ausgewählten Abfallbewirtschafter mit dem Ziel der Verwertung überlässt, gelten die Anforderungen Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu Gunsten der Behandler als erfüllt. Absatz 3 enthält eine entsprechende Regelung auch für Wirtschaftsakteure, die Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien wiederaufarbeiten oder umnutzen. Sofern hierbei Altbatterien anfallen gelten die gleichen Regelungen wie bereits bei den Händlern, öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und Behandlern von Elektro- und Elektronik-Altgeräten und Altfahrzeugen.

Zu Kapitel 3 (Behandlungspflichten)

Zu § 22 (Behandlung und Beseitigung)

Zu Absatz 1

Die Behandlungs- und Verwertungspflichten ergeben sich im Wesentlichen bereits aus Artikel 70 und 71 sowie Anhang XII der Verordnung (EU) 2023/1542. In Absatz 1 wird darüber hinaus klargestellt, dass nicht nur Altbatterien, sondern auch Abfälle der Batterieerzeugung nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 51 der Verordnung (EU) 2023/1542 den gleichen Behandlungsanforderungen unterliegen.

Zu Absatz 2

Artikel 70 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 legt auch fest, dass eine Beseitigung von gesammelten Altbatterien grundsätzlich nicht zulässig ist. Absatz 2 regelt daher lediglich nur noch den Fall, dass Rückstände aus einer Verwertung von Altbatterien verbleiben. Diese dürfen – falls erforderlich – auch weiterhin noch beseitigt werden.

Zu Kapitel 4 (Informationspflichten)

Zu § 23 (Informationspflichten der Händler)

Artikel 74 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 legt bereits die grundlegenden Informationspflichten für die Händler von Batterien fest. § 23 nimmt hierzu ergänzende Regelungen vor.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt die weiteren Hinweispflichten der Händler gegenüber ihren Kundinnen und Kunden. Der Verlauf des Hauptkundenstroms bestimmt sich durch Bereiche, die der Kunde in der Regel unabhängig von seinen konkreten Einkäufen passieren muss; hierzu zählen insbesondere der Eingang, der Kassenbereich und der Ausgang.

Neben den Informationen nach Artikel 74 Absatz 1, 2 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 haben Händler nach Nummer 1 auch darüber zu informieren, dass die Altbatterien im konkreten Handelsgeschäft zurückgegeben werden können. Daneben sind die Endnutzer nach Nummer 2 über ihre generelle Verpflichtung zur Rückgabe von Altbatterien nach § 6 zu informieren.

Zu Absatz 2

Absatz 2 schreibt zudem vor, dass die Händler die durch die Organisationen für Herstellerverantwortung gemeinschaftlich entworfene Kennzeichnung nach § 23 Absatz 3 zu nutzen haben. Die Kennzeichnung ist bereits im Eingangsbereich der Verkaufsstelle anzubringen, damit für den Endnutzer leicht erkennbar ist, dass in diesem konkreten Handelsgeschäft eine Rücknahme von Altbatterien erfolgt.

Zu Absatz 3

Absatz 3 modifiziert Absatz 1 und 2 hinsichtlich der besonderen Situation des Versandhandels, für die nach Artikel 74 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 die Informationspflichten gleichermaßen gelten.

Zu § 24 (Informationspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8)

Artikel 74 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 legt die grundlegenden Informationspflichten für Organisationen für Herstellerverantwortung fest. Ergänzend wird zudem auf Artikel 8a Absatz 2 der Richtlinie 2008/98/EG verwiesen. § 24 konkretisiert diese Vorgaben

Zu Absatz 1

In Umsetzung von Artikel 8a Absatz 2 der Richtlinie 2008/98/EG haben die Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 1 neben den Anforderungen aus Artikel 74 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 die Endnutzer auch über die generelle Verpflichtung der Endnutzer nach § 6 zur getrennten Sammlung, den Sinn und Zweck der getrennten Sammlung von Altbatterien, Abfallvermeidungsmaßnahmen und über Maßnahmen zur Vermeidung von Vermüllung sowie über die Vorbereitung zur Wiederverwendung von Altbatterien zu informieren. Vor dem Hintergrund der mit lithiumhaltigen Altbatterien verbundenen Gefahren haben die Organisationen für Herstellerverantwortung zudem über die möglichen Auswirkungen auch von Lithium in Batterien zu informieren. Dies umfasst dabei eine Information über Risiken sowohl bei der Nutzung als auch bei der Sammlung und Behandlung der lithiumhaltigen Batterien – insbesondere im Hinblick auf mögliche Beschädigungen und dem damit verbundenen Risiko eines Brandes. Zusätzlich ist auch über die am Markt tätigen Organisationen für Herstellerverantwortung und die eingerichteten Rücknahmestellen zu informieren. Zuletzt ist auch die Erläuterung des Sammelstellenlogos nach Absatz 3 vorgesehen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 schreibt den Organisationen für Herstellerverantwortung eine einheitliche Kommunikation an die Endnutzer vor. Entsprechende Informationen sind regelmäßig durchzuführen und sollen sowohl lokale als auch überregionale Maßnahmen beinhalten. Die Information kann dabei durch unterschiedliche Maßnahmen (TV-Spots, Plakatwerbung, Informationsarbeit in Schulen u. a.) erfolgen. Die dadurch bedingte Aufklärung der Endnutzer soll zu besseren Sammel- und Trennergebnissen führen. Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben sich zur Aufgabenerfüllung eines Dritten zu bedienen, um sicherzustellen, dass eine einheitliche und wettbewerbsneutrale Information an den Endnutzer erfolgt. Die Einrichtungen der kommunalen Abfallberatung, Verbraucherschutzorganisationen, Hersteller- und Handelsverbände, Entsorgerverbände sowie Vertreter von Bund und Ländern sind gemäß Satz 3 bei der Konzeptionierung von Informationsmaßnahmen durch einen Beirat zu beteiligen. Die Vorgaben des Kartellrechts sind hierbei zu berücksichtigen. Mit Blick auf die Kostentragung regelt Satz 5, dass die Kosten entsprechend dem durch die Organisation für Herstellerverantwortung vertretenen Marktanteil an der in Verkehr gebrachten Masse an Batterien aufzuteilen sind.

Zu Absatz 3

Zudem haben die Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 3 gemeinsam eine einheitliche Kennzeichnung für Sammelstellen zu entwerfen. Hierbei kann auf die bereits erfolgten Arbeiten durch die Rücknahmesysteme für Gerätebatterien nach § 18 Absatz 4 des Batteriegesetzes zurückgegriffen werden. Die Kennzeichnung ist den Rücknahmestellen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Für dessen Nutzung ist bei den Rücknahmestellen entsprechend zu werben. Dies kann auch durch eine entsprechende Vereinbarung zwischen Organisationen für Herstellerverantwortung und Rücknahmestelle erfolgen. Den Organisationen für Herstellerverantwortung wird nach Satz 2 ausdrücklich die Möglichkeit eröffnet, einen Dritten mit der Erfüllung dieser Aufgaben zu betrauen. Ziel dieser einheitlichen Kennzeichnung ist es, für die Endnutzer die Rückgabe der Batterien zu erleichtern.

Zu Kapitel 5 (Mitteilungspflichten)

Zu § 25 (Mitteilungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung)

§ 25 regelt in Konkretisierung von Artikel 75 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 die Mitteilungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung gegenüber der zuständigen Behörde. Die Regelung orientiert sich dabei an der bisherigen Regelung in § 15 des Batteriegesetzes.

Zu Absatz 1

Absatz 1 legt fest, welche Informationen durch die Organisationen für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde zu übermitteln sind. Dabei handelt es sich um Daten zu erstmals auf dem Markt bereitgestellte Batterien sowie zurückgenommene und behandelte Altbatterien. Die Daten sind dabei nach den jeweiligen Kategorien von Batterien und nach den chemischen Systemen zu untergliedern. Zudem ist bei der Angabe der erstmals auf den Markt bereitgestellten Batterien die Masse an Allzweck-Gerätebatterien gesondert auszuweisen. Ebenso sind im Rahmen der Angaben zu behandelten Altbatterien immer auch ausgeführte Altbatterien gesondert darzustellen. Nach Satz 4 gilt zudem eine gesonderte Mitteilungspflicht für Organisationen für Herstellerverantwortung, die die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Gerätealtbatterien und für Altbatterien für leichte Verkehrsmittel übernommen haben. Diese haben zusätzlich auch über die in der Organisation erreichte Sammelquote und deren Herleitung zu berichten. Die Angaben der Organisationen für Herstellerverantwortung zur Herleitung der erreichten Sammelquote tragen zur Nachvollziehbarkeit der angewandten Vorgaben nach § 13 Absatz 2 bis 4 bei. Sie sind auch die Grundlage für eine vorgesehene Plausibilitätsprüfung des Umweltbundesamtes, die den vollständigen und korrekten Übertrag von in Vorjahren erstmals auf den Markt bereitgestellten Mengen sicherstellen soll.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 werden die Hersteller verpflichtet, den Organisationen für Herstellerverantwortung für die Berichterstattung die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

Zu Absatz 3

Nach Absatz 3 ist die Dokumentation verpflichtend durch einen unabhängigen Sachverständigen zu prüfen. Unabhängig ist dabei jeder Sachverständige, der keinem wirtschaftlichen, finanziellen oder sonstigen Druck unterliegt, der sein Urteil beeinflussen oder das Vertrauen in die unparteiische Aufgabenwahrnehmung in Frage stellen kann. Zur Sicherstellung der Unabhängigkeit darf der Sachverständige keine Bindungen eingehen, die seine berufliche Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen oder beeinträchtigen könnten. Damit die Unabhängigkeit des Sachverständigen auch auf Dauer gewahrt wird, ist spätestens alle fünf Jahre ein Wechsel des Sachverständigen vorzusehen (Satz 2). Satz 3 schreibt zudem die Veröffentlichungspflicht der Organisationen für Herstellerverantwortung mit Blick auf die

vorgelegte Dokumentation vor. Nach Satz 4 hat das Umweltbundesamt zudem die Dokumentationen auch der zuständigen Behörde zu übermitteln. Hierdurch wird sichergestellt, dass diese überprüfen kann, ob die Organisationen für Herstellerverantwortung die Sammelquoten nach § 13 erreicht haben und ihre Zulassung damit weiter fortbestehen kann.

Zu § 26 (Mitteilungspflichten ausgewählter Abfallbewirtschafter)

§ 26 regelt die Mitteilungspflichten von ausgewählten Abfallbewirtschaftern nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542, sofern diese Starter-, Industrier- oder Elektrofahrzeugaltbatterien von Händlern, öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern oder Endnutzern abholen. Die Mitteilungspflichten beschränken sich dabei auf die zurückgenommenen und behandelten Mengen an Altbatterien. Sie ist nach den betroffenen Kategorien von Batterien zu untergliedern. Ausgeführte Mengen sind dabei gesondert auszuweisen. Nach Satz 4 hat das Umweltbundesamt zudem die Dokumentationen auch der zuständigen Behörde zu übermitteln.

Zu § 27 (Mitteilungspflichten von Abfallbewirtschaftern, die Altbatterien behandeln, und Recyclingbetreibern)

§ 27 regelt die Mitteilungspflichten von Abfallbewirtschaftern, die Altbatterien behandeln, und Recyclingbetreibern und nimmt klarstellende Regelungen zu Artikel 75 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 vor. Bei den Mitteilungspflichten wird nach dem jeweiligen Akteur unterschieden.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt die Mitteilungspflichten der Abfallbewirtschafter, die Altbatterien behandeln. Diese haben dem Umweltbundesamt jährlich über zur Behandlung angenommenen Altbatterien sowie über die zur Wiederverwendung und Umnutzung vorbereiteten und einem Recyclingverfahren zugeführten Massen an Altbatterien zu berichten.

Zu Absatz 2

Absatz 2 Satz 1 regelt die Mitteilungspflichten von Recyclingbetreibern. Diese informieren das Umweltbundesamt jährlich über die zum Recycling angenommenen Mengen an Altbatterien, die erreichten Recyclingeffizienzen und die erreichten Quoten für die stoffliche Verwertung. Satz 2 stellt klar, dass nur der erste Recyclingbetreiber zur Meldung der entsprechenden Daten verpflichtet ist, auch wenn das Recycling in mehreren Anlagen durchgeführt wird. Alle weiteren Recyclingbetreiber haben hierfür dem ersten Recyclingbetreiber die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen, damit dieser seiner Mitteilungspflicht nachkommen kann.

Zu Absatz 3

Nach Absatz 3 hat das Umweltbundesamt zudem die Dokumentationen auch der zuständigen Behörde zu übermitteln.

Zu Kapitel 6 (Zuständigkeiten und Aufgaben der zuständigen Behörden)

Zu Abschnitt 1 (Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542)

Zu § 28 (Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542)

§ 28 regelt die zuständige Behörde nach Artikel 54 der Verordnung (EU) 2023/1542, die die Aufgaben nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 erfüllt, und überträgt diese – wie auch schon bisher – auf das Umweltbundesamt.

Zu § 29 (Aufgaben der zuständigen Behörde im Zusammenhang mit der Registrierung und Zulassung)

Mit § 29 werden der zuständigen Behörde bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der Registrierung von Herstellern und der Zulassung von Organisationen für die Herstellerverantwortung zugewiesen. Sofern keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, sind im Übrigen die Länder für den Vollzug des Gesetzes verantwortlich.

Zu Absatz 1

Gemäß Absatz 1 Satz 1 ist die zuständige Behörde für die Registrierung der Hersteller sowie die Erteilung einer entsprechenden Registrierungsnummer zuständig. Satz 1 benennt auch die herstellerspezifischen Angaben, die im Zusammenhang mit der Registrierung zu machen sind und gespeichert werden. Im Fall der Bevollmächtigung registriert die zuständige Behörde nach Satz 2 den Bevollmächtigten mit den in Satz 1 genannten Angaben sowie den Kontaktdaten des vertretenen Herstellers und erteilt eine Registrierungsnummer. Dabei darf nach Satz 3 die Registrierung nur erteilt werden, wenn der Hersteller bzw. sein Bevollmächtigter nachweist, dass er entsprechend § 7 Absatz 1 eine Organisation für Herstellerverantwortung beauftragt hat.

Zu Absatz 2

Absatz 2 Satz 1 weist der zuständigen Behörde zudem die Aufgabe der Zulassung der Organisationen für Herstellerverantwortung zu. Nach Satz 2 darf die Zulassung nur erteilt werden, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung eine Sicherheit nach § 9 erbracht hat und damit nachweist, dass für den Fall des Wegfalls dieser Organisation für Herstellerverantwortung eine ausreichende Sicherheit vorhanden ist. Nach Satz 3 hat die zuständige Behörde spätestens alle 3 Jahre das Vorliegen der Voraussetzungen für die Genehmigung zu überprüfen. Dabei sind insbesondere auch die Erfolgskontrollberichte nach Artikel 58 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu berücksichtigen. Für Organisationen für Herstellerverantwortung, die bereits nach § 7 Absatz 1 BattG genehmigt wurden, gilt für die Genehmigung durch die zuständige Behörde ein Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 2025 (vgl. § 58).

Zu Absatz 3

Absatz 3 Satz 1 regelt, welche Angaben durch die zuständige Behörde zu veröffentlichen sind. Er entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 20 Absatz 3 des Batteriegesetzes und dient der Transparenz gegenüber allen anderen Marktteilnehmern. Satz 2 schreibt vor, dass bei der Veröffentlichung eine Untergliederung nach den Batteriekategorien vorzunehmen ist. Neben den Angaben nach Satz 1 ist auch das Datum der Registrierung des Herstellers anzugeben. Sofern ein Hersteller bereits aus dem Markt ausgetreten ist, ist gemäß Satz 3 auch das Datum des Austritts anzugeben. Die Angaben nach Satz 1 sind gemäß Satz 4 im Falle des Marktaustritts eines Herstellers drei Jahre nach dem Datum des Marktaustritts zu löschen. Sofern ein Hersteller einen Bevollmächtigten mit der Wahrnehmung seiner Herstellerpflichten beauftragt, sind die Daten je Hersteller auf diesen Bevollmächtigten zu beziehen.

Zu Absatz 4

Nach Absatz 4 veröffentlicht die zuständige Behörde auch den Namen und die Anschrift sämtlicher zugelassener Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8. Hierdurch soll den Herstellern sowie den Rücknahmestellen transparent dargelegt werden, welche Organisationen für Herstellerverantwortung sich rechtmäßig an der Sammlung und Entsorgung von Altbatterien beteiligen und dementsprechend zur Rücknahme gesammelter Altbatterien berechtigt sind.

Zu Absatz 5

Absatz 5 regelt für den Fall des Wegfalls einer Organisation für Herstellerverantwortung, dass die zuständige Behörde auf Grundlage der übermittelten Informationen zu u.a. erstmals auf dem Markt bereitgestellten Batterien sowie zurückgenommenen und zur Behandlung gegebenen Altbatterien feststellt, ob die weggefallene Organisation für Herstellerverantwortung ihre Sammelverpflichtung erfüllt hat, und stellt im Falle der Nichterfüllung die Untererfüllung fest. Der Feststellung der Untererfüllung und des Umfangs der Untererfüllung bedarf es, um die erforderlichen Mengen an die verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 6 zuweisen zu können. Nach Satz 2 kann die Feststellung öffentlich bekannt gegeben werden. Satz 3 regelt eine zeitliche Begrenzung für die Berücksichtigung entsprechender Informationen.

Zu Absatz 6

Absatz 6 regelt die im Zusammenhang mit Absatz 5 stehende Aufgabe der Behörde, im Falle der Untererfüllung der Sammelpflicht der weggefallenen Organisation für Herstellerverantwortung gegenüber den verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung die notwendigen Anordnungen zu treffen, damit diese ihrer Auffangsammlpflicht nach § 12 Absatz 2 nachkommen können. Satz 2 gibt der zuständigen Behörde auch die Möglichkeit, die Zulassung nach § 8 nachträglich mit Auflagen zu versehen, damit die Auffangsammlpflicht sichergestellt wird.

Zu Absatz 7

Für die Berechnung der Höhe der Sicherheitsleistung sind neben der erstmals auf dem Markt bereitgestellten Menge an Batterien auch die pro Tonne entstehenden Kosten für die Sammlung und Entsorgung von Altbatterien maßgeblich. Die entsprechenden Kosten werden nach Absatz 7 durch die zuständige Behörde je Kategorie von Batterien in Form von Ausgleichssätzen festgelegt. Nach Satz 2 ist dabei zusätzlich auch ein Risikoaufschlag zu berücksichtigen. Die Ausgleichssätze sind dabei regelmäßig an die aktuellen Kostenentwicklungen anzupassen, nach Satz 3 mindestens alle fünf Jahre.

Zu Absatz 8

Zur Rechtssicherheit für die am Markt verbliebenen Organisationen für Herstellerverantwortung stellt die zuständige Behörde nach Absatz 8 bei Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung auf Antrag den jeweiligen Anteil der Auffangsammlpflicht an der gesamten Auffangsammlpflicht gegenüber der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung fest.

Zu § 30 (Weitere Aufgaben der zuständigen Behörde)

§ 30 trifft weitere Regelungen zu den Aufgaben der zuständigen Behörde, die nicht im Zusammenhang mit der Registrierung von Herstellern oder der Zulassung von Organisationen für die Herstellerverantwortung stehen.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 nimmt die zuständige Behörde auch bestimmte Anzeigen, Meldungen und Mitteilungen der Organisationen für Herstellerverantwortung entgegen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 verpflichtet die zuständige Behörde eine Liste der ausgewählten Abfallbewirtschafteter nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu veröffentlichen. Der Veröffentlichung liegen die Anzeigen der Organisationen für Herstellerverantwortung zu-

grunde. Wird die Beauftragung durch die Organisation für Herstellerverantwortung aufgehoben, ist der Eintrag nach Anzeige durch die betreffende Organisation für Herstellerverantwortung zu löschen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt die verfahrenstechnischen Voraussetzungen für die Anzeigen, Meldungen und Mitteilungen. Zur Verwaltungsvereinfachung sind diese hierzu der zuständigen Behörde über das elektronische Datenverarbeitungssystem zuzuleiten. Gemäß Satz 2 können Ausnahmen hiervon zugelassen werden. Satz 3 regelt, dass bei der Kommunikation mit den Herstellern oder deren Bevollmächtigten und den Organisationen für Herstellerverantwortung die zuständige Behörde die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung oder einen Zugang für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen kann. Damit kann – wie bereits nach § 4 Absatz 3 des Batteriegesetzes und § 37 Absatz 3 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes – auch die Verwendung eines Postfachs in Sinne des § 2 Absatz 7 Onlinezugangsgesetz, das Bestandteil eines Nutzerkontos nach § 2 Absatz 5 Onlinezugangsgesetz ist, und Einwilligung in eine Bekanntgabe gemäß § 9 Onlinezugangsgesetz verlangt werden. Entsprechende Anforderungen sind gemäß Satz 4 auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.

Zu § 31 (Befugnisse der zuständigen Behörde)

§ 31 regelt die Befugnisse der zuständigen Behörde im Zusammenhang mit der Registrierung der Hersteller und der Zulassung der Organisationen für Herstellerverantwortung.

Zu Absatz 1

Absatz 1 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die zuständige Behörde eine einmal erfolgte Registrierung und die Registrierungsnummer widerrufen kann. Registrierung und Registrierungsnummer sind untrennbar miteinander verbunden. Insofern ist neben dem Widerruf der Registrierung auch der Widerruf der Registrierungsnummer erforderlich. Absatz 1 nimmt dabei ergänzende Regelungen zu Artikel 55 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2023/1542 vor.

Ein Widerruf nach Satz 1 Nummer 1 ist dann möglich, wenn der Hersteller bzw. Bevollmächtigte seiner Pflicht zur Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung nicht nachkommt. Nach Nummer 2 ist zudem ein Widerruf dann möglich, wenn über das Vermögen des Herstellers oder dessen Bevollmächtigten das Insolvenzverfahren eröffnet wird.

Ein Widerruf nach § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleibt ausdrücklich möglich. Die Entscheidung darüber, ob ein Widerruf erfolgt, liegt grundsätzlich im Ermessen der zuständigen Behörde. Ein Widerruf ist nach Satz 2 hingegen zwingend, sofern nicht der Insolvenzverwalter oder bei Eigenverwaltung der Hersteller selbst gegenüber der zuständigen Behörde erklärt, dass er die Herstellerpflichten auch zukünftig erfüllt. Gleiches gilt nach Satz 3 auch im Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bei einem beauftragten Bevollmächtigten.

Zu Absatz 2

Absatz 2 nimmt zu Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 ergänzende Regelungen mit Blick auf den Widerruf der Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung vor. Danach ist ein Widerruf der Zulassung auch dann möglich, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung gegen eine von der zuständigen Behörde erteilte Auflage nach § 8 Absatz 7 oder gegen eine Anordnung auf Grundlage von § 35 verstößt. Der Widerruf steht dabei im Ermessen der zuständigen Behörde.

Zu Absatz 3

Daneben soll nach Absatz 3 der Widerruf der Zulassung durch die zuständige Behörde erfolgen, wenn über das Vermögen der Organisation für Herstellerverantwortung das Insolvenzverfahren eröffnet wird. Ein Widerruf ist verpflichtend, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung seinen Betrieb eingestellt hat.

Zu Absatz 4

Absatz 4 trifft eine Sonderregelung für den Fall, dass als Sicherungsmittel die Hinterlegung von Geld gewährt wird. In diesem Fall wird die zuständige Behörde berechtigt, im Falle einer erfolgten Ersatzvornahme die entsprechenden Kosten bei Nichteinbringlichkeit gegenüber der Hinterlegungsstelle geltend zu machen und von dieser die Kosten durch Herausgabe des hinterlegten Geldes erstattet zu bekommen. Gleiches gilt für die Ausgleichsansprüche der verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung bei Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung.

Zu § 32 (Vollständig automatisierter Erlass von Verwaltungsakten)

Mit § 32 wird der zuständigen Behörde der vollständig automatisierte Erlass von Verwaltungsakten ermöglicht. § 35a Verwaltungsverfahrensgesetz erfordert hierfür eine gesetzliche Ermächtigung. Die Entscheidung, ob von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, steht im Ermessen der zuständigen Behörde. Sie ist für Verwaltungsakte nach den §§ 28, 29 und § 36 Absatz 1 vorgesehen, sofern kein Anlass besteht, den Einzelfall durch einen Mitarbeiter bearbeiten zu lassen. Grundsätzlich eignen sich die dort vorgesehenen Verwaltungsakte alle für einen vollständig automatisierten Erlass, weil sie vor allem im Bereich Herstellerpflichten die Bewältigung von Masseverfahren betreffen, die eine hohe Standardisierung und Typisierung erfordern. Auch soweit die Zahl der Verpflichteten in anderen Bereichen geringer ist, wird durch die Schaffung von Prüflinien ein Anwendungsfall für eine Standardisierung und Typisierung gesehen.

Zu Abschnitt 2 (Beleihung)

Zu § 33 (Ermächtigung zur Beleihung)

§ 33 enthält die heute schon nach dem Batteriegesetz enthaltende Ermächtigung für die zuständige Behörde zur Beleihung der Gemeinsamen Stelle der Hersteller nach dem ElektroG mit hoheitlichen Aufgaben nach diesem Gesetz. Wird die Gemeinsame Stelle beleihen, kommt ihr eine mehrfache Funktion zu. Im Rahmen der Beleihung nach diesem Gesetz nimmt sie die genannten hoheitlichen Aufgaben wahr, im Rahmen der Beleihung nach dem ElektroG die dort genannten hoheitlichen Aufgaben. Daneben ist sie auch weiterhin als Gemeinsame Stelle der Hersteller nach dem ElektroG tätig.

Zu Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 ermächtigt die zuständige Behörde, die Gemeinsame Stelle mit den Aufgaben nach §§ 5 Absatz 1 Satz 5 und Absatz 2, § 8 Absatz 1 Satz 3, Absatz 4 Satz 4 und 6, Absatz 7 bis 9, § 9 Absatz 4, §§ 28 bis 30 und nach § 36 Absatz 1 zu beleihen. Die Beleihung umfasst sämtliche Aufgaben der zuständigen Behörde im Zusammenhang mit der Registrierung der Hersteller und der Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung. Die Beleihung umfasst damit:

- die Registrierung der Hersteller nach § 29 Absatz 1, einschließlich der Befugnis zur Fristverlängerung nach § 5 Absatz 1 Satz 5 und der Vorgaben zur elektronischen Kommunikation nach § 5 Absatz 2,
- den Widerruf von Registrierungen nach § 31 Absatz 1,
- die Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 29 Absatz 2, einschließlich der Befugnis zur Fristverlängerung nach § 8 Absatz 1 Satz 3 und der

Vorgaben zur elektronischen Kommunikation nach § 8 Absatz 9 sowie der Überprüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit nach § 8 Absatz 4 Satz 4, der Anforderung weiterer Unterlagen nach § 8 Absatz 4 Satz 6, der nachträglichen Auflagenbefugnis nach § 8 Absatz 7 und den Aufgaben und Befugnissen betreffend die Sicherheitsleistung nach § 9,

- den Widerruf von Zulassungen nach § 31 Absatz 2 und 3,
- die Veröffentlichung der Hersteller nach § 29 Absatz 3,
- die Veröffentlichung der zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 29 Absatz 4,
- die Feststellung der Untererfüllung bei Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 29 Absatz 5,
- die Anordnungen gegenüber den verbleibenden Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 29 Absatz 6,
- die Festlegung der Ausgleichssätze nach § 29 Absatz 7,
- die Feststellung des Anteils an der Auffangsammlungspflicht nach § 29 Absatz 8,
- die Entgegennahme von Anzeigen, Meldungen und Mitteilungen nach § 30 Absatz 1,
- die Veröffentlichung der ausgewählten Abfallbewirtschaftler nach § 30 Absatz 2,
- das Ersuchen um Herausgabe von hinterlegtem Geld nach § 31 Absatz 4 und
- den Erlass der notwendigen Auflagen und Anordnungen nach § 37 Absatz 1.

Daneben kann die Gemeinsame Stelle auch mit der Aufgabe des Vollzugs gegenüber den Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 37 beliehen werden. Satz 2 stellt klar, dass die Beliehene auch ermächtigt wird, die von ihr erlassenen Verwaltungsakte zu vollstrecken, zurückzunehmen oder zu widerrufen. Die Beleihung ist nach Satz 3 zudem nur dann möglich, wenn die Gemeinsame Stelle bestimmte Voraussetzungen erfüllt, um die Aufgaben der zuständigen Behörde ordnungsgemäß wahrnehmen zu können. So bestimmt Satz 3 Nummer 1, dass die Personen, die die Geschäftsführung und Vertretung der Gemeinsamen Stelle ausführen, zuverlässig und fachlich geeignet sein müssen. Damit soll die korrekte und sachgemäße Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben gesichert werden. Die Gemeinsame Stelle muss nach Nummer 2 weiter die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Ausstattung und Organisation haben. Hierdurch wird gewährleistet, dass die Gemeinsame Stelle auch die Kapazität für die Ausführung der hoheitlichen Tätigkeiten hat und hierzu organisatorisch in der Lage ist. Hierunter kann auch eine Einbindung der Hersteller von Batterien in bestimmten Gremien zählen. Zudem muss nach Nummer 3 sichergestellt sein, dass auch im Rahmen ihrer hoheitlichen Tätigkeit die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen eingehalten werden. Insofern stellt Nummer 3 klar, dass sensible Daten, von denen die zu Beliehende im Rahmen ihrer hoheitlichen Tätigkeit Kenntnis erlangt, nach den datenschutzrechtlichen Vorschriften zu schützen sind. Insofern gilt es auch, die Geheimhaltung wettbewerbsrelevanter Informationen der einzelnen Batteriehersteller sicherzustellen.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 Satz 1 kann die zuständige Behörde der Beliehenen die Befugnis übertragen, für ihre Tätigkeiten Gebühren nach dem Bundesgebührengesetz zu erheben. Hierdurch soll der Beliehenen die Finanzierung ihrer hoheitlichen Tätigkeiten ermöglicht werden. Rechtsgrundlage der Gebührenbescheide ist die auf der Grundlage von § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes zu schaffende Rechtsverordnung. Die Vollstreckung der auf dieser Grundlage ergangenen Gebührenbescheide erfolgt gemäß § 4 Buchstabe a des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes durch die Zollbehörden. Daneben wird der Beliehenen die Befugnis übertragen, festzulegen, wie die Gebührenschuldner die Gebühren und Auslagen zu zahlen haben. Hierdurch soll der Beliehenen die Befugnis gegeben werden, die Zahlungsmodalitäten für die zu erhebenden Gebühren zu regeln. Satz 2 gibt der Beliehenen einen Anspruch gegenüber der zuständigen Behörde in den Fällen, in denen

- ihr zwar die Aufgaben nach Absatz 1, nicht jedoch die Befugnis zur entsprechenden Gebührenerhebung übertragen wurden oder

- für die Erfüllung der Aufgaben, die Gegenstand der Beleihung sind, bei der Beliehenden Aufwand für nicht individuell zurechenbare öffentliche Leistungen oder sonstiger Aufwand entsteht, der nicht durch die Gebühren- und Auslagenerhebung der Beliehenden gedeckt ist. Dies umfasst insbesondere Kosten für Tätigkeiten und Prozesse, die zwar in Zusammenhang mit den Aufgaben stehen und Gegenstand der Beleihung sind, die aber nach dem Gebührenrecht des Bundes nicht mit den einzelnen gebührenfähigen Leistungen verbunden sind oder aus anderen Gründen im Rahmen der Kostenermittlung dieser Leistungen bei der Gebühren- oder Auslagenkalkulation nicht berücksichtigt werden dürfen. Konkret zählen dazu unter anderem
 - Kosten, die in Kostenpositionen einer gebührenfähigen Leistung einer anderen öffentlichen Stelle enthalten sind (z.B. Kosten der Widerspruchsbearbeitung),
 - Kosten für eine andere nicht gebührenfähige Leistung (z.B. Bearbeitung von Gebührenbefreiung oder –ermäßigung, Unterstützung bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten) oder auch
 - Kosten in Form von Mindereinnahmen, die etwa durch Gebührenbefreiung oder –ermäßigung, Stundung oder Erlass entstehen.

Zu Absatz 3

Die Pflicht der Beliehenden nach Absatz 3 zur Bekanntmachung der Beleihung im Bundesanzeiger besteht aufgrund des Transparenzgebotes.

Zu § 34 (Aufsicht)

§ 34 regelt die Aufsicht über die Gemeinsame Stelle durch die zuständige Behörde (Umweltbundesamt), um die staatliche Kontrolle der hoheitlichen Tätigkeiten, die durch die Beliehene wahrgenommen werden, zu sichern.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 übt die Beliehende die Rechts- und Fachaufsicht aus. Die Rechtsaufsicht erstreckt sich dabei auf die Prüfung, ob die Beliehene die ihr übertragenen hoheitlichen Aufgaben im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen ausführt. Im Rahmen der Fachaufsicht unterliegt die Beliehene in Bezug auf die ihr übertragenen Aufgaben formell und materiell einem auch auf die Zweckmäßigkeit der Aufgabenerfüllung erstreckten Weisungsrecht der Beliehenden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 gibt der Beliehenden ein Selbsteintrittsrecht für den Fall, dass die Beliehene ihre Aufgaben nicht oder nur ungenügend durchführt. Dabei kann sich die Beliehende auch Dritter zur Durchführung bedienen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt den Erstattungsanspruch der zuständigen Behörde für ihre Tätigkeit im Rahmen der Rechts- und Fachaufsicht. Die Höhe des Erstattungsanspruchs ist auf die im Haushaltsplan veranschlagten Einnahmen des Bundes für die Rechts- und Fachaufsicht beschränkt. Die Kosten hierfür können nach § 3 Absatz 3 Satz 2 des Bundesgebührengesetzes in die Gebührenermittlung einbezogen werden.

Zu § 35 (Beendigung der Beleihung)

§ 35 regelt die verschiedenen Möglichkeiten der Beendigung der Beleihung.

Zu Absatz 1

Zum einen führt nach Absatz 1 die Auflösung der Beliehenen zum Ende der Beleihung, die Beleihung geht also nicht ohne weiteres auf eine nachfolgende, von den Herstellern eingerichtete Stelle über.

Zu Absatz 2

Weiter kann die Beleihung nach Absatz 2 durch Widerruf der Beleihenden enden, wenn die Beliehene die übertragenen Aufgaben nicht sachgerecht wahrnimmt. Ausdrücklich klargestellt ist, dass daneben der Widerruf der Beleihung nach den allgemeinen Vorschriften zum Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes nach § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes unberührt bleibt. Ebenfalls unberührt bleiben auch die allgemeinen Regelungen des § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes zur Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes.

Zu Absatz 3

Als letzte Möglichkeit kann auch die Beliehene selbst nach Absatz 3 ein Ende der Beleihung herbeiführen und sich aus der Verpflichtung lösen, indem sie die Beendigung der Beleihung schriftlich verlangt. Die Frist, in der dem Verlangen zu entsprechen ist, bemisst sich nach der Zeit, die zur Sicherung der Erfüllung der Aufgaben nach § 5 Absatz 2, § 8 Absatz 9, den §§ 29 bis 31 und § 36 Absatz 1 durch die zuständige Behörde oder einen besonders Beauftragten nach § 36 Absatz 2 notwendig ist.

Zu Kapitel 7 (Beauftragung Dritter, Vollzug)

Zu § 36 (Beauftragung Dritter und Bevollmächtigung)

§ 36 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 26 Batteriegesezt und ermöglicht den Verpflichteten, sich hinsichtlich ihrer Pflichten nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 und der Pflichten aus diesem Gesetz eines Dritten zu bedienen. Zudem werden in Anlehnung an Artikel 56 Absatz 3 der Verordnung 2023/1542 die Hersteller von Batterien verpflichtet, einen Bevollmächtigten mit der Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen zu beauftragen, sofern sie selbst nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes niedergelassen sind.

Zu § 37 (Vollzug)

§ 37 übernimmt die bisherige Regelung aus § 28 des Batteriegesezt und passt diese an die neuen Formulierungen an.

Zu Teil 3 (Beteiligung von Bundesbehörden an Verfahren zur Änderung von Beschränkungen für Stoffe)

Zu § 38 (Beteiligung der Bundesbehörden am Beschränkungsverfahren für Stoffe)

Zu Absatz 1

Absatz 1 legt fest, welche Bundesbehörden bei der Durchführung von Beschränkungsverfahren nach Artikel 68 der Verordnung (EU) 2023/1542 mitwirken. Die Regelung ist angelehnt an § 4 Absatz 1 des REACH-Anpassungsgesezt

Zu Absatz 2

Absatz 2 bestimmt, dass die Bundesstelle für Chemikalien für die Vorbereitung von Beschränkungs dossiers nach Artikel 86 Absatz 3 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 zuständig ist. Danach können die Mitgliedstaaten selbst Beschränkungs dossiers erstellen,

sofern diese der Ansicht sind, die Verwendung eines Stoffes birgt ein Risiko, das nicht angemessen beherrscht wird und gegen das unionsweit vorgegangen werden muss.

Zu Absatz 3

Absatz 3 bestimmt, dass die Bewertungsstellen die Bundesstelle für Chemikalien bei der Erarbeitung von Beschränkungs dossiers unterstützen. Die Bewertungsstellen nehmen dabei ihre Aufgabe zur Bewertung eigenverantwortlich nach. Sie unterstützen sich gegenseitig fachlich, sofern dies erforderlich ist.

Zu Absatz 4 bis Absatz 7

In den Absätzen 4 bis 7 werden die fachlichen Zuständigkeitsbereiche der Bewertungsstellen benannt. Danach sind sie für die Risikobewertung in Bezug auf verschiedene Schutzziele zuständig. Der Begriff der Risikobewertung umfasst die Wirkungs- und Expositionsbeurteilung von Stoffen, die Beurteilung von Risikominderungsmaßnahmen – auch unter Berücksichtigung sozioökonomischer Aspekte – sowie die Beurteilung, ob ein Stoff persistent, bioakkumulierend und toxisch (sog. PBT-Eigenschaften) ist.

Zu Absatz 8

Absatz 7 regelt die Zusammenarbeit der Bundesstelle für Chemikalien mit den anderen Bundesoberbehörden. Dabei werden der Bundesstelle für Chemikalien die Koordinierung der Zusammenarbeit und die Vertretung der Gesamtposition nach außen zugewiesen. Außerdem ist vorgesehen, dass die Bundesstelle für Chemikalien im Einzelfall über die Gesamtposition entscheiden kann, wenn aus Zeitgründen hierüber keine Einigung mehr erzielt werden kann. In diesem Fall sind die Bewertungsstellen über die Gründe für die Entscheidung zu informieren.

Zu Absatz 9

Nach Absatz 8 ist vorgesehen, dass die Bundesstelle für Chemikalien weitere Bundesoberbehörden beteiligt, sofern dies im Einzelfall erforderlich ist.

Zu Teil 4 (Konformitätsbewertung)

Zu Kapitel 1 (Bestimmungen über die notifizierende Behörde)

Zu § 39 (Notifizierende Behörde)

§ 39 unterstreicht die Länderzuständigkeit hinsichtlich der Einrichtung einer notifizierenden Behörde und setzt damit Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 um. Dort wird normiert, dass eine notifizierende Behörde benannt wird, die für die „Errichtung und Durchführung der erforderlichen Verfahren für die Bewertung und Notifizierung von Konformitätsbewertungsstellen“ zuständig ist. Die notifizierende Behörde ist spätestens bis zum 18. August 2025 einzurichten, da ab diesem Zeitpunkt auch die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette verbindlich für alle betroffenen Unternehmen gelten. Deren Strategien müssen durch notifizierte Stellen genehmigt werden.

Zu § 40 (Aufgaben der notifizierenden Behörde)

§ 40 definiert die Aufgaben der notifizierenden Behörde, einschließlich der Erteilung von Befugnissen an Konformitätsbewertungsstellen für die Durchführung von Konformitätsbewertungen und Prüfungen von Batterien, der Durchführung von Notifizierungsverfahren, der Überwachung der Konformitätsbewertungsstellen sowie der Bereitstellung von Informationen an Marktüberwachungsbehörden.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 ist die notifizierende Behörde verantwortlich für die Erteilung von Befugnissen an Konformitätsbewertungsstellen, um Konformitätsbewertungen gemäß Kapitel V der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie Prüfungen und Überprüfungen von Strategien zur Erfüllung der für Batterien geltenden Sorgfaltspflichten gemäß Artikel 48 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 durchzuführen. Sie ist ebenfalls zuständig für die Festlegung und Umsetzung der erforderlichen Verfahren, einschließlich der Überwachung der Konformitätsbewertungsstellen, denen sie Befugnisse erteilt hat.

Zu Absatz 2

Nach Erteilung der Befugnis führt die notifizierende Behörde nach Absatz 2 die Notifizierung der Konformitätsbewertungsstelle, indem sie diese in die Liste der Kommission über notifizierte Stellen (NANDO) einträgt, durch.

Zu Absatz 3

Die notifizierende Behörde überwacht nach Absatz 3 die Konformitätsbewertungsstellen, denen sie Befugnisse erteilt hat, um sicherzustellen, dass sie die an sie gestellten Anforderungen erfüllen. Sie ergreift Maßnahmen zur Behebung von Mängeln oder zur Verhinderung zukünftiger Verstöße.

Zu Absatz 4

Absatz 4 regelt das Zusammenspiel der notifizierenden Behörde mit den Marktüberwachungsbehörden. Auf Anforderung übermittelt die notifizierende Behörde der zuständigen Marktüberwachungsbehörde die für deren Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen, die Einfluss auf die Befugnis der Konformitätsbewertungsstellen haben können.

Zu § 41 (Befugnisse der notifizierenden Behörde)

§ 41 regelt die Befugnisse der notifizierenden Behörde zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gegenüber notifizierten und zu notifizierenden Konformitätsbewertungsstellen.

Zu Absatz 1

Gemäß Absatz 1 kann die notifizierende Behörde von den Konformitätsbewertungsstellen, denen sie die Befugnis zur Durchführung von Tätigkeiten gemäß § 40 Absatz 1 Satz 1 erteilt hat, Auskünfte verlangen, einschließlich personenbezogener Daten, sofern dies zur Überprüfung der Kompetenz der Stelle erforderlich ist. Die notifizierende Behörde kann auch die Vorlage der Unterlagen verlangen, die der Konformitätsbewertung zugrunde liegen. Weiterhin werden Aufbewahrungsfristen für personenbezogene Daten aufgestellt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 besagt, dass sich die notifizierende Behörde bei der Erteilung der Befugnis sowie in regelmäßigen Abständen von der Geschäftsführung, der obersten Leitungsebene und dem für die Konformitätsbewertungstätigkeiten zuständigen Personal ein Führungszeugnis vorlegen lassen kann, um die Zuverlässigkeit der Stelle zu überprüfen. Die erhobenen Daten dürfen nur für den Ausschluss von Personen von der Konformitätsbewertung verwendet werden und müssen nach bestimmten Fristen gelöscht werden.

Zu Absatz 3

Absatz 3 gibt der notifizierenden Behörde und den von ihr beauftragten Personen das Recht, Betriebsgrundstücke, Geschäftsräume und Prüflaboratorien zu Betriebs- und Geschäftszeiten zu betreten und zu besichtigen, um ihre Überwachungsaufgaben zu erfüllen.

Zu Absatz 4

Absatz 4 legt fest, dass die Auskunftspflichtigen die Maßnahmen der Behörde dulden müssen, aber das Recht haben, die Auskunft auf Fragen zu verweigern, die sie selbst oder einen der in bestimmten Gesetzen bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens aussetzen würden. Sie müssen über ihr Recht zur Auskunftsverweigerung informiert werden.

Zu Kapitel 2 (Notifizierungsverfahren)

Zu § 42 (Anträge auf Notifizierung, Erteilung der Befugnis)

§ 42 regelt das Antragsverfahren und die Bedingungen zur Erteilung der Befugnis, als notifizierte Stelle tätig werden zu können und dient somit im Wesentlichen zur Umsetzung der Artikel 28 und 29 der Verordnung (EU) 2023/1542.

Zu Absatz 1

Gemäß Absatz 1 können Konformitätsbewertungsstellen bei der zuständigen Behörde die Befugnis beantragen, als notifizierte Stellen agieren zu dürfen. Die Anträge müssen die erforderlichen Unterlagen gemäß den Bestimmungen nach Artikel 28 Absatz 2 und 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 enthalten.

Zu Absatz 2

Sofern die zuständige Behörde feststellt, dass eine Konformitätsbewertungsstelle die in Artikel 25 der Verordnung (EU) 2023/1542 festgelegten Anforderungen erfüllt, wird ihr die Befugnis erteilt, Konformitätsbewertungsaufgaben gemäß § 40 Absatz 1 Satz 1 wahrzunehmen. Die notifizierende Behörde benachrichtigt notifiziert die Konformitätsbewertungsstelle über das elektronische Notifizierungsinstrument der Europäischen Kommission (NANDO).

Zu Absatz 3

Die Befugnis wird nach Absatz 3 unter der Bedingung erteilt, dass weder die Europäische Kommission noch andere EU-Mitgliedstaaten innerhalb der genannten Fristen Einwände erheben. Diese Frist beträgt jeweils nach Notifizierung entweder zwei Wochen, wenn eine Akkreditierungsurkunde gemäß Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 vorliegt, oder zwei Monate, wenn keine solche Akkreditierungsurkunde vorliegt. Die Befugnis kann im Ermessen der notifizierenden Behörde mit weiteren Bedingungen und Auflagen versehen werden, befristet sein und unter dem Vorbehalt des Widerrufs sowie nachträglichen Auflagen erteilt werden.

Zu § 43 (Einspruch gegen Entscheidungen notifizierter Stellen)

§ 43 dient der Durchführung von Artikel 34 der Verordnung (EU) 2023/1542. § 43 verpflichtet die notifizierten Stellen zur Einrichtung eines Einspruchsverfahrens gegen ihre Entscheidungen. Weiterhin werden Informationspflichten gegenüber der notifizierenden Behörde genannt.

Zu § 44 (Sprache der Anleitungen, der Informationen und der EU-Konformitätserklärungen)

Im Interesse der Verbraucher, Endnutzer und der Marktüberwachungsbehörden ist vorgesehen, dass von den betreffenden Wirtschaftsakteuren die deutsche Sprache für die nach der Verordnung (EU) 2023/1542 notwendigen Dokumente und Kontaktangaben verwendet wird. Dies betrifft im Einzelnen die folgenden Dokumente:

- die Aufzeichnungen und Schriftwechsel im Zusammenhang mit den Verfahren für die Konformitätsbewertung von Batterien (Artikel 17 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542),
- die EU-Konformitätserklärung (Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542),
- die Betriebsanleitung und Sicherheitsinformationen (Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542) sowie
- die Kontaktangaben (Artikel 38 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie 41 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542)

Die Regelung, dass die entsprechenden Dokumente in deutscher Sprache vorhanden sein müssen, gilt nur für solche Produkte, die auch auf dem deutschen Markt bereitgestellt werden, nicht jedoch für solche, die ausschließlich für den Export bestimmt sind. Die in den Verwaltungsverfahrensgesetzen des Bundes und der Länder enthaltenen Regelungen zur Amtssprache bleiben unberührt.

Zu Absatz 1

Absatz 1 richtet sich an den Erzeuger bzw. Einführer. Sie müssen beim Inverkehrbringen sicherstellen, dass für die genannten Dokumente die deutsche Sprache verwendet wird.

Zu Absatz 2

Absatz 2 richtet sich an den Händler. Er muss bei der Bereitstellung auf dem Markt sicherstellen, dass die dem Produkt beigefügten Dokumente in deutscher Sprache abgefasst sind.

Zu Kapitel 3 (Überwachung)

Zu § 45 (Nichtkonformität einer Batterie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union)

§ 45 regelt den Fall, dass eine Marktüberwachungsbehörde in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union aufgrund einer dort festgestellten Nichtkonformität einer Batterie eine vorläufige Maßnahme getroffen hat.

Zu Absatz 1

Hält die deutsche Marktüberwachungsbehörde die vorläufige Maßnahme des anderen Mitgliedstaates für gerechtfertigt, so ergreift sie nach Absatz 1 ihrerseits die entsprechenden vorläufigen Maßnahmen. Die Marktüberwachungsbehörde unterrichtet die Europäische Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten über getroffene Maßnahmen und über weitere vorliegende Informationen.

Zu Absatz 2

Hält die deutsche Marktüberwachungsbehörde die vorläufige Maßnahme des anderen Mitgliedstaates hingegen nicht für gerechtfertigt, so ist dies gemäß Absatz der Europäischen Kommission und den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Die Marktüberwachungsbehörde trägt dafür Sorge, dass dabei die in Artikel 79 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannte Frist von drei Monaten nicht überschritten wird.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt den Fall, dass eine deutsche Marktüberwachungsbehörde einen Einwand gegen die nationale Maßnahme eines anderen Mitgliedstaats erhebt und aus diesem Grund selbst keine vorläufige Maßnahme durchführt; entgegen den deutschen Einwand hält die Europäische Kommission die nationale Maßnahme des anderen Mitgliedstaats für gerechtfertigt. In diesem Fall muss in Deutschland eine restriktive Maßnahme erst noch durchgeführt und gemeldet werden (Artikel 80 Absatz 2 Verordnung (EU) 2023/1542).

Zu § 46 (Unterrichtung bei Risiken trotz Konformität einer Batterie)

§ 46 dient der Durchführung von Artikel 81 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542. Es wird in Artikel 81 der Fall behandelt, dass von einer Batterie trotz Konformität mit der Verordnung ein Risiko ausgeht. § 46 legt fest, dass die Marktüberwachungsbehörden die unmittelbar handelnden Akteure sind und präzisiert in diesem Fall den in Artikel 81 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannten Akteur „Mitgliedstaat“.

Zu Teil 5 (Sorgfaltspflichten in der Lieferkette)

Zu § 47 (Zuständige Behörde nach Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542)

Zu Absatz 1

Zuständige Behörde für die Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 ist die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Die Bundesanstalt als zentrale geowissenschaftliche Institution des Bundes verfügt auf Bundesebene über einen breiten Erfahrungsschatz hinsichtlich der mit dem Rohstoffabbau und der Rohstoffverarbeitung verbundenen umwelt- und menschenrechtsbezogenen Risiken sowie in der Durchsetzung von Sorgfaltspflichten auf Grundlage der Verordnung (EU) 2017/821 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten. Sie ist aus fachlicher Sicht idealerweise geeignet, die oben erwähnten Aufgaben im Rahmen des Kapitels VII der Verordnung (EU) 2023/1542 zu übernehmen. Keine andere Bundesbehörde verfügt über vergleichbare Expertise bei der Durchsetzung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf Lieferketten von Rohstoffen.

Zu Absatz 2

Die Bundesanstalt gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Insofern unterliegt diese auch dessen Rechts- und Fachaufsicht. Die Rechts- und Fachaufsicht wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz ausgeübt.

Zu § 48 (Aufgaben der zuständigen Behörde und Eingriffsbefugnisse)

Zu Absatz 1

Absatz 1 stellt klar, dass die Bundesanstalt für die Durchführung aller Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie von Teil 5 dieses Gesetzes zuständig ist.

Zu Absatz 2 und 3

Die Bundesanstalt benötigt zur Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben die Möglichkeit, etwaige Verstöße gegen die in den Artikeln 48 bis 50 sowie 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 festgelegten verbindlichen Sorgfaltspflichten im Sinne des Artikel 84 Absatz 1

der Verordnung (EU) 2023/1542 feststellen zu können, sowie Maßnahmen im Sinne des Artikel 84 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 zur Beseitigung festgestellter und Verhinderung weiterer Verstöße anordnen zu können.

Absatz 2 ermächtigt die Bundesanstalt, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben geeigneten und erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Insbesondere werden der Behörde in Absatz 3 Befugnisse übertragen, die sich an denen orientieren, die der zuständigen Behörde im Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (Mineralische-Rohstoffe-Sorgfaltspflichten-Gesetz - Min-RohSorgG) übertragen worden sind. Hierzu gehören neben der Vorlage von Informationen, dem Verlangen von Auskunft und Offenlegung von Informationen auch, dem betroffenen Wirtschaftsakteur konkrete Handlungen oder Maßnahmen, wie zum Beispiel Risikomanagementmaßnahmen, zur Erfüllung seiner Pflichten aufzugeben,

Stellt die Bundesanstalt im Rahmen ihrer Kontrollen einen Verstoß gegen die Verordnung (EU) 2023/1542 fest, kann sie dem betroffenen Wirtschaftsakteur u.a. aufgeben, innerhalb von einem bestimmten Zeitraum ab Bekanntgabe einer zu ergreifenden Maßnahme einen detaillierten Plan zur Umsetzung der Maßnahme, einschließlich eines Zeitplans, vorzulegen. Kommt die Bundesanstalt im Rahmen der Prüfung dieser Pläne zu dem Ergebnis, dass die Maßnahme damit nicht, nicht vollständig oder nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums umgesetzt wird, kann sie von dem Wirtschaftsakteur die erforderlichen Anpassungen des Plans verlangen und eine angemessene Frist zur Umsetzung der Maßnahme bestimmen.

Zu den zu ergreifenden Maßnahmen gehört nach Artikel 84 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 zudem, dass die Behörde, wenn der Verstoß fortbesteht und es neben der Aufforderung des Wirtschaftsakteurs zur Abstellung des Verstoßes keine anderen wirksamen Möglichkeiten zur Beseitigung festgestellter Verstöße gibt, die Bereitstellung der von dem Wirtschaftsakteur auf dem Markt bereitgestellten Batterien auf dem Markt beschränkt oder untersagt oder — wenn es sich um einen schweren Verstoß handelt — dafür sorgt, dass sie zurückgerufen oder vom Markt genommen werden.

Zu Absatz 4

Die Umsetzung der Verordnung (EU) 2023/1542 ist gemäß Absatz 4 risikobasiert zu untersuchen. Bezüglich der risikobasierten Kontrolle nimmt die Bundesanstalt die Auswahl der einer Nachkontrolle zu unterziehenden Wirtschaftsakteure nach eigenem Ermessen und aufgrund eigener Risikobewertung vor. Für diese Risikobewertung spielen der jährliche Nettoumsatz des Wirtschaftsakteurs und die Herkunft sowie der Transportweg der in den Batterien enthaltenen Rohstoffe eine wichtige Rolle. Ebenfalls zu berücksichtigen sind die von der Europäischen Kommission nach Artikel 48 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu erlassenen Leitlinien, die in Anhang X Nummer 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannten Sorgfaltspflichteninstrumente, das OECD-Handbuch für umweltbezogene Sorgfaltspflichten in mineralischen Rohstofflieferketten sowie etwaige einschlägige Informationen, auch solche aufgrund begründeter Bedenken Dritter oder Hinweisen von notifizierten Stellen oder Systemen zur Erfüllung von Sorgfaltspflichten, über die Einhaltung dieser Verordnung.

Zu Absatz 5

In Anlehnung an die Regelung im Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG) wird die Bundesanstalt gemäß Absatz 5 zudem auf Antrag tätig.

Zu Absatz 6

Absatz 6 bestimmt, dass die Bundesanstalt ab dem Jahr 2025 auf ihrer Webseite über die Umsetzung der Verordnung (EU) 2023/1542 berichtet. Die veröffentlichten Informationen sollen den von der Verordnung (EU) 2023/1542 erfassten Wirtschaftsakteuren als Orientierung zur besseren Umsetzung ihrer Sorgfaltspflichten und zu den Erwartungen der Bundesanstalt an die Umsetzung der Sorgfaltspflichten dienen. Zugleich soll der Bericht die Transparenz über die Umsetzung der Verordnung durch die Wirtschaftsakteure erhöhen und Grundlage für einen Austausch zwischen der Bundesanstalt, Bundesregierung und der interessierten Öffentlichkeit sein.

Zu § 49 (Datenübermittlung an die Bundesanstalt)

Datengrundlage für die behördliche Überprüfung sind zunächst die Berichte und Nachweise, die betroffene Wirtschaftsakteure den nationalen Behörden nach Artikel 52 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 auf Verlangen vorlegen müssen, die von den betreffenden Wirtschaftsakteuren nach Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu erstellenden Berichte und die Informationen, welche die Behörden auf Grundlage der §§ 48 bis 51 erlangt.

Ergänzend regelt § 49, dass die Bundesanstalt zur Überprüfung der Einhaltung der Pflichten aus Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 auf die Daten der Zollbehörden zugreifen darf. Die Bundesanstalt hat als für die Datenverarbeitung verantwortliche Behörde die für öffentliche Stellen geltenden Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten (insbesondere Datenschutz-Grundverordnung und Bundesdatenschutzgesetz) und zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen einzuhalten und die hierfür notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen. Auf diese Verpflichtung weist Absatz 2 ausdrücklich hin. Absatz 3 beruht auf Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1024/2008. Der Einsatz elektronischer Systeme für den Datenaustausch und die Datenerfassung ist für einen schnellen und kostengünstigen Ablauf erforderlich.

Darüber hinaus stehen der Bundesanstalt öffentlich zugängliche Informationen zur Verfügung, beispielsweise aus dem Verzeichnis der registrierten Hersteller und registrierten Bevollmächtigten nach Artikel 55 der Verordnung (EU) 2023/1542. Zusätzlich kann die Behörde in begründeten Fällen auf nicht-öffentliche Datenbanken zugreifen. Die ggf. anfallenden Kosten trägt der Bund.

Zu § 50 (Auskunftspflichten)

Die in § 50 geregelten Auskunftspflichten orientieren sich am MinRohSorgG und sind erforderlich, um der Bundesanstalt eine Überprüfung von Wirtschaftsakteuren zu ermöglichen. Es handelt sich um Auskunftserteilung, soweit diese zur Erfüllung der behördlichen Aufgaben erforderlich ist. Dazu gehören beispielsweise alle erforderlichen Informationen um festzustellen, ob der geprüfte Wirtschaftsakteur seinen in den Artikeln 48 bis 50 sowie 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 festgelegten Sorgfaltspflichten nachkommt. Zudem muss es der Bundesanstalt etwa möglich sein, festzustellen, ob ein Wirtschaftsakteur die ihm aufgegebene Maßnahme umsetzt und kann auch in diesem Zusammenhang ein Auskunftsbedarf entstehen. Eine wichtige Anlaufstelle der Bundesanstalt für die Auskunftserteilung und Kontrolle der betroffenen Wirtschaftsakteure kann insbesondere die mit der Überwachung der internen Prozesse nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EU) 2023/1542 beauftragte Person sein, da diese Person über umfassendes Wissen zu den internen und von der Bundesanstalt zu kontrollierenden Prozessen verfügen sollte. An der Identität dieser Person besteht deshalb für die Bundesanstalt ein erhöhtes Interesse und kann die Bundesanstalt entsprechend Auskunft über die Identität dieser Person verlangen. Diese Information dient zugleich der Überprüfung ob die betroffenen Wirtschaftsakteure ihrer Verpflichtung zur Benennung einer Person zur Überwachung der internen Prozesse nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung 2023/1542 nachgekommen sind.

Zu § 51 (Betretensrechte, Mitwirkungs- und Duldungspflichten)

Die vorgesehenen Betretensrechte sowie Mitwirkungs- und Duldungspflichten in § 51 sind erforderlich, um der Bundesanstalt eine Überprüfung auch vor Ort bei den betroffenen Wirtschaftsakteuren zu ermöglichen. Sie können der Bundesanstalt die im Rahmen der Nachkontrollen erforderliche Prüfung von geschäftlichen Unterlagen und Aufzeichnungen erheblich erleichtern, aber auch dem betroffenen Wirtschaftsakteur Zeit und Aufwand ersparen. Wirtschaftsakteure sind verpflichtet, behördlich angeordnete Maßnahmen durchzuführen oder daran mitzuwirken.

Zu § 52 (Zwangsgeld)

Die Bundesanstalt kann ihre Anordnungen mit den Mitteln des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes durchsetzen. § 52 erhöht den der Bundesanstalt zur Verfügung stehenden Zwangsgeldrahmen auf EUR 50 000.

Zu Teil 6 (Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen)

Zu § 53 (Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen)

§ 53 ermächtigt die Bundesregierung, in bestimmten Bereichen durch Rechtsverordnung konkretisierende Regelungen zu erlassen.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 betrifft dies insbesondere solche Regelungen, mit denen mögliche delegierte oder Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission in nationales Recht umgesetzt werden sollen. Nachdem die diesbezüglichen Entscheidungen der Kommission für die Mitgliedstaaten nach Ziel und Inhalt verbindlich sind und nach Erlass zügig in nationales Recht umgesetzt werden müssen, ist eine Umsetzung im Wege von Rechtsverordnungen vorgesehen. Die Rechtsverordnungen bedürfen der Zustimmung des Bundesrates.

Zu Absatz 2

Absatz 2 dient der Ausgestaltung von Einzelheiten der risikobasierten Kontrollen durch die Bundesanstalt mit Blick auf § 48 Absatz 4.

Zu Absatz 3

Absatz 3 dient der Anpassung des Gesetzes an zukünftige Änderungen des Gemeinschaftsrechts.

Zu Teil 7 (Bußgeldvorschriften, Schlussbestimmungen)

Zu § 54 (Bußgeldvorschriften hinsichtlich der Bewirtschaftung von Altbatterien)

Zu Absatz 1

§ 54 Absatz 1 bestimmt die bußgeldbewehrten Gebote und Verbote mit Blick auf die Regelungen zur Bewirtschaftung von Abfällen nach Teil 2 dieses Gesetzes.

Zu Absatz 2

Absatz 2 bestimmt die Bußgeldobergrenze für die einzelnen Tatbestände des Absatzes 1. Dabei sind für Verstöße gegen elementare Grundpflichten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der erweiterten Herstellerverantwortung durch die jeweils Verpflichteten höhere Bußgelder (bis 100.000 € je Einzelfall) als für Verstöße gegen z.B. Informationspflichten (bis 10.000 € je Einzelfall) vorgesehen. Für den Verstoß gegen das Verbot nach § 4

Absatz 5 gilt eine Sonderregelung. Der Bußgeldrahmen orientiert sich hier aufgrund der materiell-rechtlichen Verlinkung zu Artikel 62 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2022/2065 an den Rahmen, der durch das Digitale-Dienste-Gesetz vorgegeben wird.

Zu Absatz 3

Absatz 3 bestimmt die durch das Umweltbundesamt zu vollziehenden Tatbestände des Absatz 1. Es handelt sich dabei um Bußgeldtatbestände im Zusammenhang mit der Registrierung sowie um Tatbestände, die bestimmte Grundpflichten der erweiterten Herstellerverantwortung absichern.

Zu Absatz 4

Absatz 4 weist die in den Tatbeständen nach Absatz 3 im gerichtlichen Verfahren festgesetzten Bußgelder sowie die Geldbeträge, deren Einziehung das Gericht angeordnet hat, der Bundeskasse zu. Angesichts des wesentlich beim Umweltbundesamt angefallenen Sach- und Personalaufwandes im Zusammenhang mit der Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 3 und der regelmäßig in ganz besonderer Weise auf die vorbereitende Sacharbeit des Umweltbundesamtes aufbauenden Entscheidungsfindung des zuständigen Gerichts ist es sachgerecht, dass die Geldbuße – unabhängig von einer behördlichen oder gerichtlichen Festsetzung – und die Geldbeträge, deren Einziehung das Gericht angeordnet hat, in allen Fällen der Bundeskasse zufließen. Entsprechend trägt die Bundeskasse auch die vom Gericht der Behördenseite auferlegten Kosten.

Zu § 55 (Bußgeldvorschriften hinsichtlich der Konformität von Batterien)

Zu Absatz 1

§ 55 Absatz 1 bestimmt die Bußgeldvorschriften mit Blick auf die Regelungen zur Konformität von Batterien und den Pflichten der Wirtschaftsakteure nach den Kapiteln II, VI, IX und X der Verordnung (EU) 2023/1542.

Zu Absatz 2

Absatz 2 bestimmt die Bußgeldobergrenze für die einzelnen Tatbestände des Absatzes 1. Dabei sind für Verstöße gegen Pflichten zur Kooperation oder erhöhtem Schaden und Risiko für Mensch und Umwelt höhere Bußgelder (bis 100.000 € je Einzelfall) als für Verstöße gegen z.B. Informations- und Dokumentationspflichten (bis 10.000 € je Einzelfall) vorgesehen.

Zu § 56 (Bußgeldvorschriften hinsichtlich Sorgfaltspflichten in der Lieferkette)

Die Ausgestaltung der Bußgeldvorschriften in § 56 mit Blick auf die Regelungen zu Sorgfaltspflichten in der Lieferkette nach Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 und Teil 5 dieses Gesetzes orientiert sich am Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG).

Zu Absatz 1

Die Vorschrift sieht in Absatz 1 vor, dass bestimmte Verstöße gegen die Sorgfaltspflichten mit Bußgeldern bei mindestens einfacher Fahrlässigkeit und Vorsatz sanktioniert werden können. Insofern kommt nur ein Verstoß durch Wirtschaftsakteure in Betracht. Inwieweit dieser Höchstrahmen ausgeschöpft wird, bestimmt sich gemäß § 17 Absatz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und § 56 Absatz 4 dieses Gesetzes nach der Bedeutung der Ordnungswidrigkeit und dem Vorwurf, der den Täter trifft; auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters kommen in Betracht. Die Behörde hat ihr Ermessen zur Einleitung eines Bußgeldverfahrens, dazu zählt auch die Bemessung der Bußgeldhöhe, verhältnismäßig

auszuüben. Die Behörde verfügt über die in § 46 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit den Vorschriften der Strafprozessordnung geregelten Ermittlungsbefugnisse. Dazu zählen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben auch die Durchführung von Durchsuchungen und die Beschlagnahme von Beweismitteln.

Zu Absatz 2

Absatz 2 bestimmt den Bußgeldrahmen für die Ordnungswidrigkeiten.

Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummern 1, 2, 4, 6, 7, 8 und 10 Buchstabe b, die Verstöße gegen die Pflicht, ihre Sorgfaltspflichten überprüfen und einer regelmäßigen Prüfung unterziehen zu lassen, eine Unternehmensstrategie zu verabschieden, verschiedene näher bezeichnete Präventions- und Abhilfemaßnahmen zu konzipieren und umzusetzen sowie einen Beschwerdemechanismus einzurichten, mit Geldbuße bewehren, können bei natürlichen Personen mit einer Geldbuße von bis zu 800 000 Euro geahndet werden. Durch den Verweis auf § 30 Absatz 2 Satz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten verzehnfacht sich der Bußgeldrahmen für juristische Personen und Personenvereinigungen, sodass er bis zu 8 Millionen Euro beträgt.

Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummern 5, 9, 10 Buchstabe a, 11, 13 und 15, die Verstöße gegen die Pflicht, sein internes Management zur Unterstützung der Umsetzung der Sorgfaltspflichten zu strukturieren, Risiken und deren Wahrscheinlichkeit zu ermitteln und zu bewerten, die Strategien mindestens jährlich zu überprüfen und einer vollziehbaren Anordnung nicht zuwiderzuhandeln, mit Geldbuße bewehren, können bei natürlichen Personen mit einer Geldbuße von bis zu 500 000 Euro geahndet werden. Durch den Verweis auf § 30 Absatz 2 Satz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten verzehnfacht sich der Bußgeldrahmen für juristische Personen und Personenvereinigungen, sodass er bis zu 5 Millionen Euro beträgt.

Ordnungswidrigkeiten in den übrigen Fällen des Absatzes 1, die einen Verstoß gegen formale Pflichten mit Geldbuße bewehren, können mit einer Geldbuße von bis zu 100 000 Euro gegen natürliche und juristische Personen geahndet werden.

Der Verweis auf § 30 Absatz 2 Satz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist im Hinblick auf die hohen Schutzgüter der international anerkannten Menschenrechte und der Umweltschutzgüter sowohl spezial- als auch generalpräventiv angezeigt. Mit dem Verweis soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass es sich bei den Adressaten der Verpflichtungen um große Unternehmen handelt. Diese müssen wirksam vor einer Erfüllung der Tatbestände abgeschreckt werden. Auch handelt es sich bei den betroffenen Ordnungswidrigkeitstatbeständen um solche, die typischerweise vom Personenkreis des § 30 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten unter Verletzung von Pflichten, welche das Unternehmen treffen, erfüllt werden.

Zu Absatz 3

Absatz 3 bestimmt, dass beim Verstoß gegen die Pflicht zur Konzipierung und Ergreifung verschiedener Risikomanagementmaßnahmen gegen juristische Personen oder Personenvereinigungen mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von mehr als 400 Millionen Euro abweichend von Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b bei Ordnungswidrigkeiten nach § 56 Absatz 1 Nummer 10 Buchstabe b eine Geldbuße von bis zu 2 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes verhängt werden kann. Dabei ist der weltweite Umsatz aller natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen der letzten drei Geschäftsjahre, die der Behördenentscheidung vorausgehen, zugrunde zu legen, soweit diese als wirtschaftliche Einheit operieren.

Zu Absatz 4

Absatz 4 macht Vorgaben für die Bemessung der Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen. Auf Grundlage der Bedeutung der Ordnungswidrigkeit sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der juristischen Person oder Personenvereinigung zu berücksichtigen sowie die Umstände, die für und gegen sie sprechen, gegeneinander abzuwägen. Absatz 4 Satz 4 nennt Kriterien, die insbesondere bei der Bemessung der Geldbuße zu berücksichtigen sind. Im Übrigen kommen § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und die dort enthaltenen Grundsätze zur Anwendung.

Zu Absatz 5

Absatz 5 bestimmt als zuständige Behörde für die Verhängung der Bußgelder diejenige Behörde, die auch für die Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 zuständig ist.

Zu § 57 (Einziehung)

§ 57 übernimmt die Regelungen des bisherigen § 30 des Batteriegesetzes.

Zu § 58 (Übergangsvorschriften)

§ 58 regelt die notwendigen Übergangsvorschriften, die aufgrund der neuen Regelungen in Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 notwendig sind, um den Übergang von der bislang noch gültigen Richtlinie 2006/66/EG möglichst mit geringem Aufwand sowohl für die Verwaltung als auch für die Wirtschaftsbeteiligten zu gestalten.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt den Übergang von bestehenden Registrierungen für die Batterieart Fahrzeugbatterie. Danach gilt die Registrierung längstens bis zum 15. Januar 2026 fort und zwar als Registrierung mit der neuen Batteriekategorie Starterbatterie. Bis zu dem genannten Datum genügt mithin die bisherige Registrierung und ist Zeit eingeräumt, den Nachweis der Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung ab dem 1. Januar 2026 zu erbringen; für den Fall des nicht rechtzeitigen Nachweises gilt nach Absatz 7 die Registrierung bereits zum Jahresbeginn als aufgehoben. Ab dem genannten Datum bedarf es dann jedoch in jedem Fall einer neuen Registrierung bzw. der Änderung/Anpassung der bisherigen Registrierung, um auch den neuen Anforderungen an die Registrierung durch die Verordnung (EU)2023/1542 gerecht zu werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt den Übergang von bestehenden Registrierungen für die Batterieart Industriebatterien. Danach gilt die Registrierung längstens bis zum 15. Januar 2026 fort und zwar als Registrierung mit den neuen Batteriekategorien Industriebatterie, LV-Batterie und Elektrofahrzeugbatterie. Bis zu dem genannten Datum genügt mithin die bisherige Registrierung und ist Zeit eingeräumt, den Nachweis der Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung ab dem 1. Januar 2026 zu erbringen; für den Fall des nicht rechtzeitigen Nachweises gilt nach Absatz 7 die Registrierung bereits zum Jahresbeginn als aufgehoben. Ab dem genannten Datum bedarf es dann jedoch in jedem Fall einer neuen Registrierung bzw. der Änderung/Anpassung der bisherigen Registrierung, um auch den neuen Anforderungen an die Registrierung durch die Verordnung (EU)2023/1542 gerecht zu werden. Sofern im Einzelfall vom Hersteller keine Registrierung mit allen drei Kategorien benötigt wird, könnte die Aufhebung beantragt werden.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt den Übergang von bestehenden Registrierungen für die Batterieart Gerätebatterien. Danach gilt die Registrierung längstens bis zum 15. Januar 2026 fort und zwar als Registrierung mit der Batteriekategorie Gerätebatterie. Bis zu dem genannten Datum genügt mithin die bisherige Registrierung und ist Zeit eingeräumt, den Nachweis der Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung ab dem 1. Januar 2026 zu erbringen; für den Fall des nicht rechtzeitigen Nachweises gilt nach Absatz 7 die Registrierung bereits zum Jahresbeginn als aufgehoben. Ab dem genannten Datum bedarf es dann jedoch in jedem Fall einer neuen Registrierung bzw. der Änderung/Anpassung der bisherigen Registrierung, um auch den neuen Anforderungen an die Registrierung durch die Verordnung (EU)2023/1542 gerecht zu werden.

Zu Absatz 4

Die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Fortgeltungsregelungen finden jedoch nur auf solche Registrierungen Anwendung, bei denen der Hersteller auch im Geltungsbereich dieses Gesetzes niedergelassen ist. Für alle anderen Fälle regelt Absatz 4, dass bereits zum Inkrafttreten dieses Gesetzes eine neue Registrierung erforderlich ist. Denn diesen Personen fehlt es mit Inkrafttreten von Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 an der Registrierungsfähigkeit. In diesem Fall muss der Hersteller, der im Ausland sitzt, selbst eine Niederlassung im Geltungsbereich dieses Gesetzes errichten oder gemäß Artikel 56 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 einen Bevollmächtigten benennen. Diese Möglichkeiten bestehen auch bereits schon nach dem heutigen Batteriegesetz.

Zu Absatz 5

Fortgelten müssen ebenso Rechtsgrundlagen, Zuständigkeiten und Befugnisse für die Umsetzung der Pflichten nach den bisherigen Registrierungsentscheidungen nach dem Batteriegesetz (z.B. Rücknahmepflichten, Widerrufsgründe, Anordnungsbefugnisse). Dies wird durch Absatz 5 festgelegt.

Zu Absatz 6

Absatz 6 ordnet die Fortgeltung bestehender Genehmigungen für Rücknahmesysteme nach § 7 des Batteriegesetzes an. Danach bestand für Rücknahmesysteme für Gerätebatterien bereits schon heute eine Genehmigungspflicht. Entsprechende Genehmigungen gelten bis zum 31. Dezember 2025 als Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung nach diesem Gesetz weiter. Für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2026 ist eine neue Zulassung bzw. eine Anpassung dieser notwendig, um den neuen Anforderungen aus Artikel 58 der Verordnung (EU) 2023/1542 Rechnung zu tragen. Fortgelten müssen ebenso Rechtsgrundlagen, Zuständigkeiten und Befugnisse für die Umsetzung der Pflichten nach den bisherigen Genehmigungen, Auflagen und Anordnungen nach dem Batteriegesetz. Über das Kalenderjahr 2025 ist auch nach den bisherigen Bestimmungen zur Erfolgskontrolle nach § 15 des bisherigen Batteriegesetzes zum 30. April 2026 noch zu berichten. Dies wird durch Satz 2 festgelegt.

Zu Absatz 7

Registrierungen von Herstellern, die bis zum Ablauf einer Karenzzeit (15. Januar 2026) keine Organisation für Herstellerverantwortung für die jeweilige Kategorie mit Wirkung zum 1. Januar 2026 beauftragt haben, werden nach Absatz 7 kraft Gesetzes unwirksam. Einer gesonderten Aufhebung durch die Behörde bedarf es insoweit nicht. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die verbindliche vorgegebene Beauftragung mit Wirkung zum 1. Januar 2026 umgesetzt ist.

Zu Absatz 8

Auch die nach den bisherigen Bestimmungen erteilten Registrierungen von Bevollmächtigten bei Geltungsbeginn des Kapitel VIII BattVO bleiben nach Absatz 8 zunächst wirksam bleiben. Im Fall von Bevollmächtigten, die entgegen Artikel 56 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 bis zum Ablauf des Jahres 2025 einschließlich einer Karenzzeit bis 15. Januar 2026 keinen Nachweis ihrer schriftlichen Beauftragung gegenüber der zuständigen Behörde erbracht haben, werden deren Registrierungen jedoch – ebenso wie und zeitlich parallel zu Registrierungen ohne Benennung einer Organisation für Herstellerverantwortung– kraft Gesetzes unwirksam. Einer gesonderten Aufhebung durch die Behörde bedarf es insoweit nicht.

Zu Absatz 9

Absatz 9 bestimmt, dass sämtliche Organisationen für Herstellerverantwortung nur mit Wirkung zum 1. Januar 2026 zugelassen werden. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass es aufgrund der neuen Anforderungen an die bestehenden Rücknahmesysteme nicht zu Verwerfungen kommt. Zudem bedarf es auch eines ausreichenden zeitlichen Vorlaufs für die Genehmigung von neuen Organisationen für Herstellerverantwortung in den Batteriekategorien, in denen eine solche bislang nicht rechtlich vorgeschrieben war. Zudem wird hierdurch ein Gleichklang zwischen den Zulassungen und den Mitteilungspflichten geschaffen. Letztere beziehen sich ebenfalls immer auf ein Kalenderjahr.

Zu Absatz 10

Absatz 10 trifft zudem eine Sonderregelung für den Fall, dass ein Hersteller von Gerätebatterien nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Antrag auf Registrierung stellt, allerdings noch keine nach den neuen Vorgaben zugelassene Organisation für Herstellerverantwortung am Markt existiert. Denn letztere können erst mit Wirkung zum 1. Januar 2026 zugelassen werden. Für diesen Übergangszeitraum gilt die Regelung des § 4 Absatz 2 Nummer 7 des Batteriegesetzes fort, wonach die Informationen zum Rücknahmesystem, an dem eine Beteiligung erfolgt, anzugeben sind. Bis zum 15. Januar 2026 muss jedoch wie bei Bestandsregistrierungen auch der Nachweis der Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung eingereicht werden. Dementsprechend gelten auch die Regelungen der Absätze 5, 7 und 8 für die Bestandsregistrierungen entsprechend.

Zu Absatz 11

Absatz 11 trifft Sonderregelungen für die Registrierung von Herstellern für LV-, Starter-, Industrier- und Elektrofahrzeugbatterien. Für diese Batteriekategorien galt bislang keine Pflicht zur Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung. Da diese zudem erst mit Wirkung zum 1. Januar 2026 zugelassen werden, muss der Nachweise der Beauftragung auch erst bis zum 15. Januar 2026 erbracht werden.

Zu Artikel 2 (Erste Änderung des Batterierecht-Durchführungsgesetzes)

Artikel 2 nimmt Änderungen an § 12 des Batterierecht-Durchführungsgesetzes vor. Die Regelung des § 12 Absatz 1 ist mit der Geltung der höheren Sammelquote nach Artikel 59 Absatz 3 Buchstabe b ab dem Jahr 2027 nicht mehr relevant und kann daher entfallen. Als Folgeänderung ist in Absatz 2 bis 4 der Verweis auf den entfallenden Absatz 1 zu löschen.

Zu Artikel 3 (Folgeänderungen)

Artikel 3 enthält die gesamten Folgeänderungen, welche sich durch die Ablösung des Batteriegesetzes durch das neue Batterierecht-Durchführungsgesetz ergeben. Geändert werden in diesem Zusammenhang

- Anlage 1 Nummer 3 Buchstabe b der Entsorgungsfachbetriebsverordnung,

- Anlage 1 Nummer 3 Buchstabe b der Abfallbeauftragtenverordnung,
- § 1 Absatz 4 Nummer der Gewerbabfallverordnung,
- §§ 4 und 40 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes und
- § 4 Absatz 2 der Elektro- und Elektronik-Altgeräte-Behandlungsverordnung.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Artikel 4 trifft die notwendigen Regelungen zum Inkrafttreten und Außerkrafttreten von bestimmten Regelungen.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 treten das Batterierecht-Durchführungsgesetz (Artikel 1) sowie die notwendigen hieraus resultierenden Folgeänderungen (Artikel 3) am 18. August 2025 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt gelten auch die Regelungen in Kapitel VII und VIII der Verordnung (EU) 2023/1542. Gleichzeitig wird das bisherige Batteriegesetz durch diese neuen Regelungen obsolet und tritt daher außer Kraft.

Zu Absatz 2

Absatz 2 trifft eine Sonderregelung für Artikel 2 des Gesetzes. Die erste Änderung am Batterierecht-Durchführungsgesetz tritt am 1. Januar 2027 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt gelten allein die Sammelvorgaben aus der Verordnung (EU) 2023/1542.